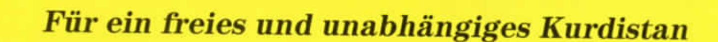


# KURDISTAN REPORT

April 1993
Nr. 57
Preis: 3,- DM

*Für ein freies und unabhängiges Kurdistan*



## Waffenstillstandsangebot der PKK: Das kurdische Volk will nicht den Krieg!

**Newroz 1993**
**- Reiseberichte -**

**Internationales: Angola**

**Kurdistan Report**
monatliche Ausgabe
**57**

**Impressum:**
V. i. S. d. P.:
A. Engizek
Vogelsangerstr. 286
5000 Köln 30

**Kontakt Adresse:**
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

| | |
|---|---|
| Belgien | 52.00 bfr. |
| Dänemark | 10.00 dkr. |
| Frankreich | 10.00 ff. |
| Großbritannien | 1.20 £. |
| Niederlande | 3.50 hfl. |
| Norwegen | 7.50 nkr. |
| Österreich | 25.00 s. |
| Schweden | 7.50 skr. |
| Schweiz | 3.00 sfr. |


# KONTAKTADRESSEN

## Kurdistan-Komitees in Europa

**Kurdistan Komitee:**
Linke Wienzeile 78, 1060 Wien, ÖSTERREICH
Tel. 43 / 1 / 587 42 68 Fax.43 / 1 / 563148
**Comite du Kurdistan:**
P.B. 1154, 1000 Brüssel, BELGIEN
Tel.: 32 / 2 / 230 92 39 Fax: 32 / 2 / 230 92 08
**Kurdistan Kommitten:**
Vesterbrogade 24a 3th, 1620 Kopenhagen-V, DÄNEMARK
Tel.: 45 / 31 / 24 74 57
**Koerdistan Komitee:**
Postbus 58092, 1040 H.B. Amsterdam, NIEDERLANDE
Tel / 31 / 20 / 6893301, Fax:(31)20-6893272
**Comite du Kurdistan:**
147 Rue de la Fayette, 75010 Paris cedex, FRANKREICH
Tel.: 33 / 1 / 42 82 92 76 Fax: 33 / 1 / 42 82 97 93
**Kurdistan Committee:**
P.O.Box 5607, Nicosia, ZYPERN
Tel.: 35 / 72 / 46 76 35 Fax: 35 / 72 / 46 76 26
**Kurdistan Imformation Centre:**
11 Portland Gardens, Haringey, London N 4, GROSSBRITANNIEN
Tel.: 44 / 81 / 880 17 59 Fax: 44 / 81 / 802 99 63
**Comite du Kurdistan:**
Case Postale 202, 1211 Geneve 21, SCHWEIZ
Tel.: 41 / 2 / 23 29 33 94 Fax: 41 / 2 /222 29 47 87
**Kurdistan Komitee in der BRD e.V:**
Hansaring 66, 5000 Köln 1, BRD
Tel.: 0221 / 12 52 64 Fax: 0221 / 13 48 68
**Kurdistan Komitea**
Lapinlahden Katu 19, LH 38 00180 Helsinki, FINLAND
Tel./Fax.: 3580 / 0 /6941760
**Kurdistan Kommitten**
Wätmannagatan 73, 11326 Stockholm, SCHWEDEN
Tel.: 46 / 8 / 305275, Fax: 46 / 8 / 316273

**Büro der ERNK:**
Ipokratous 72, 10680 Athen, GRIECHENLAND
Tel./Fax: 30 / 1 / 36 34 905
**Weitere Kontaktadressen:**
**Centro de informacion y cooperacion con el Kurdistan**
Tel./Fax: 34 / 1 / 4 70 20 04
Apartado 8483 / 28080 Madrid-Espana
**Center Catalunya-Kurdistan**
c/o Salvadors 24 baixos
08001 Barcelona - Espana

## Solidaritätsgruppen in der BRD

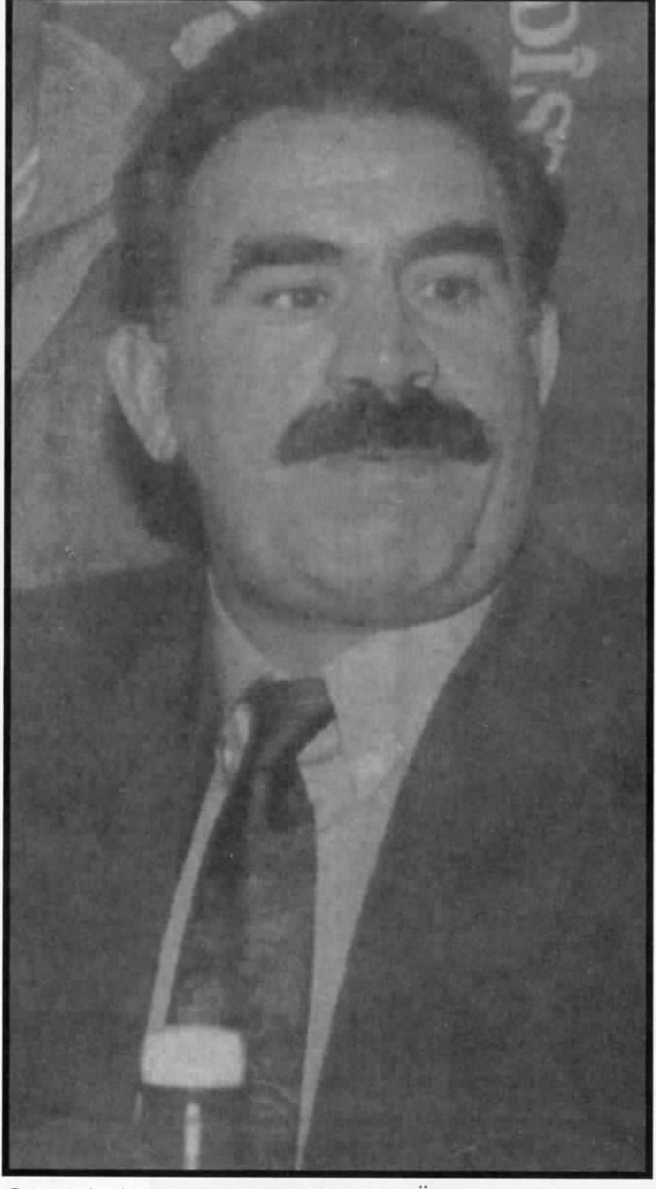
- **Arbeitskreis Kurdistan-Botan, Kottbusserstr. 8, 1000 Berlin 36**
- Freunde des kurdischen Volkes HH, Ottenser-Hauptstr. 35, 2000 Hamburg 50
- **AK-Kurdistan Kiel, c/o Karen Wind, Iltisstr. 34, 2300 Kiel 14**
- Asyl u. Solidaritätskomitee, c/o Zentrum, Mengstr. 35, 2400 Lübeck
- **Initiative Internationale Solidarität / Kurdistan Solidarität c/o Sielwallhaus, Sielwall 38, 2800 Bremen 1**
- Kurdistan-Solidarität, c/o Rhizom, Weckenstr. 1, 3000 Hannover 91
- **AK-Kurdistan, c/o Die Brücken, Wilmergasse 4, 4000 Münster**
- Solidaritätskomitee mit den kurdischen Gefangenen, c/o BWK-Ruhr, Postfach 10 03 65, 4300 Essen 1

**AK-Kurdistan, c/o Kurdistan-Zentrum, Düppelstr. 11a, 4800 Bielefeld**

- AK-Kurdistan-Solidarität c/o Infoladen, Ludolf-Camphausenstr. 36, 5000 Köln 1
- **AK-Internationalismus, Wolfstr. 10 (Hinterhaus), 5300 Bonn 1**
- AK-Kurdistan, c/o Bücherkiste, Bismarkstr. 3, 5900 Siegen
- **AK-Kurdenprozeß, Arbeitersolidaritätskomitee, Leipzigerstr. 32, 6000 Frankfurt 90**
- Freunde und Freudinnen des kurdischen Vokes, MZ/WI, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden
- **Freunde/innen des kurdischen Volkes, c/o Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9, 6300 Gießen**
- Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim
- **Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1**
- Kurdistan-Komitee, c/o GNN-Verlag, Postfach 27 48, 7500 Karlsruhe 1
- **AK-Kurdistan-München, c/o Komala Kurdistan e.V., Westendstr. 49(Rgb.) 8000 München 2**
- Kurdistan-Solidarität, c/o Was Lefft, Postfach 3543, 8520 Nürnberg-Erlangen
- **Kurdistan-Solidarität, c/o Habsburgerstr.9, 7800 Freiburg**

# – INHALT –





*Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, auf der Pressekonferenz am 17. März 1993 in Bar Elias/Libanon*

# EDITORIAL

## An die Leserinnen und Leser,

zunächst möchten wir uns für die Verspätung dieser Ausgabe des Kurdistan-Report entschuldigen!

Die aktuellen Ereignisse zum diesjährigen Newroz-Fest sind äußerst vielfältig. Besonders wichtig ist die Erklärung der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, einen einseitigen Waffenstillstand bis zum 15. April d.J. auszurufen. Damit wurde erstmals der Versuch gemacht, tatsächlich einen Schritt für eine politische Lösung der Unterdrückung des kurdischen Volkes zu unternehmen. Es ist die Frage, ob die waffenstarrende Türkei in der Lage sein wird, auf diesem neuen Weg eigene Schritte zu machen. Sonst sind wir der festen Überzeugung, wird es ihr ergehen, wie den Dinosauriern, denen zu Hochzeiten der europäischen Friedensbewegung nachgesagt wurde, sie seien letztendlich untergegangen, weil sie zu viel Panzer gehabt hätten und zu wenig Hirn!

Wir wollen den Lesern die eigene Beurteilung des Waffenstillstandsangebots überlassen und dokumentieren die Aufzeichnung der Pressekonferenz, die der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, am 17. März 1993 vor der internationalen Presse gab.

Weitere Themen sind wie immer die trotz allem nicht nachlassenden Menschenrechtsverletzungen, die wir in der Rubrik Menschenrechte allerdings nur unvollständig dokumentieren.

Dieter Falk kommentiert die Situation in Angola in der Rubrik Internationales und besonders hinweisen möchten wir auch wiederum auf den 2. Teil der Analysen von Abdullah Öcalan über die Rolle der Familie, die wir in der Rubrik Frauen dokumentieren.

Ein historischer Abriß über die Turkmenen, ihre ersten Ansiedlungen und ihren Widerstand gegen die herrschenden Unterdrücker ist in der Rubrik Kultur nachzulesen.

Wir bedanken uns für die Aufmerksamkeit!

Mit solidarischen Grüßen,
die Redaktion



*Bilder von Newroz 1993: Frau mit Victory-Zeichen*

## PKK ruft Waffenstillstand aus:

# Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Frieden

Der Generalsekretär der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, hat am 17. März auf einer Pressekonferenz in Libanon mit der Verkündung des einseitigen Waffenstillstandes einen wichtigen Schritt zu einer friedlichen Lösung der Kurdistan-Frage geleistet. Die türkische Tageszeitung 'Sabah' hatte auf der Pressekonferenz veröffentlicht, daß der Führer der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), Celal Talabani, einen Brief an die Regierung in Ankara geschickt habe. Talabani solle in diesem Brief erklärt haben, daß Öcalan sich für eine politische Lösung der kurdischen Frage ausgesprochen hat.

Natürlich ist dieser Schritt des PKK-Generalsekretärs nicht etwas völlig 'neuartiges', auch wenn er in den Medien in Europa und der Türkei so dargestellt wird. Abdullah Öcalan hatte sich auch schon Jahre zuvor - zum ersten Mal 1988 - für Verhandlungen mit der türkischen Regierung und der Lösung der Kurdistan-Frage auf einer friedlich-politischen Basis bereiterklärt. Damals hatte er in einem Interview mit dem türkischen Journalisten Mehmet Ali Birand (Redakteur in Show-TV) auf die Frage hin, was er den von der Gegenseite (türkischen Seite) erwarte, erklärt:
Die Gegenseite (Türkische Republik, Anm. d. Übers.) befindet sich in einer ungerechten Position. Sie hat eine historische Mitgift übernommen und will diese heute immer noch - auch wenn sie nicht mehr so sehr daran glubt - weiterführen. Die Geschichte hat ein Urteil gefällt: schluck runter und zerschmelze es in dir! Allerdings ist dieser Stein diesmal nicht zum runterschlucken geeignet. Dieser Schluck kann den Magen diesmal zerstören. Deshalb muß sie sich von ihrer Unterdrückungs-, Vernichtungs- und Assimilationspolitik abwende. Stattdessen muß sie eine zivilisierte Diskussion und einen politischen Kampf führen, der Lösungsmöglichkeiten anbietet. Sie darf nicht eine vorgespielte, maskierte Politik praktizieren, indem das Militär ständig seinen zollstack erhebt und alle aus der politischen Szene zur Flucht zwingt. Und wir werden dieses Spiel nicht mitmachen. Wenn wirklich Führer und Parteien in die politische Arena treten, die Lösungsmöglichkeiten in der Politik sehen und daran glauben, oder wenn diese die Lösungsalternativen zumindest auf dieser Basis diskutieren wollen, dann werden wir mit großer Freude ihnen entgegengehen. Die Gewalt können wir sofort beenden. Wenn die Unterdrückung und Folter aufhört, wird man von uns nicht das kleinste Anzeichen von Gewalt sehen. Deshalb sind die, die die nötigen Schritte hierzu machen müssen, nicht wir. Wir befinden uns in einer obligatorischen Verteidigungsposition. Angreifer ist die andere Seite. Also muß die Lösung auch von ihr kommen.



*PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan mit dem Führer der PUK, Celal Talabani, auf der Pressekonferenz in Bar Elias/Libanon*

So antwortete die PKK auf die von der Schweiz und dem Europaparlament Ende letzten Jahres gemachten Aufrufe zum Waffenstillstand positiv. Sie teilte ihre Dialogbereitschaft der Schweiz und dem Europaparlament schriftlich mit.

Gleichzeitig hängt die Waffenstillstandsverkündung der PKK eng mit den letzten Entwicklungen in Kurdistan zusammen, vor allem aber mit den Angriffen des türkischen Staates im Oktober und November letzten Jahres auf die Camps der ARGK-Guerillas in Süd-Kurdistan. Die Angriffe hatten bei dem Volk in ganz Kurdistan zu großen Gegenreaktionen geführt. Die Türkei war aufgrund der Niederlage gegen die PKK gegenüber Talabani und Barzani unzufrieden. Die PKK ist mit einer toleranten Politik an die Organisationen in Südkurdistan herangetreten. Diese wiederum haben den den Aufruf der PKK zu Verhandlungen positiv beantwortet, um ihre schwankende Stellung zu festigen und sich aus der Isolation, in die sie geraten waren, zu durchbrechen.

Am 22. Februar traf der Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), Celal Talabani, mit Abdullah Öcalan zu einem wichtigen Gespräch zusammen, um die Schmerzen der Vergangenheit zu überwinden und eine Zeit der Freundschaft und Zusammenarbeit zu beginnen. Auf dieser Begegnung ist gemeinsam beschlossen worden, auf internationaler Ebene zusammenzuarbeiten.
Abdullah Öcalan erklärte ferner, daß die PKK bereit ist, die Kurdistan-Frage auf politischem Wege zu lösen und eine Zeit friedlicher Verhandlungen zu beginnen.
Nach diesem Treffen berichtete Talabani

in der ersten Märzwoche dem türkischen Staatspräsidenten Turgut Özal, Ministerpräsidenten Süleyman Demirel und Außenminister Hikmet Cetin, daß die PKK für eine politische Lösung bereit ist. Nachdem die türkischen Tageszeitungen darüber berichtet hatten, wurde der Brief von Talabani veröffentlicht. Zwar ist in diesem Brief von einige Tatsachen die Rede, doch ist der Brief überwiegend von Talabanis subjektiven Bewertungen gekennzeichnet.

## Die Presseerklärung von Abdullah Öcalan lenkt alle Aufmerksamkeiten auf sich

Die Pressekonferenz des PKK-Generalsekretärs Abdullah Öcalan überraschte die türkische Regierung. Gerade als sie die Vernichtung der PKK plante und angefangen hatte, sich für Massaker zu Newroz vorzubereiten, brachte die Nachricht von der Pressekonferenz Ankara ganz durcheinander. Es führte zu den unterschiedlichsten Interpretationen. Die Kurdistan-Nachrichtenagentur (KURD-HA) berichtete, daß Abdullah Öcalan eine wichtige Erklärung auf einer Pressekonferenz am 17. März geben werde. Alle Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf die Konferenz und man wartete ganz gespannt auf die Erklärung. Auf Fragen von Journalisten hin antwortete Demirel: Hören wir das geschriebene von Öcalan selbst. Wir haben gehört, daß er in dieser Hinsicht Erklärungen abgeben wird. Warten wir zunächst einmal ab, was er erklären wird. Die türkische Regierung hat die Versammlung des Ministerrates deshalb um zwei Tage verschoben, um die Ergebnisse der Pressekonferenz abzuwarten. Die türkische Seite wartete mit großer Neugierde auf das Auftreten von Abdullah Öcalan. Schließlich fand die Pressekonferenz statt. Neben einigen staatstreuen türkischen Zeitungen befanden sich über 40 Presse- und Rundfunk-Journalisten aus den unterschiedlichsten Ländern der Welt. Auch Celal Talabani nahm an der Pressekonferenz teil und kommentierte: Ich bin hier Zeuge eines geschichtlich wichtigen Tages.

In seiner Erklärung verkündete Abdullah Öcalan einen einseitigen befristeten Waffenstillstand. Er betonte, daß sie mit dem Waffenstillstand die Phase für eine politische Lösung beginnen und damit ihre gute Absicht zeigen wollen. Öcalan erklärte u. a.: Solange die Armee uns nicht angreift und wir uns nicht verteidigen müssen, werden wir vom 20. März bis zum 15. April d. J. kein Feuer eröffnen. Somit folgen wir den internationalen Aufrufen und den Aufrufen der türkischen und kurdischen Öffentlichkeit und leisten unseren Beitrag zum Frieden.
Dies sollte als ein guter Wille aufgefaßt werden. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir die Waffen ganz niederlegen und den Kampf aufgeben. Diese Vorstellung kommt uns nicht Mal in den Sinn. Es ist an die Gespräche zum Waffenstillstand gebunden. Die einseitige Entwaffnung hieße für uns Selbstmord, ob aus verfassungsrechtlichen Gründen oder den täglichen Kämpfen. Es ist wichtig, das Blutvergießen zu stoppen. Wir wollen jedoch zunächst sehen, ob den Kurden einige Sicherheiten zugesprochen werden, ob demokratisch vorgegangen wird und ob sie unsere Existenz akzeptieren und unser Angebot annehmen. Wenn wir eine positive Antwort bekommen, dann sind wir bereit, den Waffenstillstand fortzuführen.

## Der Waffenstillstand ist keine Niederlage

Dieser unerwartet mutige Schritt ist unterschiedlich interpretiert worden. Die Interpretationen verfehlen jedoch die Tatsachen. Wichtig hierbei ist, daß eine Diskussion entfacht ist. Während einige in Bezug auf den Waffenstillstand behaupteten, daß die PKK geschwächt sei, beschuldigten andere linke Organisationen und Personen, die weit entfernt von jeglicher politischer Verantwortung liegen, die PKK mit 'Kollaboration'.

Das politische Ziel der Waffenstillstandsverkündung ist klar und deutlich und läßt keine Widersprüche zu. Ein Waffenstillstand kann nur zwischen zwei Kriegsparteien verwirklicht werden und entsteht infolge eines Gleichgewichtes zwischen diesen beiden Parteien. Trotz der Besetzung und der Vernichtungsversuche durch den türkischen Staat hat sich die PKK, die die gerechte und bestimmende Seite in diesem Krieg darstellt, vor allem 1992 zu einer einflußreichen Kraft entwickelt. Dieser Schritt ist nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern des Selbstbewußtseins, des Mutes und der politischen Kunst. In der gegenwärtigen Phase hat der kurdische Befreiungskampf nicht nur im politischen, sondern auch auch im militärischen Bereich ein Gleichgewicht erreicht.

Bei den Newroz-Feierlichkeiten 1993 haben erneut Millionen ihre Nähe zur PKK zum Ausdruck gebracht. Der nationale Befreiungskampf hat sich mit den Massen vereinigt und ist nun eins mit dem Volk. Im militärischen Bereich hat sich eine eine bedeutende Guerilla-Kraft gebildet und auf ganz Kurdistan verteilt. All diese Entwicklungen sind ein konkreter Beweis dafür, auf was sich dieser Schritt stützt und wem er dient.

Die Waffenstillstandsverkündung beweist, welche Kampfkraft und -Moral die PKK besitzt. Der türkische Staat dagegen sitzt in einer Sackgasse. Im letzten Jahr hat die Türkische Republik ihr Schaufenster erneuert und mit Hilfe des Westens eine neue Koalitionsgruppe gebildet, um eine Spezialkriegs-Regierung zu gründen. Sowohl die Inlands- als auch die Auslandsoperationen, die die totale Vernichtung beabsichtigen, sind zuletzt bei dem Krieg in Süd-Kurdistan im Oktober letzten Jahres erfolglos geblieben.

Der schmutzige Krieg, den die Türkei in Kurdistan führt, fügt der türkischen Wirtschaft erhebliche Schäden zu und ist die Hauptursache für die Inflation. Das türkische Regime versucht diese schlechte ökonomische Situation auf dem Rücken der Arbeiterschicht wiedergutzumachen und hat trotz der chauvenistischen Propaganda zu Gegenreaktionen innerhalb des Volkes geführt. Die großen militärischen Verluste des türkischen Staates bei dem Krieg in Südkurdistan und der Tod tausender von Soldaten haben in der türkischen Öffentlichkeit zu einer schlechten moralischen Stimmung und zur Kriegs-Müdigkeit geführt.

Bei einer Umfrage nach dem Waffenstillstandsaufruf hat sich die Mehrheit in der türkischen Öffentlichkeit für eine ökonomische und politische Lösung der Frage ausgesprochen, nur 12 Prozent sprachen sich für eine militärische Lösung aus. Ferner haben 45,1 Prozent der Befragten erklärt, daß sie den Waffenstillstandsaufruf von Abdullah Öcalan gutheißen (Hürriyet, 17.03.1993).

# Nationale-Internationale Reaktionen auf die Waffenstillstandsverkündung der PKK

Die Waffenstillstandsverkündung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hat im In- und Ausland viele Reaktionen ausgelöst. Die türkische Presse hat die Wichtigkeit des Waffenstillstandes für die türkische Öffentlichkeit durch durch umfangreiche Berichterstattung über Tage hinweg dargestellt. Damit geriet sie auch in große Schwierigkeiten, um die bisherige Staatsideologie zu vertreten. Der Waffenstillstand der PKK wurde in der Presse unterschiedlich kommentiert. Damit ist eine rege Diskussion in der Türkei eingeleitet worden.
Die türkische Regierung war auf den Aufruf nicht vorbereitet, weil sie bisher auf die Leugnung der Existenz des kurdischen Volkes beharrte. Sie versuchte auch die Befreiungsbewegung unter der Avantgarde der PKK im In- und Ausland als 'terroristisch' darzustellen und damit Unterstützung für ihren ungerechten Krieg zu finden. Aber der Ausruf des Waffenstillstandes durch die PKK, der einen historischen Schritt für eine friedliche und politische Lösung des Kurden-Konfliktes darstellt, hat all das zu nichte gemacht. Die TR hat sich mit dem Waffenstillstandsaufruf der PKK erst am 19. März in der Kabinettssitzung und einen Tag später am 20. März d. J. im Staatssicherheitsrat auseinandergesetzt. In Ankara geht man mit diesem Aufruf besonnen um. Aber ernste Veränderungen sind aus Ankara bisher nicht zu sehen. Erklärungen wie Mit der PKK können wir keinen Kontakt aufnehmen, unser Staat ist groß und wird diese Sache erledigen, die PKK'ler sollen kommen und sich ergeben sind bisher von Innenminiser Ismet Sezgin gekommen. Das türkische Regime befindet sich in einer zwiespältigen Situation. Entweder es wird nicht auf seine Kriegspolitik verzichten oder dem Aufruf zum Frieden antworten. Die Komentatoren bewerten die 'warte-ab-Position' der Regierung damit, daß sie während des Waffenstillstandes eine neue Politik beginnen wird.

Der Aufruf zum Waffenstillstand ist in der Türkei von einigen Freunden und Organisationen als ein positiver Schritt bewertet worden. Sie haben von der türkischen Regierung gefordert, auch in diese Richtung einen positiven Schritt zu unternehmen. So haben die Partei der Arbeit des Volkes (HEP), die Partei der Sozialistischen Union (SBP), die Arbeiterpartei (IP), einige Abgeordnete der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) und der Mutterlandspartei (ANAP), der Gewerkschaftsbund DISK und andere Gewerkschaften sowie der Menschenrechtsverein (IHD) positive Erklärungen in dieser Richtung abgegeben.

Der Aufruf zum Waffenstillstand ist vom kurdischen Volk begrüßt worden. Das Volk hat mit Newroz zusammen auch den Waffenstillstand am 21. März gefeiert. Ferner haben eine ganze Reihe von Vereinen, Gewerkschaften, Berufsgenossenschaften und Stadträte den Aufruf der PKK zum Waffenstillstand unterstützt, ebenso fast alle kurdischen Organisationen. Während die Patriotische Union Kurdistans (PUK) selbst an dem Aufruf beteiligt ist, hat die Sozialistische Partei Kurdistans (PSK) mit der PKK ein gemeinsames Protokoll unterschrieben und darin erklärt, daß sie diesen Schritt unterstützt.

Der Führer der Kurdisch Demokratischen Partei, Mesut Barzani, nähert sich den Entwicklungen dagegen so wie die Türkei mit einer sehr dogmatischen Einstellung. Nachrichten zufolge, die wir in den letzten Tagen aus der türkischen Presse entnehmen konnten, hat er jedoch auch erklärt, daß er den Waffenstillstand unterstützen wolle.

In der internationlen Presse ist über den Aufruf zum Waffenstillstand umfangreich berichtet worden. Auf einer Pressekonferenz am 16. März in Brüssel hat die Europavertretung der PKK alle europäischen Länder vor allem aber die Länder Deutschland, England, Frankreich dazu aufgerufen, bei der Lösung der Kurdistan-Frage Beziehungen zu knüpfen und zusammenzuarbeiten. Insbesonders Norwegen, Belgien, Schweiz, Österreich und Finnland sowie eine Reihe anderer Länder haben diesen Schritt gutgeheißen und ihn als eine günstige Gelegenheit für die Türkei betrachtet.




*PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan: "Wir sind zu einer demokratischen Lösung bereit, wenn auch die türkische Seite dazu bereit ist."*

Auch Parlamentarier und Menschenrechtsverteidiger, die sich mit der kurdischen Sache beschäftigen, haben in Erklärungen ihre positive Haltung gegenüber diesen Schritt zum Ausdruck gebracht. Die Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) hat dagegen den Waffenstillstandsaufruf zum Unterstützen allen nationalen und Länderparlamenten zum Unterschreiben zugeschickt und sie dazu aufgerufen die Türkei unter Druck zu setzen.

# Im folgenden dokumentieren wir die Reaktionen verschiedener Parteien und politischer Persönlichkeiten aus Deutschland und Österreich auf die Waffenstillstandsverkündung des Generalsekretärs der PKK, Abdullah Öcalan, am 17. März in Bar Elias in Libanon:

## So hat der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) erklärt,

daß in dem blutigen, bewaffneten Konflikt, in dem sich im Südosten der Türkei seit Jahren türkische Sicherheitsstreitkräfte und Kurden gegenüberstehen, Verhandlungslösungen vor militärischen der Vorrang gegeben werden soll, um weiteres Blutvergießen auf beiden Seiten zu verhindern, vor allem aber um weitere Opfer unter der unschuldigen Zivilbevölkerung zu vermeiden.

Sowohl auf Seiten der im türkischen Teil Kurdistans lebenden Kurden als auch auf Seiten der türkischen Streitkräfte habe sich die Anwendung von bewaffneter Gewalt und Terror in den vergangenen Jahren nicht als das geeignete Mittel erwiesen, um der Auseinandersetzung, bei der es auf der einen Seite um die Anerkennung elementarer Lebensrechte des kurdischen Volkes, auf der anderen um Erhaltung der Stabilität und territorialen Integrität der türkischen Republik ginge, zu beenden. Ganz im Gegenteil sei die Spirale der Gewalt noch längst nicht zum Stillstand gekommen und fordere immer neue Opfer.

Wenn daher heute eine Seite einen zumindest temporären Gewaltverzicht ausspreche, könne dies ohne Zweifel ein erster Schritt auf dem Weg zu einer gewaltfreien Lösung sein, betonte Jankowitsch. Verhandlungen sollten im übrigen ohne Vorbedingungen und ohne Vorwirkungen auf den späteren Status der Kontrahenten geführt werden: Nur in einem solchen Geist sei eine gegenseitige Annäherung dekbar, die allerdings auch - nicht nur während der Dauer der Verhandlungen - Verzicht auf jede Form von Gewalt und Terror, besonders gegen zivile Ziele, beinhalte.

Als besonders konstruktiv könne sich auch der Beitrag des freigewählten kurdischen Parlamentes im Irak erweisen, dessen Legitimität ihm ein besonderes Gewicht verleihe.

Für die Zukunft dürfe auch ein weiterer Beitrag der KSZE nicht ausgeschlossen werden, und besonders Österreich sollte diese Entwicklungen aufmerksam verfolgen, erklärte Jankowitsch, der daran erinnerte, daß Österreich bereits bei früherem Anlaß KSZE-Mechanismen im Hinblick auf die Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Türkei ausgelöst habe.

## Die Fraktion Bündnis'90/Grüne (AL) in Berlin hat erklärt:

"Die einseitige Verkündung eines Waffenstillstandes von Seiten des Herrn Abdullah Öcalan, des Vorsitzenden der PKK, haben wir, die Mitglieder der Fraktion Bündnis'90/Grüne(AL) im Abgeordnetenhaus von Berlin, mit Zustimmung aufgenommen.

Es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die türkische Regierung wird danach gezwungen sein, nach einer politischen Lösung der Kurden-Frage zu suchen, wofür wir immer eingetreten sind.

Die Gewalt darf nicht zum Mittel der politischen Auseindandersetzung werden, egal wer sie anwendet und von welcher Seite sie kommt.

Den Beweis ihrer Friedensbereitschaft hat die PKK nun geliefert. Wir hoffen gleichzeitig auf einen Dauerfrieden.

Nun ist jetzt die türkische Regierung aufgefordert, die Menschenrechte einzuhalten und die Kurden nicht mehr als Bürger zweiter Klasse zu bgehandeln. Das kurdische Volk hat ein Recht darauf, seine Sprache zu sprechen, seine Schulen zu öffnen, seine Kultur zu entfalten und seine eigenen Politiker zu wählen.

Unsere Aufgabe ist es, uns für die Verwirklichung dieser legitimen Rechte des kurdischen Volkes einzusetzen. Wir verlolgen diese für uns wichtige Angelegenheit, die Kurden-Frage, mit großer Sorgfalt. Jede Organisation und jede Regierung, die ihre Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen versucht, hat stets unsere Unterstützung.

## Der Präsident des österreichischen Nationalrates Dr. Heinz Fischer in einem Schreiben an den Präsidenten der Türkischen Nationalversammlung:

Ich verfolge seit Jahren die kurdische Frage in den Ländern des Mittleren Ostens und insbesondere in Ihrem Land mit großem Interesse und erinnere mich auch gerne an das Gespräch, das wir bei meinem Besuch in Ankara geführt haben. Deshalb habe ich auch das Angebot des Generalsekretärs der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, für einen an keinerlei Bedingungen geknüpften Waffenstillstand für die Zeit vom 20. März bis 15. April mit Interesse zur Kenntnis genommen in der Hoffnung, daß dieses Angebot einem positiven Schritt in Richtung einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage in Ihrem Land darstellt.

Es würde mich daher interessieren, wie Sie, sehr geehrter Herr Präsident, dieses Angebot beurteilen und ob es eine Chance darstellt, eine politische Lösung für die kurdische Frage zu finden und gewaltsame Auseinandersetzungen im Interesse der

türkischen und der kurdischen Seite zu beenden.

Aus österreichischer Sicht gibt es großes Interesse an einer politischen Lösung des Konflikts, an verfassungsrechtlichen Sicherheiten für die kurdische Bevölkerung in der Türkei und an einem Ende des Blutvergießens und insbesondere an Stabilität in der Türkei.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr verbunden, wenn Sie mich Ihre Einschätzungen zu dieser Frage wissen lassen könnten.

### In einer Erklärung der PDS heißt es:

PDS/LL begrüßt Initiative zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage

Dr. Hans Modrow, außenpolitischer Sprecher, und Dr. Ursula Fischer, entwicklungspolitische Sprecherin der PDS/LL, erklären:

Ungeachtet aller internationalen Appelle, darunter des Aufrufs des Europaparlaments zu einem Waffenstillstand, hält der Terrorfeldzug der regierenden Kreise der Türkei gegen das um nationale Gleichberechtigung und Selbstbestimmung kämpfende kurdische Volk an. Millionen Menschen wurden aus ihrer Heimat vertrieben, Zehntausende verhaftet, gefoltert, ermordet. Groß ist die Gefahr, daß es zu einer weiteren Eskalation des nichterklärten Krieges kommt.
Im Wissen um das brutale Vorgehen des Regimes in Ankara gegen die Kurden in der Türkei hat die PDS/LL Liste im Bundestag ihre Besorgnis über eine Erklärung des ZK der PKK vom Februar dieses Jahres nicht verhehlt. In der eine Großoffensive gegen die Quellen der türkischen Wirtschaft, darunter auch gegen Einrichtungen des Tourismus, angekündigt worden war.

Um so mehr begrüßt sie jetzt die Initiative des ZK der PKK vom 17. März, in der anläßlich des Newroz-Festes aufgerufen wurde, den Krieg zu beenden und einen Waffenstillstand zu vereinbaren. Die Bereitschaft zu Verhandlungen und zur Einhaltung des Waffenstillstandes eröffnet die Chance einer friedlichen Lösung des Kurdenproblems. Die einseitige Unterbrechung aller Kampfhandlungen stellt dabei eine bedeutende Vorleistung der von der PKK geführten militärischen Formationen dar.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren Einfluß auf die türkische Regierung geltend zu machen, damit Ankara endlich auf das Friedensangebot eingeht. Die sich bietende Chance einer politischen Lösung des Kurdenproblems darf im Interesse der Einhaltung der Menschenrechte der Kurden in der Türkei, ihres Rechtes auf nationale Selbstbestimmung sowie auf ein Leben in Würde und Frieden nicht erneut vertan werden. Die Lösung anstehender Fragen auf dem Wege von Verhandlungen würde das Blutvergießen in türkisch-Kurdistan beenden, ein einvernehmliches Miteinander zwischen dem türkischen Volk und den Kurden ermöglichen und einen Beitrag zur Entspannung in der Region leisten. Ankara muß gezwungen werden, auf dieses Angebot positiv zu reagieren und dem Dialog mit der PKK umgehend zuzustimmen.

Wer auf dem Balkan zurecht gegen ethnische Säuberung eintritt, darf in Kleinasien nicht länger ein Regime unterstützen, das gegen die Kurden einen grausamen ethnischen Krieg führt. Einwirkungen und Aktionen der Bundesrepublik zur Beendigung des blutigen Konfliktes sind keinerlei Hindernisse gesetzt. Mit Nachdruck erneuert die PDS/Linke Liste deshalb ihre Forderung an die Bundesregierung, endlich jegliche Waffenlieferungen an die Türkei einzustellen.

### Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) hat erklärt:

SPD für eine friedliche Beilegung des Kurdenkonfliktes

Zu dem Waffenstillstandangebot der PKK und den türkischen Reaktionen erklären der SPD-Fraktionsvorsitzende, Hans-Ulrich Klose, und die SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve, Hans Koschnick, Karsten Voigt, Uta Zapf und Christopf Zöpel:

Mit großer Erleichterung haber wir die Nachrichten aufgenommen, daß es in der Osttürkei bei den diesjährigen Feierlichkeiten zum kurdischen Neujahrsfest Newroz im Vergleich zu 1992 relativ ruhig geblieben ist. Auch wenn es vereinzelt Zusammenstöße gab und leider auch Verletzte und Tote zu beklagen sind, so konnte doch eine große, bürgerkriegsartige Auseinandersetzung zwischen der PKK und den türkischen Sicherheitskräften vermieden werden. Obwohl offen ist, wie lange diese positive Entwicklung anhalten wird, deutet vieles darauf hin, daß die Chancen für eine friedfertige Lösung des Kurdenkonflikts noch nicht vertan sind. Beide Seiten haben damit zumindest die Bereitschaft gezeigt, die bisherige Eskalation der Gewalt zu durchbrechen.

Das bisher weitgehend eingehaltene Waffenstillstandsangebot der PKK ist zu begrüßen. Die Erklärung der PKK, sich das Selbstbestimmungsrecht der Kurden auch in einer föderalstaatlichem Ordnung innerhalb der bestehenden Staaten vorstellen zu können, ist eine erste Abkehr vom bisherigen Separatismus.

Ebenso positiv ist zu werten, daß von der türkischen Seite dieses Angebot nicht von vornherein vom Tisch gewischt wurde und daß von Seiten der türkischen Sicherheitskräfte bei den Newroz-Feierlichkeiten große Zurückhaltung geübt wurde. Erfreulich ist auch, daß die türkische Regierung bereit ist, die früher angekündigte Liberalisierung ihrer Kurdenpolitik wieder aufzunehmen.

Die SPD-Fraktion hofft, daß beide Seiten diesen Weg der Entspannung weitergehen und konkrete Gespräche zur Beilegung der Konflikte aufnehmen. Dennoch bleiben einige offene Fragen, deren Lösung für jegliche weitere Befriedungsschritte unabdingbar sind.

1) ...
2) Die türkische Regierung sollte die seit langem geforderten Entspannungsmaßnahmen einleiten. Dazu gehören die Aufhebung des Ausnahmezustandes sowie die Auflösung des Dorfwächtersystems und der Antiterroreinheiten, die für viele, auch türkischem Recht widersprechende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

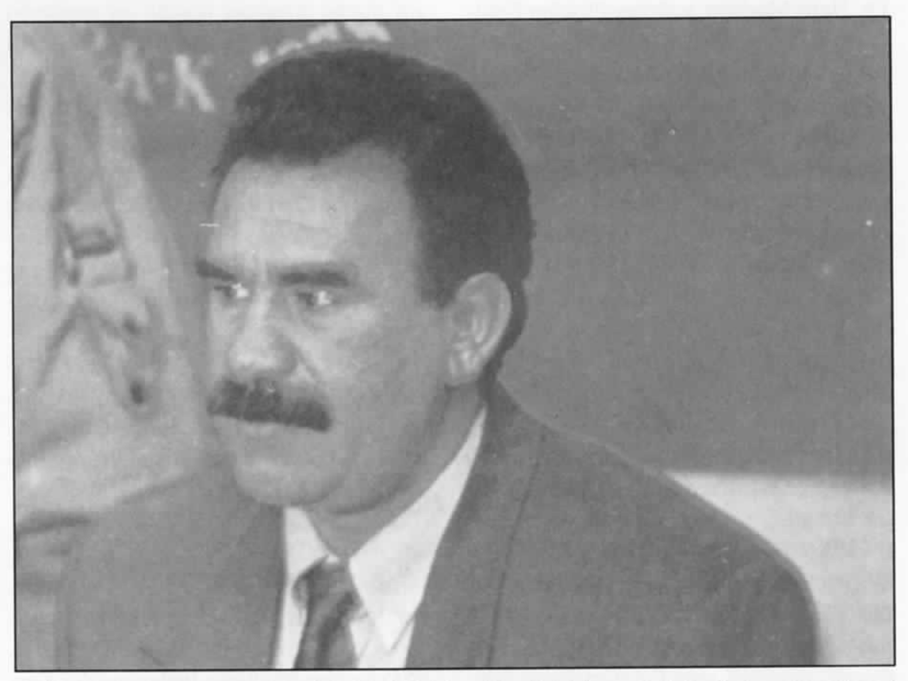
Die SPD-Fraktion ist der festen Überzeugung, daß der Kurdenkonflikt in der Türkei wie in allen anderen betroffenen Ländern mit friedlichen Mitteln gelöst werden muß. Grundlage dafür ist die Bereitschaft aller Seiten, auf Terror und Repressionen zu verzichten. Die neue Chance darf nicht versäumt werden.

# Wir dokumentieren die vollständige Erklärung des Generalsekretärs der Arbeiterpartei Kurdistans Abdullah Öcalan, auf der Pressekonferenz am 17. März 1993 in Bar Elias/Libanon

**Celal Talabani:** Sehr geehrte Damen und Herren, wir freuen uns sehr darüber, daß wir die Gelegenheit haben, mit Ihnen zu sprechen. Herr Abdullah Öcalan wird jetzt eine Erklärung bezüglich der Fragen des Friedens und der Freundschaft mit dem türkischen Brudervolk abgeben und Ihre Fragen beantworten. Vielen Dank.

**Abdullah Öcalan:** Verehrte Pressevertreter, zuerst möchte ich Sie willkommen heißen. Wir hielten es angesichts dieser bedeutenden Phase, unserer Verantwortung in dieser Phase und auch auf den wertvollen Rat Mam Celals (d. Übers.: Celal Talabani) hin für richtig, sie zu dieser Pressekonferenz einzuladen.

Das Problem des kurdischen und des türkischen Volkes ist tatsächlich eines der verworrensten unserer Zeit. Wir betrachten es als unsere Pflicht, Klarheit in dieses Problem zu bringen. Das türkische und das kurdische Volk sind zwei Nationen, die für das Schicksal der Völker des Mittleren Ostens eine entscheidende Rolle spielen. In Folge zahlreicher historischer und politischer Ursachen herrscht ein Zustand der Konfrontation und des Chaos vor. Auf dem Weg zur nationalen Existenz und der Freiheit versucht die PKK seit langem den Kampf des kurdischen Volkes anzuführen. Wir wünschten es, die Probleme ohne Gewalt zu lösen. Doch die in der Türkei herrschende Verleugnungspolitik gegenüber der kurdischen Existenz findet ihren Ursprung in tiefgreifenden historischen Ursachen und steht seit jeher über den jeweiligen Regierungen. Diese Politik der Leugnung hat sich vor allem seit der Gründung der Republik verschärft und reicht bis in die heutige Zeit. Die Politik der Kemalisten hat nicht nur in der nationalen Frage, sondern auch in der Frage der Demokratie, dazu geführt, daß heute alles blockiert ist. Es erreichte solche Ausmaße, daß dadurch das türkische Volk mindestens genauso viel Schaden erlitten hat wie das kurdische Volk. Diese



*A. Öcalan: "Das kurdische und türkische Volk sollte gleich berechtigt miteinander leben."*

Situation verlangt nach einer tiefgreifenden Lösung.

Seit dem 15. August, dem Beginn einer Phase des Durchbruches, oder anders gesagt, eines neuen kurdischen Aufstandes bzw. Widerstandes, hat diese in den 9 Jahren, also im Frühjahr 1993, eine bedeutende neue Ebene erreicht. Im Frühjahr nähern wir uns einer Phase, in der deutlich spürbar wird, daß erneut die Gefahr eines verschärften Kampfes besteht. Außerdem wird Newroz in wenigen Tagen gefeiert. Der Newroztag wird vom türkischen wie vom kurdischen Volk mit Spannung erwartet. Es wird der sehnliche Wunsch geäußert, daß das Newrozfest friedlich verlaufen soll. Alles konzentriert sich auf uns. Man kann sagen, daß die Presse uns in den letzten Tagen in den Mittelpunkt gestellt und die ganze Aufmerksamkeit auf uns gelenkt hat.

Wir sind oft nach Gesprächsterminen angefragt worden. Natürlich werden wir uns Ihre Fragen anhören. Es gibt ein paar traditionelle Einstellungen, die ich hier nicht wiederholen will. Wenn Sie Fragen stellen, kann das mehr zur Aufklärung beitragen. Wir halten es wirklich für eine große Opferbereitschaft von Ihnen, daß Sie bis hierher gekommen sind und es war auch ziemlich schwer, Mam Celal hierher zu bringen. Doch es ist uns gelungen und jetzt sind wir alle hier. Das ist eine wichtige Gelegenheit. Wir erwarten Ihre Fragen.

**Haben Sie die Waffenstillstandserklärung wegen des Newroz-Festes gemacht?**

**Abdullah Öcalan:** Ich möchte hier einen von uns gefaßten Beschluß darlegen. Es herrscht vor allem in Regierungskreisen die Auffassung Die PKK könnte die Newrozkundgebungen in einen bewaffneten Aufstand verwandeln. Ich muß hier gleich klarstellen, daß eine solche Behauptung unhaltbar ist. Wir werden, wenn die Armeeinheiten uns nicht angreifen und wir nicht massiv gezwungen sind unser legitimes Selbstverteidigungsrecht wahrzunehmen, vom 20. März bis zum 15. April kein Gebrauch von Waffen machen keinerlei Angriffe durchführen. Sowohl während den Newrozkundgebungen als auch in dem genannten Zeitraum, werden Angriffe, falls es zu solchen kommen sollte, nicht von uns ausgehen.

Wir werden auf diese Weise unter anderem versuchen, dem Aufruf der internationalen, türkischen und kurdischen Öffentlichkeit zu entsprechen, eine Möglichkeit für Frieden zu schaffen. Wir möchten erklären, daß wir den Weg für eine mögliche politische Lösung offenhalten. Außerdem haben wir erfahren, daß auch türkische Kompetenzen Erwartungen hegen. Wir denken, daß sie das Bedürfnis verspüren, die neue Lage zu analysieren. Auch um ihnen eine solche Möglichkeit zu geben, haben wir diese Frist und einen solchen Beschluß für angebracht gehalten. Auf diese Weise haben wir die, von der Öffentlichkeit an uns gestellten, Erwartungen erfüllt.

**Herr Öcalan, wie in dem Brief von Herrn Talabani der türkischen Öffentlichkeit vermittelt wurde, haben Sie in drei Punkten ihre Meinung gegenüber früher verändert. So hieß es erstens ein bedingungsloser Waffenstillstand, zweitens wir wollen uns nicht von der Türkei trennen und schließlich Diese Angelegenheit kann in den Misak-i Milli-Grenzen (d. Übers.: offizielle Staatsgrenzen der Türkischen Republik) gelöst werden. Ich möchte diesbezüglich folgende Frage stellen: Ist die Frist für den von Ihnen zum Waffenstillstand ernannten Zeitraum die Frist vom 20. März bis zum 15. April?**

**Abdullah Öcalan:** Die Bedeutung liegt darin, daß das, wie ich sagte, als eine neue Analyse und Demonstration des guten Willens verstanden werden muß. Auch Sie wissen ganz genau, daß es uns nie in den Sinn käme, uns einseitig selbst vollkommen zu entwaffnen. Es ist klar, daß ein umfassender Waffenstillstand notwendig ist. Es gibt eine Vielzahl von Problemen. Angefangen von der verfassungsrechtlichen Grundlage bis hin zu den täglichen Gefechten, gegen die wir sind und die unseren Völkern wirklich Schaden zufügen. Auch Sie wissen, daß unter diesen Umständen eine einseitige Entwaffnung unsererseits, ohne Öffnung der Verhandlungswege, schlimmer als Selbstmord wäre. Das ist ganz klar. Eine wichtige Frage ist hier, ob es eine türkische Regierung, die eine politische Lösung in den Vordergrund stellt, gibt oder nicht. Ob sie das Blutvergießen stoppen will oder nicht. Ob sie dem kurdischen Volk einige gesetzliche Sicherheiten geben will oder nicht. Ob sie den politischen Weg öffnet oder nicht. Ob sie einen demokratischen Weg öffnet oder nicht. Oder in diesem Zusammenhang noch klarer ausgedrückt, ob sie unsere nationale Existenz anerkennt oder nicht. Ob sie einer freien Entwicklung, selbst wenn sie begrenzt sein sollte, eine Chance gibt oder nicht. Ob sie die Möglichkeit schaffen wird, daß wir auf dem Weg der Gleichheit, Brüderlichkeit und des Friedens vorankommen, oder nicht. Kurzum, ob sie eine demokratische und politische Form zur Grundlange machen wird, oder nicht. Wenn auf diese Fragen klare Antworten gegeben werden, dann können wir den Waffenstillstand auch bis zum Schluß verlängern, von unserer Seite würde es keinerlei Probleme geben. Gewalt allein ist kein Mittel. Viele wichtige Fragen, einschließlich der von mir genannten, verlangen nach einer Lösung. Wir sind für den Weg einer politischen Lösung offener als jemals zuvor. Diese Pressekonferenz mit Ihnen veranstalten wir, um dies der gesammten Weltöffentlichkeit sowie dem türkischen und kurdischen Volk mitzuteilen. War das verständlich? Zur Frage der Einheit möchte ich folgendes sagen: Unsere Haltung ist nicht, uns sofort von der Türkei lostrennen zu wollen. In dieser Hinsicht sind wir Realisten. Das darf nicht als eine einfache Taktik unsererseits aufgefaßt werden. Es gibt zahlreiche Gründe hierfür; wer die Geschichte, die politische und ökonomische Lage unserer beiden Völker kennt, weiß, daß eine Trennung unmöglich ist. Beide Völker sind eng miteinander verbunden. Wie ich in vielen Interviews betont habe, streben wir nach einer Neugestaltung der Beziehungen. Es herrschen jahrtausendalte Beziehungen, die zu einem Gordischen Knoten geworden sind und jahrtausendalte Widersprüche. Unsere Grundauffassung ist, daß diese auf einer freien und einigermaßen gleichberechtigten Basis neu gestaltet werden müssen. Ständig werden wir Separatisten genannt, doch ganz im Gegenteil ist gerade das eine den Separatismus fördernde Haltung. Die heute herrschende Form unserer Beziehungen läßt sowohl das kurdische als auch das türkische Volk ausbluten, zerstört ihre Güter und schwächt beide Völker. Ich bin davon überzeugt, daß diese Form der Beziehungen der türkischen Nation keinen Vorteil bringt. Außerdem hält sie das kurdische Volk in einem halbtoten Zustand. Diese Form der Beziehung wollen wir auf jeden Fall überwinden. Wir sind der tiefen Überzeugung, daß eine Neugestaltung dieser Beziehungen auf einer freieren und gleichberechtigteren Basis möglich ist. Dazu sind wir absolut bereit, jedoch ist die derzeitige verfassungsrechtliche Ordnung der Türkei dem verschlossen. Wir sind der Meinung, daß, wenn es um eine Phase von Reformen geht, es nun genau der richtige Zeitpunkt ist, diese Beziehungen neu zu gestalten. Annäherungen sind auf solch einer Basis zu unternehmen. Es ist von einer Verfassungsänderung die Rede. Wir betonen die Notwendigkeit, daß die Kurden in dieser Verfassungsänderung berücksichtigt werden müssen.

Ich glaube, damit ist Ihre Frage hinreichend beantwortet. Was war das Dritte? Habe ich Ihre Frage ausreichend beantwortet?

**Ja. Kann ich das so verstehen, daß Sie zunächst vom 20. März bis zum 15. April einen Waffenstillstand durchführen und solange Sie nicht angegriffen werden, nicht feuern werden...**

**Abdullah Öcalan:** Ja...

**Und Sie sagen, Sie könnten entsprechend der Entwicklungen während der Frist des Waffenstillstands, gegebenenfalls den Waffenstillstand auch verlängern.**

**Abdullah Öcalan:** Das liegt in unserer Absicht.

**Gut, was muß denn konkret unternommen werden, damit der Waffenstillstand verlängert werden kann?**

**Abdullah Öcalan:** Ich habe sehr klare

Fragen gestellt. Von der Gegenseite erwarten wir also eine kompetente, verantwortungsbewußte Herangehensweise. Es gibt immense Probleme. Wer ist unser Ansprechpartner zu Lösung dieser Probleme? Wird sich auf der Ebene des Staatspräsidenten eine Annäherung zeigen? Oder auf der Ebene der Regierung? Oder auf der Ebene der Armee? Ich suche ganz offen einen Gesprächspartner.

**Erwarten Sie, daß während der Frist des Waffenstillstands der Staatspräsident oder die Regierung - wer auch immer - auf Ihr Angebot reagieren soll und Sie - Abdullah Öcalan - als Gesprächspartner annimmt? Oder würde das über die kurdischen Abgeordneten der Türkei laufen können? Welche Institutionen würden Sie als Gesprächspartner für Ihr Angebot akzeptieren? Haben Sie da Bedingungen? Bestehen Sie darauf, daß unbedingt die PKK als Gesprächspartner für Verhandlungen akzeptiert werden muß?**

**Abdullah Öcalan:** Es gab die Diskussion, ob Mam Talabani als Unterhändler fungiert oder nicht. Auch darüber, ob die HEP Unterhändlerin ist, wurde diskutiert. Hier darf man nicht so simpel denken. Ansprechpartner in dieser Sache sind wir und auf der anderen Seite die Türkische Republik. Auf welcher Ebene das auf ihrer Seite sein soll, das müssen sie selbst bestimmen; ob der Ansprechpartner der Staatspräsident oder der Generalstab wird, macht für mich keinen Unterschied. Das ist deren Angelegenheit. Aber für unsere Seite kann ich sagen: wir sind die Ansprechpartner, und wir sind dazu bereit, diese Phase zu beginnen. Wenn dazu ein geeigneteres Mittel benötigt wird, wenn gesagt wird, die Sache könne durch ein geeigneteres Mittel besser vorangebracht werden, dann ist es nicht schwer, uns an diesem Punkt zu einigen. Wichtig ist das Prinzip dieser Angelegenheit. Wenn wir erst einmal das Prinzip akzeptiert haben, werden wir auch keine Schwierigkeiten haben, die Mittel hierfür zu finden. Das Wichtige ist, daß wir hier nicht Taktiken anwenden, um uns gegenseitig ins Leere laufen zu lassen, sondern daß wir den Problemen wirklich auf den Grund gehen.

**Spielt Syrien dabei eine Rolle?**

**Abdullah Öcalan:** Überhaupt nicht. Bisher hat Syrien weder etwas Positives noch etwas Negatives über uns gesagt. Syrien spielt hier eindeutig keine Rolle.

**Bei einem Interview, das Sie mir früher gegeben haben, sagten Sie, daß Sie ein unabhängiges Kurdistan wollen. Jetzt sprechen Sie dagegen von einem Kurdistan innerhalb der Einheit der Türkei.**

**Abdullah Öcalan:** Meiner Meinung nach ist das kein Widerspruch. Wie ich des öfteren betont habe, umfaßt die Unabhängigkeit eine Phase, die vom Ausspruch dieses Wortes bis hin zum freien Ausdruck eines Volkes auf ökonomischer, sozialer, politischer und nationaler Ebene reicht. Ein engstirniger Separatismus, ein engstirniger Nationalismus, würde zu einer noch größeren Abhängigkeit führen. Ein Kurdistan, das eine Föderation erreicht hat, kann als eine umfassende Entsprechung zur Unabhängigkeit gesehen werden. In einer Einheit eingebunden zu sein, ist kein Widerspruch zur Unabhängigkeit. Heute besteht das Hauptanliegen aller Nationen nicht darin, sich innerhalb sehr enger nationalistischer Grenzen selbst einzusperren, sondern in Einheiten zu fassen, die den Interessen der Unabhängigkeit dienen.
Daher darf eine auf der Basis der Freiheit und Gleichheit gestützte Suche nach Einheit mit dem türkischen Volk, auch innerhalb der vorhandenen Staatsgrenzen, nicht als Verletzung der Unabhängigkeit gewertet werden.

**Betrachten Sie den Föderalstaat der Kurden im Irak als positiv?**

**Abdullah Öcalan:** Unserer Meinung nach sind die Föderationsbestrebungen im irakischen Teil Kurdistans nicht positiv. Wir halten ihr Verständnis von Autonomie für zu eng. Wir finden ein von der Einheit des Iraks abgetrenntes Kurdistan nicht sehr realistisch. Aber eine Föderation mit den Arabern und anderen Minderheiten, gestützt auf eine Basis von Freiheit und Gleichheit, in der eine sehr weitgehende Demokratie verwirklicht wird, wäre unserer Meinung nach wichtig und ein historischer Schritt. Hierbei wäre es wichtig, daß das kurdische Volk seine politische und militärische Sicherheit eigenständig herstellen könnte, wofür es Kraft benötigt. Im Irak könnte es ihm gelingen, ein stabiles System zu schaffen, das nicht mehr, wie in der Vergangenheit, vielen Zerstörungen ausgesetzt wäre.

**Herr Öcalan, kehren wir wieder zur Türkei zurück. Haben Sie wirklich vollständige Kontrolle über alle Ihre bewaffneten Einheiten? Es gibt da einige Gerüchte.**

**Abdullah Öcalan:** Ich habe tägliche Verbindung. Alle erfüllen die ihnen erteilten Anweisungen. Es gibt keine Spaltung in der PKK, wie es behauptet wurde. Das sind Sensationsmeldungen. Zum Beispiel wurde behauptet, Cemil Bayik habe sich mit einer oppositionellen Gruppe innerhalb der PKK von der Partei getrennt. Cemil Bayik ist jetzt hier unter uns. Er hatte etwas mit einem Rückenwirbel und wurde operiert. Vor einigen Jahren gab es wohl manche Differenzen, doch diese waren in Wirklichkeit von außen in unsere Partei hineingetragene Provokationen. Heute beherrscht die PKK jeden Bereich und hat eine hervorragende Befehlsstruktur. Alle PKK-Mitglieder halten sich an die Beschlüsse der Partei, und nehmen sogar den Tod in Kauf um diese Beschlüsse zu erfüllen.

**Sie sprachen vom Newroz letzten Jahres. Sie sehen das Newroz in diesem Jahr als eine Bedingung, die Waffen zum Schweigen zu bringen. Sie sprechen von dieser 25-tägigen Frist in den Monaten März und April. Was bedeutet diese Haltung in der Praxis. Zum Beispiel, werden in den ländlichen Gebieten in der Türkei weiterhin eine Reihe von Operationen der Sicherheitskräfte durchgeführt. Ist es eine Bedingungen für Ihren Waffenstillstand, daß diese Operationen eingestellt werden, oder wird Ihr Waffenstillstand unter allen Umständen 25 Tage lang andauern?**

**Abdullah Öcalan:** Wir haben keinerlei Vorbedingungen gestellt. Nur wenn ihre Operationen uns der Gefahr unserer Vernichtung aussetzen, dann werden wir uns verteidigen. Abgesehen von diesem Fall, werden wir keinerlei Aktionen durchführen.

**Verehrter Vorsitzender, ich möchte zwei Fragen stellen. Erstens, wenn sich in dieser 25-tägigen Frist kein Hoffnungsschimmer zeigt - hoffen wir, daß das nicht passiert - wo und auf welche Weise wird dann Ihr Kampf weitergeführt werden? Zweitens, wie wird die Zukunft der Kurden Nord- und Südkurdistans aussehen, welche Form wird sie annehmen? Es**

**ist übrigens sehr schön, Sie beide zusammen zu sehen.**

**Abdullah Öcalan:** Diese Frist ist wirklich ein Zeichen des guten Willens. Wenn man beachtet, wir haben keine Bedingungen gestellt. Das einzig verlangte Zugeständnis ist, daß sie es nicht auf unsere Vernichtung abgesehen haben dürfen. Wie besonders Mam Celal sagte, was von der türkischen Presse ausreichend dokumentiert wurde, erwartet jeder einen Schritt für ein friedliche Lösung. Wir haben den Waffenstillstand in Respekt vor diesem Wunsch erklärt. Wir wollen auf jeden Fall verhindern, daß, vor allem am Newroz, Gelegenheiten geschaffen werden, Provokationen bezüglich des Waffenstillstands zu ermöglichen. Außerdem erklären wir, daß wir der Regierung, wenn sie den guten Willen hegt, daß Problem auf politischer Ebene anzugehen, eine Chance hierzu geben wollen.

Für den Fall, daß das alles umsonst gewesen sein sollte, möchte ich an dieser Stelle Kampf so weit zu bringen. Ich möchte auch erklären, daß es mir sehr schwer fiel, diesen Krieg zu führen. Ich möchte hier an eine Bewertung des verehrten Hodscha Yalcin Kücük erinnern. Er schrieb "Was habe ich in Apo's Haltung zum Krieg gesehen? Ich habe die Haltung der griechischen Helden der Antike wiedererkannt, der Helden, die zum Krieg gezwungen waren, obwohl sie so sehr gegen den Krieg waren..." Es ist tatsächlich so. Obwohl wir so sehr gegen den Krieg sind, werden wir dazu gezwungen. Ich möchte noch einmal wiederholen, daß ich der Mensch bin, der diesen Krieg am meisten verabscheut und ihn nicht wollte. Und das ist immer noch so. Es mag vielleicht symbolisch anmuten, doch ich habe in meinem ganzen Leben noch kein einziges Mal eine Waffe in die Hand genommen und noch niemals eine Aktion durchgeführt. Doch ich war einfach aus der Notwendigkeit, die Existenz des kurdischen Volkes ans Tageslicht zu bringen und aus der unumgänglichen Notwendigkeit der Menschlichkeit dazu gestellt und ich sage, daß sich die Ansprechpartner treffen sollen, um für die Sicherung der Existenz unseres Volkes und der Ingangsetzung einer freien Entwicklung zu sorgen.

Es geht nicht darum, ob sie mit mir verhandeln oder nicht. Ich kann genausogut in den Hintergrund treten. Sie sollen das demokratische Recht unseres Volkes auf Ausdruck seines eigenen Willens anerkennen, die eigenen Vertreter des Volkes auf freie Weise herausbilden lassen. Das Volk soll das Problem so lösen können, wie es will. Mir geht es nicht darum, unbedingt den Krieg weiter zuführen. Der Krieg ist für mich eine Folter und man würde mich von dieser Folter erlöst haben.

Wenn aber weiterhin wie früher gesagt wird Ich seid nichts, kommt und ergebt euch, dann darf ich nur noch an unseren Selbstschutz denken. Ich bin der Meinung, daß Kapitulation kein Leben ist. Man spricht von der existierenden türkischen Gerechtigkeit. Diese Gerechtigkeit hat nichts anderes als Galgen hervorgebracht.




*Bilder von der Pressekonferenz: Abdullah Öcalan mit dem Führer der PUK, Celal Talabani.*

feststellen, daß ich, als ich diesen Kampf begonnen habe, weder einen Pfennig Geld noch eine einzige Patrone hatte, uns es jedoch trotzdem gelungen ist, unseren zwungen, den Krieg so weit zu führen.

Ich möchte noch einmal wiederholen: stellen wir diesen Krieg sofort ein! Ich habe einige ganz bescheidene Fragen gestellt. So denke ich. Wir werden uns weiterhin gegen ihre Negierungs- und Verleugnungspolitik verteidigen. Uns geht es nicht darum, den türkischen Staat, die türkische

Nation zu vernichten. Ganz im Gegenteil, wir sagen, sie sollen uns das Recht, unsere nationale Existenz zu schützen und zu entwickeln, zugestehen, und wenn es nur beschränkt sein sollte. Was mich hier verblüfft: Was ist denn Terror? Wer begeht gegen wen Terror? Daß das dermaßen verdreht wird beschämt und macht mich wütend. Das empfinde nicht nur ich so, sondern das gilt auch in Hinblick auf die internationale Öffentlichkeit. Wenn sie weiterhin wie früher sagen Wir verleugnen die Existenz der Kuden, wir werden auch diesen Aufstand von ihnen noch niederschlagen und diejenigen, die dabei überleben dann hinrichten, dann werden wir unseren Widerstand weiterführen. Ich möchte erklären, daß unsere diesbezüglichen Vorbereitungen auf einer mit den vergangenen Jahren nicht zu vergleichenden hohen Stufe entwickelt sind. Unsere Guerillakräfte sind in den Ararat-Bergen, in Mus, in Erzurum, in den Bergen von Dersim, ebenso in Diyarbakir, in den Bergen von Bitlis, in einer Größenordnung von fast zehntausend Kämpfern und Kämpferinnen stationiert. Wir können unsere Guerillakräfte dieses Jahr schnell auf fünfzigtausend erhöhen. Wenn der Beschluß der türkischen Regierung kategorisch Krieg lauten sollte, dann kann ich auch kategorisch erklären, daß unsere Guerillakräfte dann zum ersten Mal auf diese Größenordnung von fünfzigtausend erhöht werden und wir einen ganz dauerhaften Krieg durchführen können.
Außerdem wird es wieder weitverbreitete Volksaufstände in Kurdistan und in der Türkei geben. Wieder wird in der Türkei der Guerillakampf verbreitet werden. Ich möche jedoch noch einmal erklären: es ist nicht das, was wir bevorzugen. Wenn sie jedoch weiterhin dabei bleiben, uns Kapitulation und Vernichtung aufzuzwingen und alle politischen Lösungsmöglichkeiten beiseite zu schieben, wenn dem Frieden keine Chance gegeben wird, dann wird es dazu kommen.
Um zu den Südkurdistan-Beziehungen zu kommen: Wir haben diese Beziehungen vor 14 Jahren mit Mam Celal aufgenommen. Wie Sie heute sehen, hat es wieder auf einer weiterentwickelten Ebene eine Begegenung zwischen uns gegeben. Wir glauben, daß wir gegenseitig aufeinander angewiesen sind. Vor allem hat Mam Celal gezeigt, daß er sehr großen Wert auf diese Beziehungen legt. Wir haben die entsprechende Antwort auf seine Bemühungen gegeben. Ich glaube, daß von nun an diese Beziehungen nicht wieder auseinanderbrechen, sondern brüderlich fortgeführt werden. Das Volk von Nordkurdistan wird von nun an auch dauerhaftere Beziehungen mit dem Volk von Südkurdistan entwickeln und sich vor allem gegen die Drohungen der Vernichtung seiner Existenz und gegen seine Unterdrückung stellen. Es hat heute die Stärke, das Volk von Südkurdistan schützen zu können. Das Volk von Südkurdistan war damals isoliert und stand alleine da, doch heute ist das nicht mehr so. Wir werden tun was wir nur können, um seine Existenz dauerhaft zu schützen und es zu befreien. Wie ich eingangs schon erklärte, hat Mam Celal mehr als ich hieraufhin gearbeitet. Deshalb sollte Mam Celal zu diesen Punkt ergänzen.

**Celal Talabani:** Wie Sie sehen, sind wir uns derzeit,um in der Frage des Friedens und für alle Probleme eine politische Lösung zu finden sehr nahe gekommen. Wie Herr Öcalan schon erklärt hat, bestehen unsere Beziehungen schon seit sehr langer Zeit. Wir glauben, daß es jetzt eine historische Chance gibt, das Blutvergießen zu beenden und den Krieg zwischen den Brüdern in der Türkei zu beenden. Wir im irakischen Teil Kurdistans glauben, daß die türkischen Menschen unsere Brüder sind und wir wollen nicht, daß diese Menschen auf irgendeine Weise Schaden erleiden. Wie Herr Öcalan schon erklärt hat, darf diese Chance für den Frieden und für eine neue Brüderlichkeit mit der Türkei nicht verpaßt werden. Ich bin davon überzeugt, daß dies zuerst für die Türkei und später auch für den gesamten Mittleren Osten eine Friedensordnung und Demokratie bringen wird. Ich glaube, daß dieser Aufruf bei allen Freunden der Türkei in der Region Zustimmung finden wird, weil er sich im Rahmen der Demokratie und der Einheit der Türkei bewegt. Wie Sie wissen, hat das Volk im irakischen Teil Kurdistans viel Schweres durchgemacht und war sogar einer kollektiven Vernichtung ausgesetzt. Ich bin glücklich, sagen zu können, daß unsere Beziehungen weiterbestehen und uns bis hierher, wo wir heute stehen, gebracht haben. Ich meine, daß das auch im Interesse aller im Mittleren Osten Lebenden ist. Das ist eine Gemeinsamkeit nicht nur für die Interessen des kurdischen Volkes, sondern auch für die Interessen des türkischen und aller anderen Völker.

**Was erwarten Sie letztendlich für eine Reaktion auf Ihre an die türkische Regierung gerichtete Botschaft und auf Ihren Aufruf? Wird es bis zum 15. April vor der türkischen Öffentlichkeit geheimgehaltene diplomatische Beziehungen mit Ihnen geben, oder wird die türkische Regierung, wie sie es der türkischen Öffentlichkeit darstellt, sagen Nein, wir erkennen die PKK nicht an, sie ist nicht unsere Gesprächspartnerin und unterdessen andere, vor der Öffentlichkeit geheimgehaltene, Beziehungen mit Ihnen entwickeln? Wie wird sie auf Ihr Friedensangebot oder auf ihren Aufruf reagieren? Welche Erwartungen haben Sie persönlich? Sind Sie zumindest zuversichtlich? Ich frage Sie nach Ihrer persönlichen Meinung, nicht nach Ihrer Einschätzung im Namen der PKK.**
**Meine zweite Frage: Sie sind zivil gekleidet, beginnen den zivilen Kampf, also mit Anzug, Krawatte und so weiter... Kollegen von mir haben kürzlich auf dem Titel die Schlagzeile Die Hizbullah hat sich mit der PKK in der Türkei geeinigtgebracht. Stimmt das? Es heißt, die PKK habe sich mit der Hizbullah in der Türkei, in Amed, in Batman, in Botan, geeinigt. Aber meine erste Frage ist noch wichtiger.**

**Abdullah Öcalan:** Sie meinen, die erste Frage ist wichtiger?

**Für mich ist die erste Frage wichtig. Was erwarten Sie als Abdullah Öcalan von Ihrem Auruf? Denn wir glauben, daß vor uns in der Türkei alles verheimlicht wird. Wenn man Cengiz Candar ist, dann kann man alles erfahren, doch Journalisten wie wir erfahren nichts. Ich bin der Meinung, daß es mein Recht ist als Türke und als ein Mensch, der über Ihren Kampf dort, also der über den Krieg zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk, sehr traurig ist, dies zu erfahren.**

**Abdullah Öcalan:** Was, meinen Sie, wird verheimlicht?

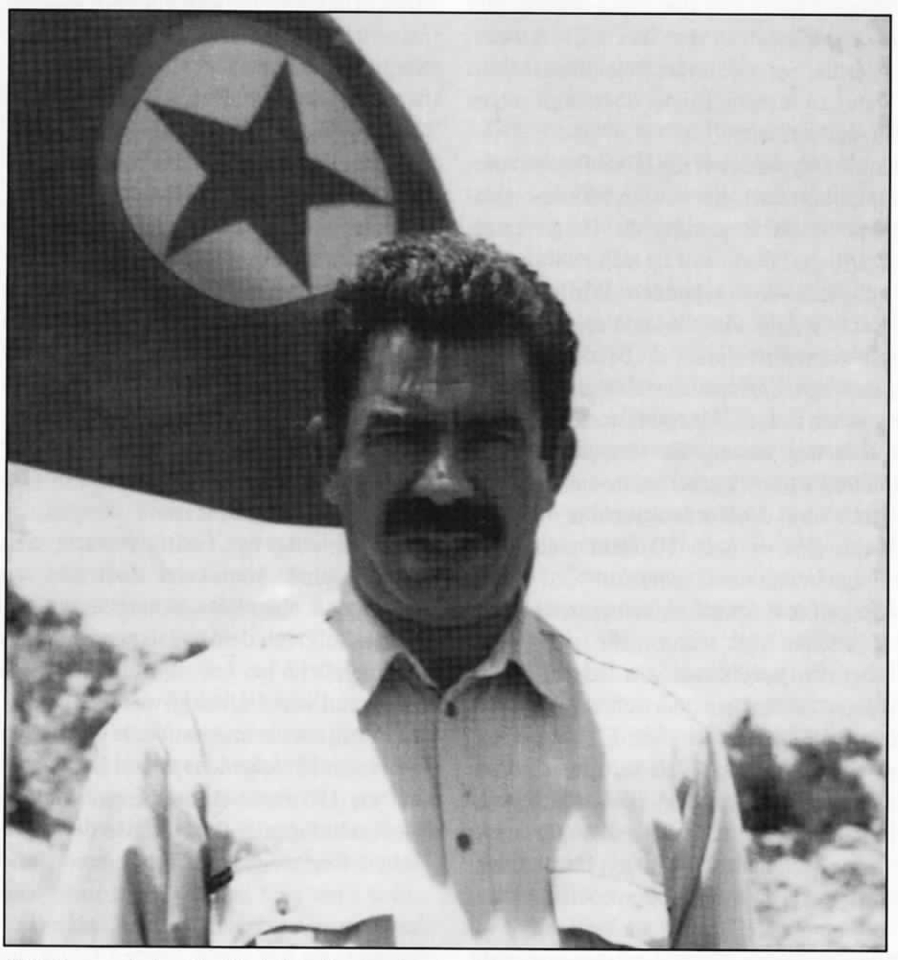
**Die türkische Regierung sagt der türkischen Öffentlichkeit Wir akzeptieren die PKK nicht als Gesprächspartnerin. Ich stelle die Frage, ob die türkische Regierung, während sie das öffentlich so erklärt, nicht vielleicht eine Reihe diplomatische Manöver unternimmt und mit Ihnen illegale Verhandlungen führt, von denen wir nichts erfahren?**

**Abdullah Öcalan:** Ich kann in aller Ehrlichkeit sagen, daß es keine geheimen Verhandlungen gibt. Was die Frage anbelangt, ob Ihre Regierung ihrem eigenen Volk gegenüber einige Täuschungsmanöver durchführt oder nicht, so bin ich zwar nicht dazu in der Lage, sagen zu können, ob solche in dem von Ihnen vermuteten Zusammenhang stattfinden, doch es ist klar, daß sie mit manchen Dingen beabsichtigt, bestimmte enge politische Ziele zu verfolgen. Demirel sagte zum Beispiel vor zwei Tagen Warten Sie noch ein bißchen, schauen wir, wie die Erklärungen sind und dementsprechend werden wir dann unsere Haltung festlegen. Zwei Tage danach zeigte er dann eine ganz gegensätzliche Haltung. Mir wurde über eine Fernsehrede Özals berichet. Sie sagten Es war eine Rede, die sich mit dem Problem auf ernsthaftere Weise befaßte.. Dazu möchte ich erklären, daß zwischen beiden Stellungnahmen ein Widerspruch besteht, was auch immer, und ich selbst möchte dazu nicht auch noch beitragen. Obwohl doch Özal meiner Meinung nach einer derjenigen ist, die an erster Stelle die schwere Verantwortung für diesen Krieg zu tragen haben. Man kann sagen, daß er dafür sogar sein Leben eingesetzt und mit aller Kraft daran gearbeitet hat. Jetzt, wo es um eine Lösung geht, bringt er manche Meinungen noch dezidierter vor. Ob das eine Taktik ist, oder ob ihm das von bestimmten Kreisen aufgezwungen wird, vermag ich nicht zu sagen. Ich wünsche es mir sehr zu erfahren, ob das wirklich seine überzeugte Haltung ist oder nicht. Denn ich habe auch schon in früheren Interviews erklärt, daß ich mir die Frage stelle, ob Özal den Mut und die Kraft dazu hat, die Entwicklungen auf diese Weise aufzugreifen oder nicht; ob er in diesem Zusammenhang tatsächlich einige nach vorwärts gerichtete Schritte unternehmen will oder nicht. Wenn ich sicher wüßte, daß auf der Gegenseite ein richtiger, politischer Ansprechpartner vorhanden ist, hätte ich schon längst gesagt Kommen Sie, finden wir eine Lösung. Ich habe den Mut und auch die Kraft dazu. Von der Gegenseite kann ich das jedoch nicht behaupten.

Was Demirel anbelangt, so muß ich sagen, daß er absolut widersprüchlich ist und daß ich auch nicht glaube, daß er in seinem eigenen freien Willen spricht. Jemand, der so viele Jahre, fast 30 Jahre lang, im Zentrum der Politik steht, einer der wichtigsten Politiker der Türkei ist, bringt kein Wort zu dieser Frage hervor. Als er Ministerpräsident werden wollte, sagte er Wir erkennen die kurdische Identität an. Müßte ein Ministerpräsident nicht einige Sätze mehr dazu hervorbringen? Das tat er leider nicht. Stattdessen erlebten wir in der Demirel-Ära, vom 20. Dezember 1991 bis heute - er wurde 20 Tage nach diesem 20. Dezember Ministerpräsident - Bombardierungen und Massaker, wie zum Beispiel in Sirnak, die in ihrer Intensität nicht mit denen der Özal-Ära vergleichbar sind.

Ob dies auf Wunsch von Demirel persönlich gemacht wurde oder nicht, das weiß ich nicht. Sirnak war meiner Meinung nach eine absolute Provokation, denn ich wußte, daß es von unserer Seite aus in Sirnak keinen Angriff geben würde. Wenn sich die Menschen nicht unter die Erde zurückgezogen hätten, wären über tausend Menschen getötet worden. Wer hat diesen Befehl gegeben? Das muß aufgedeckt werden. Ich meine, wenn vor dem türkischen Volk etwas verheimlicht wird, dann an diesem Punkt. Es werden Befehle gegeben und später bekennt sich niemand zu diesen Befehlen. Demirel sprach von der kurdischen Identität und am nächsten Tag sagt er überhaupt nichts mehr. Weshalb entstehen diese Änderungen?

Es gibt noch andere Kreise; wir wissen nicht, welche Meinung die Armee vertritt. Es wird vom Nationalen Sicherheitsrat gesprochen. Was ist mit dieser Institution? Das wird in der Türkei heftig diskutiert. Es heißt, der Nationale Sicherheitsrat sei die wirkliche Regierung. Es geht die Rede, daß Parlament habe sehr wenig zu sagen, die Regierung ebenso. All das sind Spekulationen. Wir können aber sagen, daß die politische Macht in der Türkei, neben einer großen Schwäche, auch an Zerrissenheit leidet. Ich möchte feststellen, daß mehr als die von Ihnen gestellte Frage, ob dem türkischen Volk etwas verheimlicht wird, eigentlich die Frage dieser großen Schwäche und Zereissenheit vor Augen geführt werden muß. Niemand kann, alleine auf ein Ideal gestützt, seine Politik voranbringen. Das Problem, die Ausweglosigkeit ist hier zu suchen. Ich wünschte mir sehr, daß es in der Türkei ein politisches Zentrum gäbe, welche in der Lage sei, zu den von uns bis heute aufgeworfenen offenen Diskussionen oder zu einigen Prinzipien etwas zu sagen und uns einen



*PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan in der Bekaa-Ebene.*

anderen Weg vorzuschlagen, als die an uns gerichtete Aufforderung uns zu ergeben oder die Vernichtung. Niemand sagt auch nur ein einziges mutiges Wort. Es muß aufgeklärt werden, wer vor wem Angst hat. Es wird viel über die Konterguerilla geredet. Worauf stützt sich die Existenz dieses Organs? In den Nato-Staaten gibt es die Gladio, in der Türkei die Konterguerilla. So viele ungeklärte Morde! Wird denn zu diesem Thema überhaupt nichts gesagt werden?
Ich werde noch auf die Hisbollah zu sprechen kommen. Es werden Morde begangen. Ist die Regierung die Hauptverantwortliche? Dann soll sie sich zu ihrer Verantwortlichkeit bekennen. Wir haben ein Recht darauf, diese Fragen zu stellen und eine Antwort darauf zu bekommen. Hat die Regierung eine Einschätzung zur kurdischen Frage? Dann soll sie zu ihrer Einschätzung stehen. Es wird jetzt seit 30 Jahren Politik immer noch die Frage gestellt, ob es die Kurden gibt oder nicht und dann gibt es nach 30 Jahren auf diese Frage immer noch keine Antwort! Das ist die größte Respektlosigkeit gegenüber dem türkischen Volk - und mehr noch gegenüber dem kurdischen Volk. Ich möchte an dieser Stelle dem türkischen Volk etwas sagen: Sind das wirklich Eure Vertreter? Wenn das wirklich Eure Vertreter sind, wie sehr seid Ihr dann in diesen Krieg verwickelt, wie sehr seid Ihr dann für diesen Krieg? Ich habe von einigen Forderungen für das kurdische Volk gesprochen bzw. in diesem Zusammenhang in Verbindung mit unserer Praxis einige Analysen angestellt. Will denn das türkische Volk uns vernichten? Leugnet es denn die Existenz der Kurden vollkommen? Will es denn dem kurdischen Volk nicht einmal die Freiheit zugestehen, seinen Wunsch nach einem eigenen Radio oder Fernsehn zum Ausdruck seiner Existenz zu erfüllen? Einerseits heißt es Wir leben schon seit tausend Jahren brüderlich in einer Einheit zusammen und andererseits sollen die Kurden nicht einmal einen einzigen Radiosender bekommen! Demirel selbst sagte Es gibt viertausend Radiosender - nur nicht für die Kurden! Ist das etwa Brüderlichkeit? Und Ihr habt nicht die Kraft, auf diese Frage auch nur eine Antwort zu geben. Ihr macht auf internationaler Ebene so viele Radio- und Fernsehprogramme - das gilt nun auch schon für die Turkrepubliken - aber für das kurdische Volk kann nicht einmal ein kleines Fernsehprogramm gemacht werden? Wenn das kurdische Volk Euer Brudervolk sein soll, und wenn Ihr auch seine Identität anerkennen wollt, dann haben wir ein Recht, diese Frage zu stellen. Was sagt das türkische Volk dazu? Wenn das türkische Volk ein Gewissen hat, wenn das türkische Volk für Brüderlichkeit ist, wenn das türkische Volk dafür ist, daß ein Volk sich frei ausdrücken kann - lassen wir einmal die Gründung eines eigenen Staates beiseite - wenn das türkische Volk will, daß das kurdische Volk das Recht auf eine solch bescheidene Form, sich selbst zum Ausdruck bringen zu können, zugestanden bekommt, könnte es dann nicht seinen eigenen Regierenden sagen, daß sie ein bißchen ernsthaft werden sollen? Das ist der Punkt, den wir als den eigentlich undurchsichtigen und als die eigentliche Respektlosigkeit bezeichnen können. In der Türkei gibt es keine Demokratie und keinen Respekt gegenüber dem Volk. Ja, nicht nur gegenüber dem kurdischen Volk, auch gegenüber dem türkischen Volk gibt es keinen Respekt. Es wird keine richtige Politik gemacht. Seit dreißig Jahren kann keine Rede sein von einer politischen Entwicklung für das türkische Volk. Ich denke, daß genau das das Schmerzliche ist. Ich weiß nicht, ist das genügend verständlich geworden?
In Bezug auf die internationale Öffentlichkeit kann ich folgendes sagen: Der Druck auf die TR wird sich verstärken. Meinen Beobachtungen zufolge wurde der türkischen Regierung eine Frist gesetzt und diese Frist geht jetzt - das ist mein Eindruck, genau weiß ich das natürlich nicht - zuende. Es gibt einen ernsten Druck auf die TR, eine politische Lösung zu finden. Ich bin davon überzeugt, daß vor allem die USA, aber auch Europa, die TR zu einer politischen Lösung zwingen werden und ich denke, daß die anormale Entwicklung damit zusammenhängen könnte. Und ich denke, daß sich diese Entwicklung weiter verstärken wird. Das ist mein Eindruck, den auch Mam Celal teilt, und beide meinen wir, daß sich dies weiter verstärken wird. Wir wollen natürlich nicht, daß es sozusagen vom Westen aufgezwungen wird, sondern sind der Meinung, daß es notwendig ist, daß sich die Türkei selbst einer politischen Lösung öffnet. Wenn sie sich dem nicht öffnet, dann wird sie in starke Bedrängnis geraten. Die ehemals für uns negative Phase im diplomatischen Bereich hat sich ins Gegenteil zu unseren Gunsten gewandelt. Es ist zu erwarten, daß das zu einem bedeutenden Druck führen wird. Wenngleich es dahingehend keine konkreten Fakten gibt, kann doch meiner Meinung nach von einer Entwicklung in diese Richtung gesprochen werden.

**Herr Öcalan, was die Frage des Gesprächspartners angeht, so gibt es in dem Brief des Herrn Talabani eine Stelle, wo es heißt Die kurdischen Abgeordneten im (d. Übers.: türkischen) Parlament, nicht unbedingt die der HEP, könnten Gesprächspartner sein. Ich möchte Sie bitten, zu diesem Punkt etwas zu erklären. Dann möchte ich gerne wissen, ob Talabani in der Zukunft eine Vermittlerrolle spielen könnte.**

**Celal Talabani:** Nein. Es gibt die PKK und es gibt die türkische Regierung. Herr Öcalan sagt ganz offen...

**Herr Öcalan sagt, wenn es gewünscht wird, machen wir ...**

**Abdullah Öcalan:** Sowohl die HEP als auch Mam Celal haben in diesem Zusammenhang bestimmte Prozesse eingeleitet bzw. sind da noch in bestimmten Prozessen. Der Einfluß der HEP ist in dieser Sache beschränkt. Zuerst einmal ist die HEP dafür nicht entsprechend organisiert und nicht auf der Stufe, es so vertreten zu können; doch wir waren der Meinung, daß sie eine positive Funktion haben könnte, die Beziehungen zu entspannen und dies auf eine politische Plattform zu übertragen. Wir halten die Gespräche, die in diesem Zusammenhang geführt werden, nicht für schädlich. Wir versuchen auch sie in diesem Zusammenhang von Zeit zu Zeit zu unterstützen. Das wurde jedoch in der Form: Apo erteilt der HEP Direktiven falsch verstanden. Wir gaben der HEP keine Direktiven. Was wir tatsächlich beabsichtigten: sie sollten auf politischen Plattformen auftreten können, in dieser Hinsicht etwas darstellen, deshalb wollten wir sie unterstützen. Wir dachten, daß sie damit sowohl der Demokratie einen Dienst erweisen, als auch die Umgebung etwas an politische Lösungsmethoden gewöhnen werden. Falls Sie aber eine Vermittlerrolle im wahrsten Sinne meinen; das ist etwas schwer. Dafür fühlt sich die HEP selbst nicht bereit. Und auch wir halten das im Bezug auf unsere Beziehungen etwas zu eng. Das müssen wir so erklären.
Was Mam Celal betrifft: Wenn die Vertreter der Türkei im Rahmen der von mir

eben aufgeworfenen Fragen bereit sind und das Bedürfnis nach einer solchen Vermittlung verspüren, dann gibt es für uns kein Hindernis. Mam Celal besitzt auch Erfahrung darin, neue Wege zum besseren Verständnis zu öffnen. Er steht auch schon seit langer Zeit mit uns in Verbindung und könnte dazu beitragen ein besseres Klima der Verständigung zu entwickeln. Es darf aber in diesem Zusammenhang wirklich nicht zu viel erwartet werden, er könnte nur eine Rolle dabei spielen, dieser neuen Methode der politischen Ebene mehr Gewicht zu verschaffen und sie in den Vordergrund zu stellen. Wir haben nicht die geringsten Bedenken dagegen und versuchen dabei auch behilflich zu sein.
Ist damit Ihre Frage ausreichend beantwortet?

**Natürlich, ich danke Ihnen.**

**Abdullah Öcalan:** Ich möchte an diesem Punkt jedoch noch etwas ergänzen. Weder die Regierungsparteien, noch die Oppositionsparteien der Türkei sind ausreicheind bereit in dem von uns dargestellten Rahmen das Problem auf demokratische und politischer Basis in die Hand zu nehmen. Es herrscht Undurchsichtigkeit. Ich erkläre das deshalb, weil das so verstanden werden muß und ich glaube, daß das in Zusammenhang mit Ihrer Frage steht. Sowohl bei der Opposition als auch bei der Regierung herrscht ein ernsthafter Mangel an Persönlichkeiten und glaubhaften Parteiprogrammen, sowie an Erfahrung. Deshalb sehe ich kaum Hoffnung darin, daß sie eine Lösung eine Lösung anbieten können. Es gibt eine Bewertung von Özal, die in der Presse als neue Gründung bezeichnet wird. Diese wurde ein bißchen ausgeweitet und hat eine Diskussion um den Begriff Zweite Republik eingeleitet. Ich halte diese Diskussion für leeres Geschwätz. Meiner Meinung nach sind die vorhandenen Parteien - ob die regierenden oder die der Opposition - weit davon entfernt sind, die Probleme wirklich richtig begreifen zu können. Sie sind weit hinter dem Punkt, an dem die Türkei heute angelangt ist, zurückgeblieben. Sie haben Schwierigkeiten die sich verschärfenden Probleme überhaupt zu begreifen oder wollen sie gar nicht begreifen. Deshalb bin ich nicht sehr hoffnungsvoll. Sie haben ja danach gefragt, ob ich optimistisch bin oder nicht. Ich würde gerne sehr hoffnungsvoll sein. Dafür gibt es Gründe. Als z. B. Akbulut ging war Mesut (d. Übers.: Yilmaz, früherer Innenminister) etwas liberaler und auch ein bißchen wie die Deutschen, so daß ich dachte, der würde etwas tun. Aber leider ließ er dann noch mehr Bomben abwerfen. Dann ging er und es kam Demirel. Ich dachte, Demirel würde etwas liberaler sein - schließlich haben ja auch wir ein wenig dazu beigetragen, daß er Ministerpräsident wurde - doch er stand dann auch Mesut um nichts nach. Wir kamen also vom Regen in die Traufe. Jetzt wird von einer neuen Gründung gesprochen; wenn denn diese neue Gründung auch tatsächlich eine neue sein sollte.

**Ihre Hoffnung die Zweite Republik...**

**Abdullah Öcalan:** Ja, es gibt Diskussionen über eine Zweite Republik; ich möchte etwas optimistischer sein. Wenn bei der Entwicklung der Zweiten Republik - und es wird ja auch versucht, die verfassungsrechtliche Basis hierfür zu schaffen - in der Verfassung die Kurden und die Türken auf der Basis von Gleichheit und Freiheit berücksichtigt und die entsprechenden Gesetzesänderungen durchgeführt werden, dann könnte diese neue Gründung tatsächlich eine Zweite Republik zur Folge haben. Das könnte eine ernsthafte Entwicklung bedeuten. Meiner Meinung nach kann eine solche tiefgreifende, radikale Veränderung endlich eine Lösung für die schweren Probleme der Türkei bringen.

Ob Özal in diesem Zusammenhang wirklich etwas schaffen will und ob er tatsächlich die Kraft dazu besitzt? Ich sage dazu immer - entschuldigen Sie, schließlich kennen wir die Vergangenheit - alle gutgemeinten Annäherungen wurden später jedes Mal auf sehr tragische Weise mit bitteren und grausamen Bombardierungen sowie Spezialkriegsmethoden beglichen. Wenn eine ehrliche Antwort kommt, dann werden wir jeden nur möglichen Beitrag dazu leisten. Ob für die Debatte um die Zweite Republik, für eine neue Gründung, für die Schaffung verfassungsrechtlicher Rahmen oder die Anwendung politischer Methoden: die PKK wird sich absolut konstruktiv verhalten und ihren Beitrag dazu leisten. Wir müssen hier jedoch feststellen, daß das Problem nicht bei der PKK, sondern bei den vorhandenen politischen Strukturen in der Türkei liegt. Die politischen und wirtschaftlichen Strukturen in der Türkei sind blockiert, die Demokratie entwickelt sich nicht, und das sage nicht nur ich: alle Schriftsteller und die gesamte Intelligenzia der Türkei betonen es jeden Tag.
Ich hege die Hoffnung, hierfür eine Lösung zu finden. Wenn Sie mich fragen, ob das meine einzige Hoffnung ist und ob diese Hoffnung sehr stark ist, muß ich das verneinen. Doch will ich in diesem Rahmen mit der Türkei gemeinsam eine optimistische Haltung bewahren.

Gut, kommen wir zu Ihrer zweiten Frage bezüglich der Hisbollah: Ich nehme an, Sie möchten auch eine kurze Stellungnahme zu den wirklichen Hintergründen der Hisbollah.
Meiner Meinung nach ist die Hisbollah - wenn auch nicht ganz und gar, aber doch zum größten Teil - und das kann ich mit Sicherheit sagen - die MHP Kurdistans oder die kurdisierte MHP. Ich habe vor einigen Tagen Analysen zur Hisbollah in Batman - wo sie ja schwerpunktmäßig agiert - gelesen und daraus war zu ersehen, daß sie ein von den Sicherheitskräften durchdrungenes Organ ist. Das hatte ich schon vorher vermutet und es bestätigte sich. Das ist ein sehr gefährliches Spiel: es hat alleine 1992 zu über 500 Morden geführt. Die Ermordeten hatten in Wahrheit nichts mit der PKK zu tun und ich glaube, daß der größte Teil von ihnen unschuldig war, die Opfer waren noch nicht einmal politisch. Die Hisbollah ist eine Taktik, um dem Volk zu demonstrieren, was ihm passiert, wenn es sich der PKK nähert und sie unterstützt.
Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt hatte die MHP die Aufgabe inne, die Linken in der Türkei einzuschüchtern. Ich möchte in diesem Zusammenhang die Regierung warnen: Demirel selbt hatte einmal lange Zeit die MHP als Einschüchterungsinstrument gegen die türkische Linke in der Türkei benutzt. Für die Gründung der MHP ist neben einer Reihe anderer Regierungen vor allem auch Demirel mitverantwortlich gewesen. Das gleiche Spiel zeigt sich auch bei der Hisbollah. Während der Regierungszeit der Vorgänger der heutigen Regierung war die Organisierung der Hisbollah nicht so sehr entwickelt wie heute und die Morde unbekannter Täter waren noch nicht so verbreitet. Aber 1992 wuchsen diese Morde lawinenartig an. Entweder hat die Regierung die Lage nicht unter Kontrolle, oder sie drückt ein Auge zu. Und das zeugt von einem schlimmen Zustand. Diese Regierung hätte zumindest ein paar Täter, die für diese Mas-

saker verantwortlich sind, aufdecken müssen. Hier drängt sich gleich die zweite Frage auf: Entweder hat die Regierung tatsächlich einige Kräfte innerhalb der Sicherheitsbehörden nicht unter Kontrolle, oder sie hat ihnen grünes Licht gegeben. Die Öffentlichkeit verlangt Aufklärung über diese Frage. Und ich verlange das auch. Darüberhinaus gibt es Hisbollah-Kreise, die sagen Wir sind auch Kurden und gegen den Kemalismus, es ist von einer ganzen Reihe islamischer Organisationen in diesem Zusammenhang die Rede. Wir standen mit einigen dieser Kreise - wenn auch indirekt - im Dialog. Meine Botschaft an sie war folgende: Wenn Ihr wirklich so seid und wirklich kein Blutvergießen wollt, dann werden auch wir nicht auf Euch schießen. Vor allem während der Zeit des Fastenmonats Ramadan und auch anschließend werden wir nicht auf Euch schießen. Wenn Ihr wollt, können wir auch zu noch positiveren Beziehungen übergehen. Ich gab allen unseren Einheiten Nachricht, daß sie nicht auf sie schießen sollten. Und so wurde auch nicht geschossen. Außerdem wurde auch ein Flugblatt im Namen des Zentralkomitees veröffentlicht. Ich glaube, es ist jetzt auch zu einem gewissen Rückgang dieser Morde unbekannter Täter gekommen. Es scheint, daß ein Teil der Hisbollah von solchen Morden Abstand nehmen will. Das ist eine positive Entwicklung. Wir hoffen, daß sich das noch weiterentwickeln läßt. Allerdings gibt es trotzdem immer noch manche Morde unbekannter Täter. Unser Ziel hierbei ist es, diejenigen, die ohnehin nichts mit solchen Morden zu tun haben wollen, von den eigentlichen Tätern zu trennen. Das ist erst einmal ein begrenzter Schritt. Diesen Schritt wollen wir noch weiter entwickeln. Ich hoffe, daß wir auf diese Weise die Morde, von denen auch viele Journalisten betroffen waren, ein wenig eingrenzen können. Wir werden auch weiterhin unseren Einfluß dafür einsetzen, um dies zu erreichen.

**Bedeutet das ein Abkommen zu einer Zusammenarbeit im Kampf gegen die Türkei?**

**Abdullah Öcalan:** Nein, das gibt es noch nicht.

**Wir sind jetzt etwas von dem aktuellen Thema abgekommen. Ich möchte eine Frage stellen: In drei, vier Tagen ist Newroz. Wie Sie bereits erklärt haben, haben Sie einen Beschluß gefaßt und besonders auffallend war, daß Sie von Provokationen gesprochen haben. Sie haben gesagt Einige Kreise wollten zu Newroz Provokationen versuchen. Wir werden dagegen Vorkehrungsmaßnahmen ergreifen. Auch letztes Jahr hat es sowohl aus Ankara als auch von Ihrer Seite eine Reihe von Erklärungen gegeben, doch es gab keine eindeutige Erklärung. Heute gab es zum Beispiel eine Erklärung aus Ankara und vergangene Woche hieß es in einer Erklärung der Regierung Wir werden zu Newroz keine PKK-Fahnen zulassen, weil die Gesetze das nicht erlauben, und wir werden Maßnahmen dagegen ergreifen. Können wir also davon ausgehen, daß diese von Ihnen als Klima einer Provokation genannten Umstände dazu dienen werden? Was erwarten Sie zu Newroz von den Menschen des Südostens, von den in der Türkei lebenden Kurden? Welche Bewegungen erwarten Sie zu Newroz, was soll zu Newroz Ihrer Erwartung nach getan werden? Können Sie das ganz klar benennen? Denn solange diese Unklarheit herrscht, hatte es bisher schon jedes Jahr Blutvergießen gegeben.**

**Abdullah Öcalan:** Wir erklären ausdrücklich, daß wir wünschen, daß Newroz friedlich gefeiert wird. Ich appeliere an das Volk Kurdistans, Newroz offen und frei zu feiern. Es hat seine Nationalfarben und sollte diese zeigen. Ich möchte auch betonen, daß nicht wir die Nationalfarben eingeführt haben. Die Nationalfarben Rot-Gelb-Grün haben eine jahrhundertealte Tradition. Das Volk kann Kleider in diesen Farben anziehen, oder Tücher in diesen Farben tragen. Einen Menschen wegen den Farben seines Schals anzugreifen, das verstößt gegen die Regeln der Zivilisation.

**Aber mein Herr, während das Klima so gespannt ist - und das Klima in der Türkei ist jetzt absolut gespannt - haben einige Kreise Agitation betrieben. Natürlich ist die Frage der Farben etwas anderes. Aber zum Beispiel haben wir letztes Jahr gesehen, daß mit Ihren Fotos in der Hand auf Sicherheitkräfte zumarschiert worden ist und das war eben in dem ohnehin schon starken Klima der Agitation eine weitere agitative Handlung.**

**Abdullah Öcalan:** Jetzt habe ich verstanden. Auf ein paar Fotos oder einige Parolen mit Schüssen zu reagieren, ist schon eine sehr extreme Vorgehensweise.

(An Celal Talbani gerichtet) Hörst Du, er verdreht meine Worte. Ich habe gesagt, daß die Farben rot-gelb-grün nicht von uns eingeführt sind. Wir sollten vielleicht auch sagen, daß ich nicht anderen sage daß sie "Biji Serok" Apo rufen müßten. Ich muß das noch einmal sagen.
Die Reaktion auf eine Parole dürfen nicht Schüsse sein. Sollen sie die Leute, die Parolen rufen, doch festnehmen! Unsere Leute werden nicht zur Waffe greifen. Es wird garantiert kein Soldat erschossen werden. Ist das nicht gut? Dann soll die Gegenseite diejenigen, die mit Parolen gegen ihre Gesetze verstoßen, eben festnehmen und ins Gefängnis werfen. Wenn sie unbedingt wollen, sollen sie sie doch ins Gefängnis sperren.
Wo auch immer eine Aufwiegelung sein sollte, wenn es eine gibt, dann sollen sie eben die Leute zu zehn Jahren Gefängnis verurteilen, oder ist das Strafmaß für Aufwiegelung der Tod? Sie müssen da etwas nachsichtiger sein. Schauen wir uns doch einmal die Demokratien in Europa an; kann da nicht jeder alle möglichen Parolen rufen, geht das nicht bis zur Beleidigung der Regierung? Das gibt es alles. Bestraft irgend ein Land Europas dieses Verhalten mit dem Tod? Das was sie von uns für Newroz verlangen können ist, daß die PKK keine bewaffnete Initiative ergreift. Wir beantworten eine solche Forderung an uns positiv. Wir werden keine bewaffnete Initiative ergreifen. Kein Soldat oder Polizist muß sich fürchten. Wir sagen, wenn jemand auf euch schießen sollte, dann solltet auch ihr auf denjenigen zurückschießen.

**Von Ihrer Seite aus wird es also zu diesem Newroz in keiner Form eine bewaffnete Initiative geben?**

**Abdullah Öcalan:** Ich erkläre, daß diejenigen, die unter dem Verantwortungsbereich der PKK stehen, so etwas nicht tun werden. Wenn welche nicht auf uns hören sollten, können Regierungskräfte sie angreifen, doch diejenigen werden wir dann auch selbst zur Rechenschaft ziehen. Das ist ganz klar. Aber wie ich gesagt habe, auf jemanden zu schießen, weil er ein bestimmtes Kleidungsstück angezogen hat, weil er eine Parole gerufen hat oder eine Fahne gezeigt hat, das ist nicht richtig.

Dazu kann ich nur sagen: dann sollen sie diejenigen eben festnehmen und bestrafen, das ist vernünftiger und eine bessere Methode.

**Ja. Ich danke Ihnen.**
**Können wir das Thema wechseln? Seit wievielen Jahren sind Sie denn nicht mit einem Anzug vor der Presse erschienen? Seit wievielen Jahren haben Sie keine Krawatte mehr getragen? Haben Sie diese Kleidung gewählt?**

**Abdullah Öcalan:** Seit 23 Jahren.

**Haben Sie sich zum ersten Mal so gekleidet?**

**Celal Talabani:** Es ist eine neue Zeit, ein neues Jahr und ein neues Newroz.

**Haben Sie seit 23 Jahren heute zum ersten Mal wieder einen Anzug mit Krawatte angezogen?**

**Abdullah Öcalan:** Nein, ich habe von Zeit zu Zeit bei diplomatischen Gesprächen einen Anzug und eine Krawatte getragen. Nachdem ich die meisten von Ihnen so gekleidet gesehen habe, habe auch ich als Ausdruck meines Respektes einen Anzug angezogen. Meine Militärkleidung ist aber hier, und wenn Sie möchten, kann ich mich sofort umziehen und gleich wiederkommen.

**Wir haben es so lieber...**

**Abdullah Öcalan:** Ich habe in der Türkei auch früher als Beamter gearbeitet und bin damals eigentlich auch sehr oft mit Krawatte herumgelaufen. Außerdem habe ich auch eine Kleiderrevolution gemacht.

**Herr Öcalan, wo wir schon die Sache etwas aufgelockert haben, vielleicht erinnern Sie sich, daß die ersten, die mit Ihnen Interviews gemacht haben, verurteilt worden sind. Heute kommt eine große Gruppe Journalisten aus der Türkei und Sie machen mit ihnen eine Pressekonferenz. Ist das denn nicht im Grunde eine positive Entwicklung?**

**Abdullah Öcalan:** Das ist ohne Zweifel der Ausdruck eines Fortschrittes. Das ist ein positiver Schritt. Als ich mein erstes Interview machte - ich glaube es war mit Herrn Birand - und es war ein Interview, bei dem es auch mir schwer fiel, Einschätzungen zu treffen - sagte ich zu ihm, daß sein Mut auch mir Mut gemacht hat. Ich sagte zu ihm, daß es meiner Meinung nach kein Fehler ist dadurch mit der türkischen Presse zu arbeiten. Allerdings haben das damals manche seltsam gefunden oder gar kritisiert, die Presse sei so oder so. Ich war der Meinung, daß diese Kreise wichtig sind und daß, wenn es in der Türkei in Zusammenhang mit der Pressefreiheit Veränderungen gibt, das einen wichtigen Schritt darstellen könnte. Und ich bin immer noch davon überzeugt. Das und auch die Pressefreiheit ist ein wichtiges Zeichen. Es gibt natürlich eine Menge Kritik, doch wie gesagt, es ist trotzdem wichtig und muß weiterentwickelt werden.

**Herr Öcalan, Sie haben bei allen Interviews seit 1988 über die Pressevertreter jedesmal zum Waffenstillstand aufgerufen und eine ganze Reihe von Bedingungen dafür gestellt. Es gab Botschaften von Ihnen in der Art Wir sind zu einem Waffenstillstand bereit, wir sind nicht für Waffengewalt, wir sind davon überzeugt, daß dieses Problem auf demokratischen Wege gelöst werden muß. Ich wundere mich jetzt über die Terminierung dieses Aufrufes zum Waffenstillstand vor dem diesjährigen Newroz und über Ihren Beschluß, mindestens für 25 Tage die Waffen schweigen zu lassen. Warum nicht zu Newroz im letzten Jahr, sondern jetzt? Warum nicht nach zwei Monaten, sondern jetzt? Haben Sie von irgendwoher ein Zeichen bekommen?**

**Abdullah Öcalan:** Ich werde das erklären. Nein, das kam nicht auf ein besonderes Zeichen hin zustande. Wir haben uns mit Mam Celal getroffen. Ich sage aber nicht, daß das nur durch Mam Celal zustande kam. Ich habe den Eindruck, daß die internationale Öffentlichkeit endlich eine politische Lösung anstreben will. Ich glaube auch, daß der Wechsel des US-Präsidenten darauf einen Einfluß hat. Dann ist oft davon die Rede, daß die der Türkei zugestandene Frist zu Ende gehe und im Frühjahr 1993 auslaufe. Ich habe in diesem Zusammenhang zwar keine gesicherten Informationen, aber vermutlich hat es auf diplomatischer Ebene wohl Gespräche mit der Türkei gegeben, bei denen ihr gesagt worden ist Wenn Ihr dieses Problem mit Gewalt lösen wollt, dann habt Ihr dafür eine Frist bis zum Frühjahr 1993, wenn Ihr das bis dahin nicht schafft, dann müßt Ihr den Schwerpunkt auf eine politische Lösung verlagern. Das hat wohl einen gewissen Einfluß ausgeübt.
Zweitens: 1992 wollte man uns durch den Krieg in Südkurdistan und durch die Inlandoperationen in Nordkurdistan vernichten. Ich denke, es hat sich gezeigt, daß beides nicht realisierbar ist. Gleichzeitig hat sich herausgestellt, daß das sogar noch zu einer umfassenderen revolutionären Entwicklung in Kurdistan geführt hat. Das ist der Eindruck, der sich herauskristallisiert hat. Es findet eine umfassende revolutionäre Entwicklung statt. Ebenso ist es der Beginn einer sehr blutigen Phase. Sowohl im Inland als auch im Ausland sind sich viele Kreise darüber einig, daß eine blutige Phase beginnen wird. Ich glaube, daß über einige diplomatische Kanäle massiver Druck ausgeübt wird, um diese blutige Phase etwas zu bremsen, zumindest wird das beabsichtigt. Auch für die Regierung ist folgendes vor Augen zu halten; der Ministerperisident und sogar der Generalstab haben verstanden, daß die Entwicklungen nicht so verlaufen wie sie es sich vorgestellt haben: Die Gefechte haben sich verschärft der ökonomische Zusammenbruch hat sich neben der politischen Krise beschleunigt, so daß die Demokratie keinbißchen voran gekommen ist. Die Augen der türkischen und der internationale Öffentlichkeit sind auf uns gerichtet. Das heißt also, alle erwarten sehr große Ergebnisse. Also nicht nur Sie Journalisten, sondern auch vor allem angefangen von den großen Staaten bis hin zu offiziellen Kreisen des türkischen Staates wollen es als einen Wendepunkt sehen. Das haben wir gespürt und das Interesse der Presse ist auch sehr groß. Ich habe in dem Wissen um diesen Umstand diese Pressekonferenz durchgeführt, damit die PKK noch einmal offen stellung beziehen kann, wenn eine tiefgreifende Wende bevorsteht. Insofern kann von einem neuen Wendepunkt die Rede sein. Ich will nicht damit sagen, daß ein Wendepunkt schon da ist, doch diese Vorstellung entwickelt sich jetzt sehr schnell. Auch die Bedingungen erfordern diese Entwicklung.

Ich möchte damit zum Ende kommen. Sie haben jetzt die Möglichkeit zu Einzelgesprächen, wir werden die Gelegenheit haben, mit einigen von Ihnen noch einzeln sprechen. Ich möchte mich noch einmal bedanken.

**Bar Elias am 17. März 1993**

# NEWROZ 1993

# Das kurdische Volk muß endlich seine Rechte und Freiheiten bekommen!

## Delegationsbeobachtungen

Verschiedene Delegationen reisten auch in diesem Jahr wieder nach Kurdistan um, besonders im türkisch besetzten Teil, die Feierlichkeiten zu begleiten und durch ihre Anwesenheit der türkischen Regierung und dem Militär die internationale Aufmerksamkeit auf deren Politik zu verdeutlichen. Aufgrund des eine Woche zuvor seitens der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, bekanntgegebenen Waffenstillstandsangebots konnte zwar ein Blutbad vermieden werden, trotzdem wurden wiederum viele Menschen bedroht, verhaftet und es gab auch Tote.

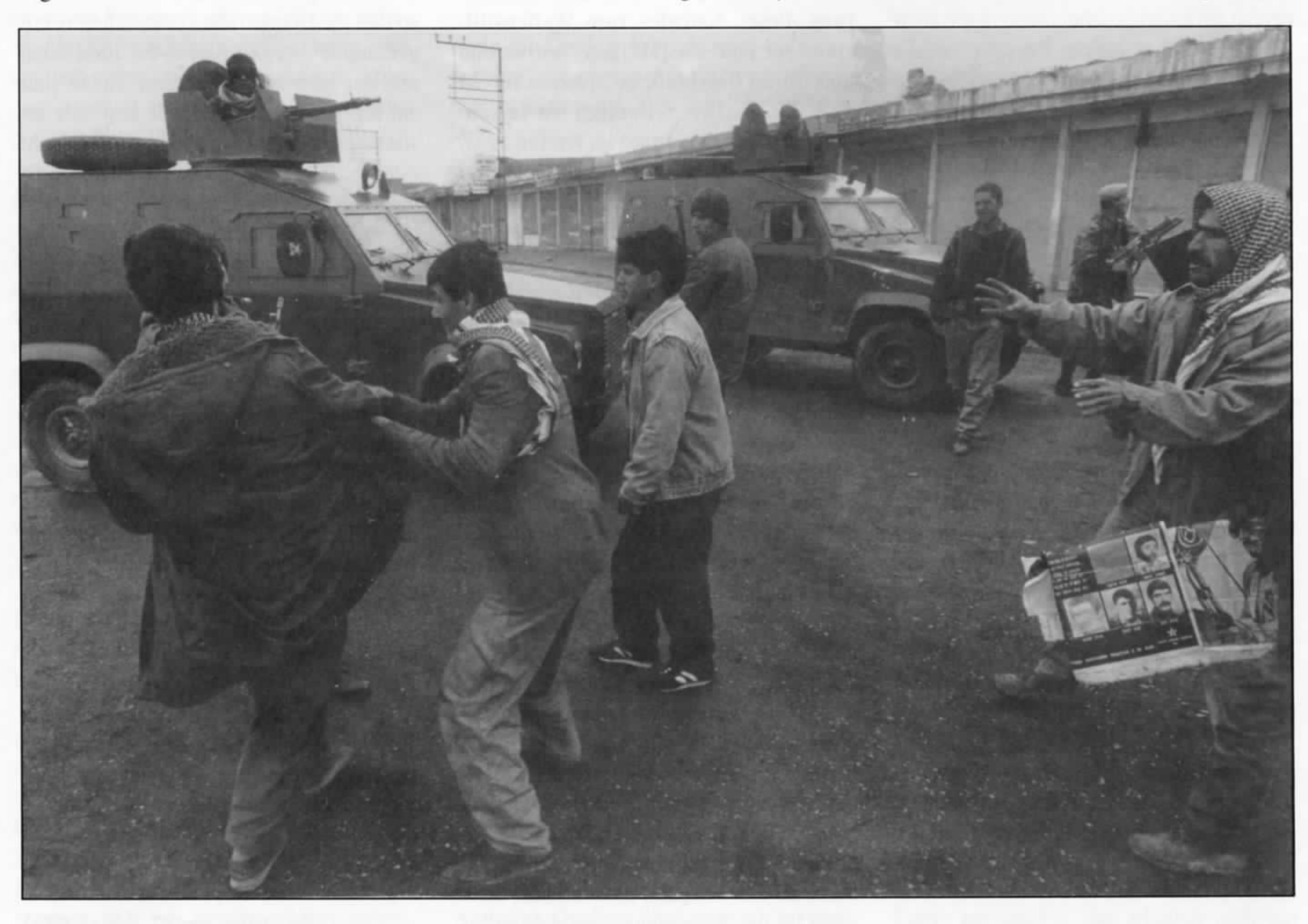
Im folgenden dokumentieren wir die uns zugegangen Erklärungen von Delegationen der Grünen Nordrhein-Westfalen und der grünen Politikerinnen Claudia Roth, Mitglied des Europaparlaments und Angelika, Mitglied im Bundesvorstand der Grünen, die sich an einer einwöchigen internationalen BeobachterInnendelegation beteiligten.

Aus aktuellen Grünen dokumentieren wir auch noch die Erklärung der PDS/Linken Liste zum Waffenstillstandsangebot der PKK.

## Dokumentation I:

### Grüne NRW gegen Unterstützung der Türkei

Derzeit nimmt Manfred Such, Mitglied im Landesvorstand der Grünen NRW, an einer Delegationsreise von Menschenrechtsvertretern und Gewerkschaftlern aus der Türkei und dem europäischen



Ausland teil. Aus der 200.000 Einwohner zählenden türkischen Stadt erklärt Manfred Such anläßlich des Newroz-Festes:

Entgegen der Ankündigung der türkischen Regierung, die Newrozfeiern nicht zu behindern, kam es in Van im Vorfeld und im Verlauf der Feierlichkeiten zu massiven Bedrohungen, Behinderungen und Festnahmen durch bewaffnete Sicherheitskräfte, die sich auch gegen die Delegation richteten. So wurden am Vorabend 8-12-jährige Kinder festgenommen, die vor ihrem Haus ein traditionelles Newroz-Feuer entzünden wollten. Die Kinder wurden erst am nächsten Tag wieder freigelassen. Im Vorfeld und während der Feierlichkeiten wurden die Innenstadt und die Zu- und Abfahrten zu den Vororten durch Polizei und Spezialtruppen abgeriegelt. Jedes Fahrzeug und jede Person wurde kontrolliert und die Personaldaten registriert. Trotz Strafandrohung in Höhe von 1000 DM und ausrücklicher Androhung des Gouverneurs, die Läden zu öffnen, blieben 95 Prozent der Geschäfte in der Innenstadt als Zeichen des Widerstands geschlossen. Obwohl der Bürgermeister und Vertreter der örtlichen Parteien gemeinsam mit der Bevölkerung das Newroz-Fest feiern wollten, untersagte der Provinzgouverneur die Feiern, da er nicht garantieren werde, daß die Polizei nicht von der Schußwaffe Gebrauch macht. Bei einem Gespräch mit einem offiziellen Vetreter der Stadt Van bestätigte dieser das Vorgehen als undemokratisch und menschenrechtsverletzend.

Zu der Problematik der deutschen Polizei- und Militärhilfe erklärte er, daß, solange die Waffenlieferung und strategischen Hilfen nicht gestoppt werden, sich am Wesen des Polizeistaates Türkei nichts ändern werde und ein Demokratisierungsprozess massiv behindert sei. Die Grünen NRW wenden sich gegen weitere Waffenlieferungen, Polizei- und Militärhilfe und gegen jede wirtschaftliche und politische Unterstützung der Türkei. In diesem Zusammenhang äußerte die Delegation scharfe Kritik an der Aufhebung des Waffenlieferungsstopps im Sommer 1992. Der Einschätzung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im deutschen Bundestag vom Februar 1993 , das sich die Türkei auch hinsichtlich der Kurdenfrage auf dem Weg der Demokratisierung befände, kann die Delegation aus der Erfahrung dieser Reise nur ausdrücklich widersprechen.

## Dokumentation II:

### Erklärung von Claudia Roth und Angelika Beer:

### NEWROZ 1993-Kein Fest des Friedens und der Freude

Nach einem einwöchigen Aufenthalt als TeilnehmerInnen einer Internationalen Beobachterdelegation in türkisch Kurdistan erklären Angelika Beer, Mitglied im Bundesvorstand die GRÜNEN und Claudia Roth, Grüne Europaabgeordnete und Abgesandte des Unterausschusses für Menschenrechte des Europaparlaments:
Der von den Grünen unterstützte Aufruf, als Beobachter am diesjährigen NEWROZ-Fest in türkisch-Kurdistan teilzunehmen, hatte zum Ziel, sich über die aktuelle Menschenrechtssituation in der Region zu informieren sowie durch die internationale Aufmerksamkeit der kurdischen Bevölkerung Schutz vor einer Wiederholung des Blutbades im Jahr 1992 zu bieten.
Ca. 40 internationale BeobachterInnen aus sechs Ländern (Norwegen, Finnland, Deutschland, Niederlande, Belgien und der Schweiz) waren zwischen dem 18. und 26. März in verschiedenen kurdischen Dörfern und Städten. Zu den Delegationen zählten Abgeordnete nationaler Parlamente, des Europaparlaments, von Länderparlamenten, VertreterInnen von Parteien, der Friedensbewegung, von Universitäten, Kirchen, Menschenrechtsorganisationen, Presse und Medien.

I. Augenzeugenberichte der BeobachterInnen und andere Quellen, wie Berichte von Menschenrechtsorganisationen, Zeitungen, Radio und Fernsehen lassen uns zu folgendem Ergebnis kommen.

1. Bereits vor dem NEWROZ-Fest am 21. März ist es zu massiven Einschüchterungsversuchen und Übergriffen der türkischen Militär-Polizeieinheiten gekommen. Kurdische Städte wie Van wurden militärisch umstellt. Die Bevölkerung des im letzten Herbst von der Türkei zerstörten Dorfes Sirnak wurde gezwungen, die Region zu verlassen.
Es kam zu zahlreichen Festnahmen und Verhaftungen vor und während des 21. März 1993. Eine Kinderdemonstration in Cizre, wo die türkischen Sicherheitskräfte im März 1992 ein Blutbat an richteten, wurde militärisch unter Einsatz von Schußwaffen - auch gegen eine Gruppe von Journalisten - aufgelöst. Nach vorläufigen Berichten der kurdischen Menschenrechtsvereine gibt es zwei Tote in den kurdischen Provinzen. Es ist von mindestens 200 Verhaftungen auszugehen. Eine noch nicht bekannte Zahl von Menschen wird bis heute in den Gefängnissen festgehalten.
Die internationalen Beobachter und Journalisten wurden in ihrer Arbeit behindert und pausenlos von bewaffneten Zivilpolizisten verfolgt, die offensichtlich den direkten Kontakt zur Bevölkerung verhindern wollten.
Die vor allem aus NVA- und US-Beständen stammenden Panzer zur Verteidigung der Türkei richteten ihre Zielrohre auf zivile Projekte (Busstationen, Privatwohnungen, Hotels). In Diyarbakir wurden in der Nacht des 21. März zwei Wohnblöcke mit Panzerartillerie und Maschinengewehrsalven unter Beschuß genommen.

2. Die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit meidend, hat der Einsatz türkischer Sicherheitskräfte gegen das NEWROZ-Fest in Adana, Westtürkei, zu vier Todesopfern und zahlreichen Verwundeten (Schußverletzungen) geführt.

3. Trotz des militärischen Belagerungszustandes und zahlreichen Provokationen von staatlicher Seite ist es dem Verhalten des kurdischen Volkes und dem zuvor von der PKK verkündeten einseitigen Waffenstillstand zu verdanken, daß es anläßlich des NEWROZ-Festes nicht zu der von der türkischen Regierung angekündigten militärischen Lösung des Kurdenproblems gekommen ist.

4. Das kurdische Volk hat in diesen Tagen eindrucksvoll gezeigt, daß es den Frieden will und nicht Gewalt. Es hat sich trotz aller Versuche von türkischer staatlicher Seite nicht provozieren lassen.

NEWROZ war nicht das Fest des Friedens und der Freude.
NEWROZ war nicht ein Tag, an dem die KurdInnen feiern und ihr Recht auf Ausdrucksfreiheit wahrnehmen konnten.

Dennoch hat das kurdische Volk alles getan, seine Dialogbereitschaft mit dem türkischen Staat unter Beweis zu stellen.

II. Wir sind der festen Überzeugung, daß das kurdische Volk in der Türkei endlich uneingeschränkt seine legitimen Rechte bekommen muß.

Wir sind davon überzeugt, daß diese Rechte und die den KurdInnen zustehenden Freiheiten nur durch einen politischen Dialog zu erreichen sind. Aus diesem Grunde begrüßen wir die Erklärung einen einseitigen befristeten Waffenstillstands durch den Generalsekretär der PKK. Sowohl das Angebot der PKK, keinen unabhängigen kurdischen Staat losgelöst von der Türkei anzustreben als auch ihr Vorschlag, sich am Verhandlungstisch für die Rechte der KurdInnen einzusetzen, eröffnen die vielleicht einmalige historische Chance für einen Frieden in türkisch-Kurdistan. Ein Hoffnungsschimmer im schmutzigen Krieg, der seit vielen Jahren tobt. Nur wenn die türkische Regierung ihre nationalistisch-chauvinistische Haltung aufgibt, nur wenn sie dieses Angebot als solches annimmt, nur wenn sie abgeht von der fatalen Auffassung, das kurdische Problem könne militärisch gelöst werden, nur dann wird es wirklich eine Perspektive für das kurdische und türkische Volk in der Türkei geben. Die Demokratisierung der Türkei ist nicht losgelöst von der friedlichen, politischen Lösung der Kurdenfrage realisierbar.


*Newroz in Cizre, 1993*

Wir appellieren an die türkische Regierung, diese Gelegenheit wahrzunehmen und tatsächlich einen ernsthaften politischen Dialog mit den Repräsentanten des kurdischen Volkes zu beginnen, der auf demokratischen Prinzipien beruhen muß und eine vollständige Verwirklichung der Rechte des kurdischen Volkes und die sofortige Beendigung der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei bedingt.

Als Sofortmaßnahmen fordern wir von der türkischen Seite:

- die Erwiderung des Waffenstillstandes
- die Aufhebung des Ausnahmezustandes und den Rückzug aus den kurdischen Provinzen
- die Abschaffung des Anti Terror-Gesetzes
- die Abschaffung des Dorfschützersystems
- die Legalisierung und Zulassung der kurdischen Parteien
- die uneingeschränkte Gewährung aller politischen und kulturellen Rechte für die Kurden
- die Aufklärung und Ahndung der Verbrechen, die von Sicherheitskräften, Sondereinheiten und Mitgliedern des Militärs begangen wurden
- uneingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit
- Wiederaufbau der über 300 zerstörten kurdischen Dörfer und Umsetzung eines wirtschaftlichen Förderprogrammes.

Wir fordern den UN Generalsekretär auf, mit der türkischen Regierung zu vereinbaren, Beobachter in alle kurdische Provinzen zu entsenden, um die Einführung und Einhaltung der Menschenrechte zu überprüfen.

DIE GRÜNEN fordern die europäischen Regierungen auf, auf dieses Waffenstillstandsangebot zu reagieren und ihren Einfluß auf die Türkei geltend zu machen, endlich diesen politischen Weg zu beschreiten.

Darüber hinaus fordern wir alle Staaten und hier insbesondere die Regierung der USA, Rußlands und Deutschlands auf, die militärische Aufrüstung der Türkei sofort zu beenden und bereits bestehende Zusagen für weitere Waffenlieferungen zu revidieren.
Dies gilt insbesondere für die Lieferungen der Phantom-Jagdflugzeuge aus Deutschland.

Wir fordern von der deutschen Bundesregierung und Ländern

- politischen Druck auf die türkische Regierung auszuüben, den Waffenstillstand und das Verhandlungsangebot der PKK zu erwidern
- den undemokratischen Prozeß nach 129a gegen Mitglieder der PKK in Deutschland einzustellen
- durch den sofortigen Stopp der Rüstungslieferung die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Waffenstillstand nicht mit aus Deutschland gelieferten Waffen gebrochen wird
- daß keine Abschiebung an die Türkei vorgenommen werden
- Gewährung der kulturellen Rechte der bei uns lebenden KurdInnen, wie muttersprachlichen Unterricht, Radio und Fernsehsendungen.

DIE GRÜNEN sehen bis zur Umsetzung dieser Forderung keinen Grund zur Entwarnung. Bis zur Durchsetzung der Menschenrechte in der Türkei werden wir an dem Aufruf zum Tourismusboykott der Türkei festhalten und uns wie mit der von uns gestellten Strafanzeige gegen die deutsche Bundesregierung wegen Beihilfe zu Völkermord für einen generellen, zeitlich unbegrenzten Rüstungsexportstopp einsetzen.

# Türkei: Die komische Seite des Chauvinismus

von Dieter Falk

An und für sich hat das Verhältnis der türkischen Nationalisten und ihres Staates zum kurdischen Neujahrsfest, Newroz, nichts Humoristisches an sich ... im Gegenteil. In den vergangenen Jahren war dieses Fest immer wieder Anlaß zu Provokationen seitens der türkischen Sicherheitskräfte und zu Massakern an der Zivilbevölkerung in türkisch Kurdistan. Besonders traurige Berühmtheit erlangten die Zusammenstöße in den beiden letzten Jahren in Cizre und Nusaybin.

Der Grund dafür ist kein Geheimnis. Die Kurden feiern am 21. März zusammen mit allen anderen Völkern der iranischen Sprachfamilie ihr Neujahrsfest, den Neuen Tag, 'New Ruz'. Während dieses Fest jedoch bei den Persern z.B. als fröhliches Frühlingsfest begangen wird, hat die generationenalte Unterdrückung und Verächtlichmachung der Kurden durch die herrschenden Staatsvölker diesem Fest den Charakter eines nationalen Widerstandsfestes gegeben, den Charakter eines Festes, zu dessen Anlaß die kulturelle Eigenständigkeit des kurdischen Volkes und die Geschichte seines Widerstandes bekräftigt wird. Die zu dieser Gelegenheit traditionellerweise auf den Bergen angezündeten Feuer erinnern an den Schmied Kawa, den Helden des kurdischen Ursprungsmythos, der den assyrischen Tyrannen Dehak tötete. Die Entwicklung des Widerstandskampfes der Kurden zunächst im Irak zwang schon seit langem die arabisch-nationalistischen Regime des Landes dazu, dieses kurdische Fest offiziell als ein nationales Fest anzuerkennen. In der Türkei ist diese Anerkennung allerdings jüngsten Datums. Angesichts der wachsenden Verankerung des von der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihrer Guerilla seit 1984 geführten nationalen Befreiungskampfes in der kurdischen Zivilbevölkerung hatte die türkische Regierung erstmals im vergangenen Jahr versucht, durch die formale Legalisierung des Newroz-Festes nicht zuletzt auch gegenüber dem Ausland ein demokratisches Ablenkungsmanöver durchzuführen. Das hatte allerdings keineswegs verhindert, daß die in Wirklichkeit in der Türkei herrschende Armee unter den Feiernden ein Massaker anrichtete, bei dem über 100 kurdische Zivilisten den Tod fanden. In welchem Geist die Machthaber der Türkei sich der nationalen Frage der Kurden in ihrem Land nähern, geht in trauriger Weise aus ihrer blutigen Praxis täglich hervor. Demgegenüber entbehren manche ideologischen Verrenkungen der Ankaraer Machthaber nicht einer gewissen Komik.

In der vom Presseamt der Türkischen Republik herausgegebenen Zeitung 'Newspot' hieß es am 25.2.1993 unter der Überschrift Vorbereitungen für Nevruz: Der nationale und religiöse Feiertag Nevruz, der bei den Türken Tradition ist, wird ein weiteres Mal am 21. März im ganzen Land gefeiert werden. Und weiter: Der Nevruz geht auf eine Legende von Ergenekon zurück, derzufolge die Türken nach Ergenekon zogen und, nachdem sie dort etwa 400 Jahre gelebt hatten, zurückkehrten und unter der Führung des Grauen Wolfs, Bozkurt, Eisenberge eroberten und ihre Heimat wiedererlangten. Deshalb wird der 21. März als der Tag, an dem der Winter endet, der Frühling beginnt und die Türken ihre Unabhängigkeit verkündeten, als Fest gefeiert. Kazakhen, Kirgisen, Turkmenen, Uzbeken und Tartaren aus Zentralasien, sowie anatolische , azerbaidjanische und balkanesische Türken bewahren die Nevruz-Tradition bis zum heutigen Tag.


*Newroz-Feierlichkeiten 1993 in Istanbul*

In der Tat sollte es nicht sonderlich verwundern, wenn alle möglichen Völker im März ein Neujahrsfest feiern, warum also nicht auch Turkvölker. Überaus verwunderlich wäre es jedoch, wenn diese Völker für ein so wichtiges Fest nirgendwo einen Namen in ihrer eigenen Sprache gefunden, sondern sich eines Namens aus einer völlig fremden Sprachfamilie, der der indogermanischen Sprachen, bedient hätten. Befremdlich ist es überdies, daß dieses angeblich so eng mit dem türkischen Nationalbewußtsein verbundene Fest, immerhin 69 Jahre brauchte, ehe es in der auf diesem Bewußtsein beruhenden Türkischen Republik legalisiert wurde.

In Wirklichkeit haben wir es hier natürlich mit einem bizarren Produkt chauvinistischer Geschichtsklitterung zu tun, die es darauf anlegt, ein unterworfenes Volk - hier das kurdische - nicht nur seiner politischen und sozialen Freiheit zu berauben, sondern auch noch seiner Kultur. Ähnliche Bemühungen finden sich auf Seiten des zionistischen Staates Israel im Verhältnis zur palästinensischen Volkskunst oder auf Seiten des marokkanischen Staates gegenüber den Traditionen des sahrauischen Volkes.

Auch das vergangene Newrozfest in Kurdistan hat erneut deutlich gemacht, daß die realen Auswirkungen dieser Geisteshaltung weitaus mehr tragisch als komisch sind.

# Tagebuch der Menschenrechtsverletzungen

## Bauern wegen Ablehnung von Dorfschützer-Diensten gefoltert

Die Staatskräfte haben vom 19. bis 24. Januar eine Operation gegen die Bauern mehrerer Dörfer im Kreis Derik in der Provinz Mardin durchgeführt. Dabei wurden hunderte Bauern festgenommen und in der Gendarmeriekommandatur Derik schwer gefoltert, weil sie es ablehnten dem Staat als Dorfschützer zu dienen. Die Festgenommenen wurden ein bis zwei Wochen lang mit kaltem Druckwasser, Bastonade, Elektroschocks, Tritten, Aufhängen gefoltert und bekamen vier Tage lang nichts zu essen und zu trinken. Außerdem verwüsteten die türkischen Soldaten die Häuser und machte die Lebensmittel unbrauchbar.

*Quelle: Yeni Ülke Nr. 7*

## Zwei Jugendliche von der Polizei auf der Straße ermordet

Am 5. Februar wurden M. Fatih Aydin und Mehmet Aksoy in Mardin-Kiziltepe auf der Straße von der Polizei durch Schüsse ermordet. Die Angehörigen der beiden ermordeten 19-jährigen wurden bedroht und aufgefordert, die Leichen ohne daß die Hinrichtung ohne Urteil der Öffentlichkeit bekannt wird, zu begraben. Die Augenzeugen des staatlichen Mordes, Isa Ipek und zwei weitere namentlich nicht bekannte Personen wurden sofort verhaftet. Das türkische Fernsehen hat die ermordeten Zivilisten als angebliche PKK-Terroristen dargestellt.

*Quelle: Yeni Ülke Nr. 7*

## Drei Arbeiter von der Konterguerilla ermordet

Am 7. Februar wurden in Bitlis-Güroymak der 35-jährige Abdullah Gencer und der 36-jährige Seyfettin Zengin, Arbeiter bei der Erdölgesellschaft Kocamanlar gegen 19.00 Uhr von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet.

In Batman-Kozluk wurde der 43-jährige Arbeiter beim Staatsmonopol Tekel, Mehmet B. von der Konterguerilla durch sechs Schüsse in den Kopf ermordet.

*Quelle: Yeni Ülke Nr. 7*

## Studentenvertreterin gefoltert

Am 7. Februar wurde die Studentin Sabahat Varol, Mitglied des Studentenverbandes IYÖ-DER, von der Polizei in einen Wald in der Nähe des Dorfes Ömerli bei Istanbul verschleppt. Die Polizisten versuchten die Studentin, die schon 16 Mal festgenommen wurde, zu vergewaltigen, mit einer Tüte über dem Kopf zu ersticken und verletzten sie mit einem Messer. Dann erklärten sie Du wirst jetzt sehen, wie wir die Leute verschwinden lassen. Dein Grab ist schon fertig. Hast Du noch einen letzten Wunsch? Das fragen wir immer. Der Staat sind wir. Niemand kann uns zur Rechenschaft ziehen. Jetzt bist Du an der Reihe. Dein Tod wird noch anders sein. Ich glaube, es wird sehr schwer für Dich werden.

*Quelle: Yeni Ülke Nr. 7, Wochenzeitung Cumhuriyet Nr. 7*



Cizre zu Newroz 1993

## Spezialteam im Studentenwohnheim einquartiert

Im Sabanci-Studentenwohnheim in Bitlis-Hizan wurde ein Spezialteam einquartiert. Die einquartierten Spezialteamkräfte terrorisieren die Studenten des Wohnheims, das speziell für Studenten armer Familien reserviert ist.

*Quelle: Yeni Ülke Nr. 7)*

## IHD fordert Schluß mit der Aushungerung Güclükonaks

Der IHD-Vorsitzende Akin Birdal hat am 8. Februar auf einer Pressekonferenz die Aufhebung des staatlichen Lebensmittelembargos gegen die Bezirkshauptstadt Güclükonak gefordert. Das in der Provinz Sirnak gelegene Güclükonak wurde 1988 zum eigenen Bezirk erklärt - aus wahlmanipulatorischen Gründen. Obwohl es nur 1.000 Einwohner zählt wurde das 105 Jahre lang zu Findik gehörende Güclükonak 1988 zur Bezirksstadt erklärt, weil in Findikli eine Mehrheit von linken Wählerstimmen bestand. So wurde dann Findikli an Güclükonak, in dem über 90 Prozent ANAP-Stimmen zu erwarten waren, von Özal kurz vor den Wahlen angegliedert. Ein weiterer wichtiger Grund für die Umstrukturierung war das Dorfschützerwesen. Die Bewohner von Findikli haben sich immer geweigert, Dorfschützer zu werden, in Güclükonak gab es einen wichtigen Dorfschützer-Clan namens Aktug. Seit es auch in Güclükonak keine Dorfschützer mehr gibt, verstärkte der Staat

die Repression gegen das heute mit den dazugehörenden Dörfern 1200 Einwohner zählende Güclükonak. 1991 haben alle Dorfschützer im Zusammenhang mit der von der PKK für rücktrittswillige Dorfschützer erlassenen Amnestie ihren Dienst quittiert. Seit zwei Monaten versucht der Staat nun den Kreis auszuhungern. Er hat ein Lebensmittelembargo verhängt. Wer in die Stadt hinein will, wird genauestens durchsucht, Lebensmittel, Elektroartikel und Schreibwaren werden beschlagnahmt. Der Presse ist der Zutritt verboten. Seit vier Monaten sind die Telefonverbindungen vom Staat abgestellt.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 6 und 7, Wochenzeitung Cumhuriyet Nr. 7)*

## Repression gegen Presse

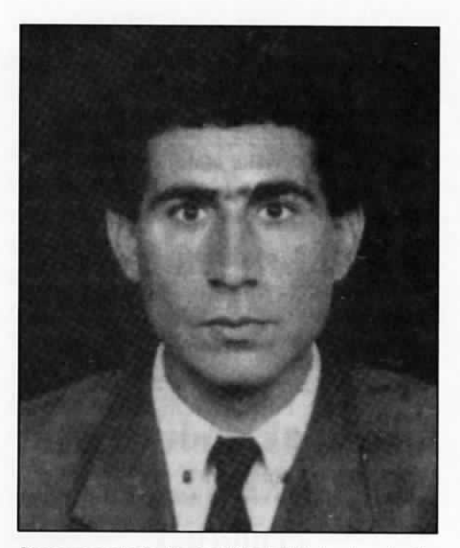
Der Chefredakteur der Zeitschrift Emek, Tuncay Atmaca wurde vom Staatssicherheitsgericht Izmir zu zweieinhalb Jahre Gefängnis und 83 Millionen TL (ca. 16.000 DM) Geldstrafe verurteilt, weil er bei seiner Festnahme am 2. August 1991 ein Exemplar der Zeitschrift Newroz bei sich hatte, die vom Staatssicherheitsgericht als Mittel des Separatismus gewertet wurde.
Das Staatssicherheitsgericht Istanbul hat wegen der zweiten Ausgabe der Zeitschrift Newroz am 4. Februar einen Redakteur zu zwei Jahren Gefängnis und 166 Millionen TL (ca. 33.000 DM) Geldstrafe verurteilt.
Am 3. Februar wurde Mehmet Can Yücel, der im Vertrieb der Zeitungen Yeni Ülke, Welat und Özgür Halk arbeitet, in Mus-Hasköy von zwei Konterguerillas mit Knüppeln angegriffen. Passanten vertrieben die Angreifer.
In den letzten Wochen ging die Polizei in Kurdistan auch brutal gegen Kinder vor, die die Zeitung Yeni Ülke auf der Straße im Handverkauf vertreiben. Am 14. Februar bedrohte eine Truppe Zivilpolizisten der politischen Polizei in Diyarbakir Käufer der Zeitung mit Waffen, nachdem es ihr nicht gelungen war, den Jungen H., der die Zeitung verkauft hatte, festzunehmen.
In Kücükcekmece wurden Sinan Cakir, Kenan Vardar und Sabahattin Ugras verhaftet, weil sie Werbeplakate für die ab 1. Februar neu erscheinende Zeitschrift Toplumsal Dayanisma geklebt hatten.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 6 und 7, Nachrichtenagentur KURD-HA 14.2.*

## Politische Polizei versuchte Lehrer durch Drohung zu Spitzeldiensten anzuwerben

Am 19. Januar warteten um 7.30 Uhr, als der Grundschullehrer Ahmet Tabur das Haus verließ um zur Schule zu gehen, mehrere Zivilpolizisten mit Funkgeräten vor seinem Haus im Stadtteil Keciören in Ankara und kontrollierten seine Personalen. Auf dem Weg zur Schule wurde er observiert. Vor der Schule angekommen wurde Ahmet Tabur dann in ein Auto gezerrt. Nach ein paar Kilometer Fahrt schlugen sie ihm mit der Pistole auf den Kopf und fragten ihn, in welcher illegalen Organisation er sei. Dann verlangten sie, daß Ahmet Tabur, der Mitglied in der Lehrergewerkschaft Egit-Sen ist, jede Woche einen Bericht über die Mitglieder der Gewerkschaft und deren Aktivitäten abliefert und boten ihm dafür Geld. Er solle vor allem die Namen der Mitglieder und welcher politischen Richtung sie angehören liefern. Nachdem sie ihm gesagt hatten, wann sie den ersten Bericht erwarten, setzten sie ihn wieder vor der Schule ab. Der Lehrer ging mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit und wandte sich an die Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments.
*Quelle: 2000'e Dogru 31.1.93*

## Vorsitzende vom Arbeitslosenverein gefoltert

Am 15. Januar wurde die Vorsitzende des Arbeitslosenvereines und Mitglied des Menschenrechtsvereins IHD Gülderen Baysungur in Istanbul von Zivilpolizisten zur politischen Polizei verschleppt. Sie wollte Plakate für eine Kundgebung gegen radioaktive Lebensmittel in der Türkei abholen, die sie zuvor in Auftrag gegeben hatte. Da sie nicht genug Geld dabei hatte um bar zu bezahlen, jedoch ein Arbeitskollege den Rest bezahlen wollte, schickte die Druckerei eine Person mit zu ihrem Arbeitsplatz. Diese Person zeigte gleich nach dem Verlassen der Druckerei einen Polizeiausweis und zerrte sie in ein Fahrzeug. In der Polizeiwache Eminönü wur-



*Der ermordete Kemal Kilic ist Vertreter der Tageszeitung Özgür Gündem in Urfa gewesen*

de Gülderen Baysungur beleidigt, zusammengeschlagen und mit Elektroschocks gefoltert. Am nächsten Tag wurde sie vom Haftrichter wieder freigelassen.
*Quelle: 2000'e Dogru 31.1.93*

## Türkische Armee besetzt Bauernhäuser in Pülümür

Nachdem die türkischen Militärkräfte schon seit längerer Zeit die Schulen in den Dörfern Cakirkaya, Dagbek und Karagöz im Bezirk Pülmür besetzt hatten, lassen sie sich jetzt in Häusern der durch Militäroperationen vertriebenen Bauern nieder. Der größte Teil der Bewohner dieser drei Dörfer sind durch Staatsterror zur Migration getrieben worden. Die drei Dörfer waren reiche Dörfer, Cakirkaya produzierte jährlich 40 bis 50 Tonnen Walnüsse, in allen drei Dörfern war die Viehzucht weitentwickelt. Nach der Belagerung durch die Militärs verarmten die Bewohner jedoch zunehmend, da die Armeekräfte die Landwirtschaft zerstörten und behinderten.
*Quelle: 2000'e Dogru 31.1.93*

## Tot gefangener Terrorist war ein Zivilist

Am 3. Februar meldete das türkische Fernsehen im Dorf Aktepe in Silopi sei ein Terrorist tot gefangen genommen worden. Der Tote war der 40-jährige Hüseyin Gündüz. Der Vater von sechs Kindern lebte mit seiner Familie im Dorf Aktepe. Wegen seiner großen Hilfsbereitschaft war

er in der ganzen Gegend geschätzt. Aufgrund einer Denunziation wurde er von der Polizei gesucht. Am 31. Januar, als er sich gerade bei den Nachbarn aufhielt, wurde das Haus vom Militär umstellt, das ihn aufforderte, sich zu ergeben. Um den Militärs nicht in die Hände zu fallen, sah Hüseyin Gündüz keinen anderen Ausweg mehr als seinem Leben selbst ein Ende zu setzen.
*Quelle: 2000'e Dogru 7.2.93*

## Journalist Kemal Kilic von der Konterguerilla ermordet

Am 18. Februar wurde der Urfa-Vertreter der (vorübergehend wegen dem ständigen Staatsterror gegen die objektiv über Kurdistan berichtende Presse nicht erscheindene) Tageszeitung Özgür Gündem und Korrespondent der Wochenzeitung Yeni Ülke, Kemal Kilic auf dem Nachhauseweg von der Arbeit von der Konterguerilla ermordet. Vermutlich wollten ihn die vier Männer, die ihn beim Aussteigen aus dem Bus im Dorf Külünce angegriffen haben, verschleppen. Als er sich wehrte und sie merkten, daß ihnen die Entführung nicht gelingt, ermordeten sie Kemal Kilic durch zwei Schüsse. Kemal Kilic hatte im Dezember letzten Jahres wegen ständiger Bedrohung als Journalist einen Antrag auf Schutz beim Gouverneur gestellt. Der Antrag wurde abgelehnt. Weil Kemal Kilic diese Ablehnung auf einer Pressekonferenz im Januar öffentlich machte wurde er von der Polizei 15 Stunden lang festgenommen.
Nach der Ermordung Kemal Kilics versuchten die Staatskräfte Beileidsbesuche bei der Familie und bei der Zeitung zu verhindern. Das Büro der Zeitung in Urfa wurde am 19. Februar von Sicherheitskräften umstellt, die Besucher gewaltsam am Betreten des Gebäudes hinderten und die Redaktionsräume durchsuchten. Versuche, die Mörder zu finden, wurden dagegen nicht unternommen, obwohl Augenzeugen den Mord beobachtet hatten und das Fahrzeug, mit dem die Mörder davonfuhren, beschreiben konnten. Kemal Kilic ist der 14. in Kurdistan von der Konterguerilla ermordete Journalist innerhalb eines Jahres. Außerdem wurden in den letzten Monaten vier Menschen, die im Vertrieb der Zeitungen Özgür Gündem und Yeni Ülke tätig waren, ebenfalls von der Konterguerilla ermordet.
*Quelle: Yeni Ülke Nr.8/93*

## ÖZDEP-Kreisvorsitzender Cemal Akar von der Kontraguerilla ermordet

Der am 25. Januar verschleppte Kreisvorsitzende der Partei ÖZDEP (Freiheits- und Demokratie-Partei) von Erzincan, Cemal Akar, wurde am 24. Februar neben der Landstraße Erzincan - Dersim mit einer Kugel im Kopf aufgefunden. Der Vorsitzende der Partei ÖZDEP, Mevlüt Ülkin, erklärte am 26. Februar, daß die Beerdigung von Cemal Akar von Staatskräften verhindert worden ist.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 9/93*

## Ahmet Argin von der Konterguerilla ermordet

Am 24. Februar wurde Ahmet Argin, dessen Frau im Kreisvorstand der HEP ist, von der Konterguerilla aus seiner Wohnung entführt. Zwei Tage später wurde Bedia Argin von der Gendarmerie telefonisch informiert, daß sie die Leiche ihres ermordeten Mannes in der Leichenhalle des Staatskrankenhauses Batman abholen könne.

## IHD-Vorsitzender und Arzt aus Elazig von der Konterguerilla ermordet

Rechtsanwalt Metin Can, Vorsitzender der IHD-Sektion Elazig und der Arzt Dr. Hasan Kaya wurden am 21. Februar, nachdem sie einem Telefonanruf gefolgt sind, von der Konterguerilla verschleppt. Das Auto, mit dem sie weggefahren waren, wurde am nächsten Tag mit offenen Türen 20 Kilometer von Elazig entfertn gefunden, ihre Schuhe in der Nähe des Gebäudes der SHP. Am 22. Februar riefen unbekannte Personen bei den Familien der beiden Verschleppten an und sagten, sie hätten RA Metin Can und Dr. Hasan Kaya umgebracht.
Am 23. Februar demonstrierten 3000 Menschen gegen die Verschleppung und protestierten vor dem Gebäude des Gouverneursamt. Der IHD und mehrere Gewerkschaften forderten Aufklärung darüber wo sich die Verschleppten befinden und riefen zur Wachsamkeit auf. Sie erklärten, daß sie in Sorge um das Leben der beiden sind, da immer mehr Menschen in Kurdistan auf diese Weise ermordet werden.
Am gleichen Tag bekam die Familie Metin Cans einen Anruf. Der Anrufer behauptete, beide Verschleppte seien lebend in seinen Händen, der Arzt Dr. Kaya könne nicht freigelassen werden, weil er PKK-Kämpfer behandelt habe und der IHD-Vorsitzende könne freigelassen werden, wenn er nicht zum Guzman-Solidaritätskomitee, zu dessen Sitzung er eingeladen ist, gehen würde.
Am 27. Februar wurden dann die Leichen von RA Metin Can und Dr. Hasan Kaya in der Nähe von Dersim mit auf den Rücken gefesselten Händen und mit Folterspuren aufgefunden.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 9/93 und BBC vom 28.2.93*

## Zwei Menschen in Cinar von der Konterguerilla ermordet

Am 28. Februar wurden Salih Özmen und Kazim Güler gegen 19.30 Uhr am Eingang des Dorfes Cinar Kerejdag bei Diyarbakir von der Konteruguerilla durch Schüsse aus einem Maschienengewehr ermordet.
*Quelle: Nachrichtenagentur KURD-HA 1.3.93*

## HEP-Funktionär Mehmet Tekdag von der Konterguerilla ermordet

Am 11. Februar wurde der Vorsitzende des Disziplinarausschusses der HEP-Diyarbakir, Mehmet Tekdag von der Konterguerilla durch Schüsse lebensgefährlich verletzt. Er starb wenig später im Krankenhaus weil die Polizei seine medizinische Versorgung acht Stunden lang verhinderte, indem sie die Ärzte unter Druck setzte und bedrohte. Die Polizei half außerdem dem Mörder zu entkommen, indem sie Augenzeugen, die den Mörder festhalten wollten, selbst festnahm und so lange in einem Bus festhielt, bis der Mörder weg war, während sie den schwerverletzten Mehmet Tekdag am Tatort auf dem Boden liegen ließen. Erst später gelang es Ge-

schäftsleuten in der Nähe des Busbahnhofes den Verletzten Mehmet Tekdag ins Krankenhaus zu fahren. Wenn dort nicht auch noch seine Behandlung von der Polizei verhindert worden wäre, hätte er wahrscheinlich überleben können.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 8/93*

## 16-jähriger Hirte ermordet

Der 16-jährige Ibrahim Aggün wurde in dem Haus der Familie, für die er als Hirte arbeitete, an einer Hundeleine erhängt aufgefunden. Der Autopsie zufolge starb er durch harte Stiefeltritte bevor er aufgehängt wurde. Der ermordete Jugendliche war als kurdischer Patriot in der Gegend bekannt.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 8/93*

## Staatskräfte ermordeten Bauern in Dumanli

Nach einem Gefecht zwischen der Volksbefreiungsarmee Kurdistans und der türkischen Armee am Nachmittag des 16. Februar in der Nähe des Dorfes Dumanli in Mardin-Derik, bei dem vier Soldaten der türkischen Armee getötet wurden, überfielen 1.500 Soldaten der türkischen Armee und Dorfschützer das Dorf Dumanli. Bei dem Überfall waren auch mehrere Hubschrauber im Einsatz. Die Kolonialarmee bombardierte vier Häuser, die völlig zerstört wurden. Neun Menschen wurden ermordet. Der Kolonialgouverneur stellte die Ermordeten in den Medien als Guerillakämpfer dar. Mindestens fünf der Ermordeten waren jedoch Zivilisten. Der Bauer Seydo Ceviren, seine beiden Söhne Ahmet und Yusuf sowie seine Tochter und sein Gast M. Necat Aras wurden von den Staaatskräften zuerst gefoltert und dann durch Schüsse ermordet. Über die Identität der anderen vier Ermordeten konnte nichts in Erfahrung gebracht werden. Der Menschenrechtsverein IHD Diyarbakir erklärte, daß möglicherweise ein oder zwei der Ermordeten Befreiungskämpfer gewesen sein könnten, die anderen aber mit Sicherheit Zivilisten waren. Am nächsten Tag, am 17. Februar wurde Dumanli erneut von den Staatskräften überfallen. Sie ermordeten einen 25 bis 30 Jahre alten Bauern durch Schläge und Tritte.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 8/93*

## Türkische Armee überfiel das Dorf Yolacti

Am 12. Februar führten türkische Armeekräfte einen Überfall auf das von der Außenwelt wegen starker Schneefälle abgeschnittene Dorf Yolacti (Sisi) in Diyarbakir-Lice durch. Mit Panzern kamen sie durch die Schneemassen und fuhren in das Dorf hinein. Sie trieben die Bevölkerung auf dem Dorfplatz zusammen und bedrohten sie. Dann verlangten sie von den Frauen mit ihnen in die Häuser zu gehen, weil sie angeblich Durchsuchungen durchführen wollten. Weil die Frauen sich weigerten, mit den Soldaten in die Häuser zu gehen, wurden sie auf dem Boden geworfen und gewaltsam in die Häuser geschleift. Die Militärs belästigten die Frauen sexuell und verwüsteten das Inventar der Häuser. Sie setzten fünf Häuser in Brand und vernichteten große Mengen an Tabak und Viehbeständen. Das Militär verschleppte 16 Bauern und drohte wiederzukommen und dann das gesamte Dorf zu zerstören, weil sie den Bewohnern vorwerfen, die PKK zu unterstützen.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 8/93*

## Devrim Berktay von der Polizei aus dem 4. Stock geworfen

Am 2. Februar wurde Devrim Berktay in seiner Wohnung im Stadtteil Sehitlik in Diyarbakir von der Polizei vom Balkon aus dem 4. Stock auf die Straße geworfen. Er erlitt lebensgefährliche Verletzungen und liegt auf der Intensivstation im Koma. Die Polizei hatte zwei Stunden zuvor in der Wohung eine Durchsuchung durchgeführt und den Eltern des Jugendlichen, der während der Durchsuchung noch nicht zuhause war, gedroht und ihnen vorgeworfen, angeblich PKK-Mitglieder zu sein.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 8/93*

## Polizeioperationen in Antep und Maras

Im Februar führten die Staatskräfte Operationen in der Stadt Maras und der Umgebung durch, bei denen sie viele Menschen wegen angeblicher Unterstützung der PKK festnahmen. Gegen fünf von ihnen wurde später Haftbefehl erlassen.
Am 4. Februar wurde in Antep Mehmet Celik, Mitglied der Gewerkschaft Egit-Sen (Erziehungswesen) verhaftet. Seine Mutter, die ihn am 10. Februar bei der politischen Polizei gesehen hat, erklärte, daß ihr Sohn gefoltert worden ist. Wenige Tage nach Mehmt Celik wurde auch Osman Ince, ebenfalls Mitglied der Gewerkschaft Egit-Sen, verhaftet.
Bei der von der Abteilung für Terrorismusbekämpfung durchgeführten Operation Weiße Rose wurden am 4. Februar elf Menschen in Antep festgenommen, in deren Wohnungen bzw. an deren Arbeitsplätzen legal erscheinende Zeitungen wie Yeni Ülke, Welat und Bücher des Verlages MELSA gefunden wurden. Die Polizei hat den Erfolg ihrer Operation gegen PKK-Mitglieder vermeldet und die Lüge verbreitet, es seien Dokumente der Organisation gefunden worden.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 8/93*

## HEP-Vorsitzender in Bitlis verhaftet

Am 16. Februar wurde der HEP-Bezirksvorsitzende von Bitlis, Hüsamettin Zenderlioglu am Nachmittag auf der Straße von der politischen Polizei ohne Angabe von Gründen verhaftet.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 8/93*

## 17 Verhaftungen in Bismil

Fünf Bewohner von Cingilo, die den Familien der von türkischen Soldaten am 2. Februar ermordeten Bauern Melle Resul Bakiroglu und Sabri Cetinkaya im Dorf Basköy in Diyarbakir-Bismil einen Beileidsbesuch abstatten wollten, wurden von der Gendarmerie Bismil festgenommen und auf die Gendarmeriestation verschleppt. Ihre Familien wandten sich an die Staatsanwaltschaft, forderten die Freilassung der grundlos Verhafteten und erklärten, daß sie in Sorge um ihr Leben sind.
Am 1. Februar wurden von der gleichen Gendarmeriestation neun Menschen aus Bismil und zwei Bauern aus dem Dorf Cetel und am 6. Februar ein Bauer aus dem Dorf Dikenli festgenommen.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 8/93*

# Bauern wegen Ablehnung von Dorfschützer-Diensten gefoltert

Bei einer Operation der Staatskräfte im Stadtteil Yesilyuva (Ripin) in der in Sirnak gelegenen Kreisstadt Uludere am 17. Februar wurden fast 50 Menschen festgenommen, unter ihnen auch der Bürgermeister Cindi Yesinoglu, der Kommunalbeamte Mehmet Yaman und die Nachtwächter Senan Yaman und Fevzi Peksoy. Sie wurden in der Polizeihaft vier Tage lang gefoltert, weil ihr Dorf Dorfschützer-Dienste ablehnt. Einige der Festgenommenen bekamen nach der Freilassung ihre Ausweise nicht mehr zurück. Allen wurde angedroht, daß sie wieder festgenommen würden, wenn sie sich weiterhin weigern Dorfschützer zu werden.

*Quelle: Yeni Ülke Nr. 9/93*

# Repression gegen kurdische Bevölkerung in Alanya und Adana

Ab dem 16. Februar haben die türkischen Sicherheitskräfte ohne Angabe von Gründen mehrere Verhaftungsoperationen gegen die kurdische Bevölkerung in Alanya durchgeführt. Der Menschenrechtsverein IHD erklärte, daß dies die Fortsetzung der seit längerem betriebenen Vertreibungspolitik ist, die mit Einschüchterungsversuchen und einem ökonomischen Embargo begann. Wieviele Menschen bei der erneuten Operation festgenommen wurden ist nicht genau bekannt. Unter den Festgenommenen sind auch kurdische Politiker der Partei HEP.

Am 24. Februar wurden in mehreren kurdischen Stadtteilen in Adana Massenverhaftungen durchgeführt, bei denen über 50 Menschen festgenommen wurden. Die ohne Angabe von Gründen Festgenommenen wurden von der politischen Polizei gefoltert.

*Quelle: Yeni Ülke Nr. 9/93*

# Gynäkologische Zwangsuntersuchungen verurteilt

Die Frauenkommission des Menschenrechtsvereins IHD Istanbul, der (aus der HEP ausgetretene) unabhängige Abgeordnete von Sirnak, Mahmut Alinak, der Gewerkschaftsvorstand von Genel-Is Agri, der Vertretung der Zeitschrift Özgür Halk Agri und das Initiativkomitee Saglik-Sen (Gewerkschaft Gesundheitswesen) Agri haben die vom türkischen Staat praktizierten gynäkologischen Zwangsuntersuchungen von weiblichen politischen Gefangenen auf Schwangerschaft und von Ehefrauen von Gesuchten, die sich auf der Flucht befinden bzw. von aus dem Gefängnis ausgebrochenen politischen Gefangenen auf Geschlechtsverkehr um angeblich festzustellen, ob sie ihre flüchtigen Partner getroffen haben, und die öffentliche Darstellung der Ergebnisse dieser Zwangsuntersuchungen in der türkischen staatstreuen Presse als menschennunwürdig und mittelalterliche Methoden verurteilt.

*Quelle: Yeni Ülke Nr. 9/93*

# Abdullah Avsar in Izmir festgenommen

Am 20. Februar wurde Abdullah Avsar der Bruder des BRD-Vertreters der Zeitung Özgür Gündem, ohne Angabe von Gründen am Busbahnhof von Izmir von der Abteilung für Terrorismusbekämpfung der politischen Polizei festgenommen. Sein Anwalt äußerte die Befürchtung, das Ab-



*Durch türkische Sicherheitskräfte überfallenes Dorf in Kulp.*




*Cizre im März 1993: An jeder Straßenecke gepanzerte Fahrzeuge*

dullah Avsar ein weiterer Name in der unendlichen Liste der Verschwundenen werden könnte und forderte eine sofortige Vorführung seines Mandanten vor den Haftrichter.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 9/93*

## Dorf Ormanici von Militärs überfallen ein Kind ermordet, sieben Bewohner verletzt, 46 Festnahmen

Am 20. Februar wurde das Dorf Ormanici (Bana) in Sirnak-Güclükonak, wo seit Dezember ein faktisches Lebensmittelembargo gegen die Zivilbevölkerung herrscht von der türkischen Armee, Gendarmerie und Dorfschützern überfallen. Unter ihnen waren auch 30 maskierte Personen, die kurdisch sprachen. Sie umzingelten um 4.00 Uhr das Dorf von drei Seiten und hielten es unter Dauerbeschuß aus schweren Waffen und Mörsern. Dann drangen sie in Ormanici ein, indem sie immer noch wild in der Gegend umherschossen. Dabei wurde der dreijährige Abide Ekin ermordet und Mahmut Güler, Ali und Sehbettin Erberk, Abdullah und Halime Ekin und M. Nuri Özkan durch Schüsse schwer verletzt. Resül Kaya, der im Bett lag, als die Soldaten in sein Haus eindrangen, wurde von ihnen mit Benzin übergossen und angezündet. Er überlebte schwerverletzt. 50 Bewohner wurden mit einem dicken Strick aneinandergefesselt und gezwungen sich auf den Schnee zu legen. Dabei wurden die Frauen sexuell belästigt. Ihr Schmuck wurde ihnen abgenommen und sie wurden geschlagen. Nachdem sie die Wertsachen geplündert hatte, steckten die Militärs mit Flammenwerfern fast alle Häuser in Brand. Bevor sie abzogen brachten sie das Vieh um und nahmen 46 Menschen, darunter auch Verletzte, fest. Die Bewohner von Ormanici flüchteten sich anschließend in Höhlen in der Nähe und in die Dörfer Damlaca (Keresa), Sulak (Bafe) und Damlacik (Dilopke). Sie leiden unter Lebensmittelmangel und haben nichts zum Anziehen. Sie erklärten gegenüber Journalisten, daß sie ihr Dorf nicht aufgeben und Widerstand leisten, auch wenn sie das mit dem Leben bezahlen sollten. Am nächsten Tag kamen zwei Hubschrauber mit Soldaten, die die noch nicht ganz verbrannten Häuser erneut anzündeten. Am 23. Februar kam noch einmal ein Hubschrauber, der, nachdem niemand mehr im Dorf zu sehen war, wieder abzog.

Kurz vor dem Überfall auf Ormanici wurde am 19. Februar auch das in der Nähe gelegene Dorf Hetma (Boyuncuk) von Staatskräften überfallen. Bei dem Überfall wurde der Bauer Mehmet Sevilgen ermordet und vier Bauern festgenommen.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 9/93*

## Bruataler Polizeiangriff auf Veranstaltung in Mersin 25 Verletzte und 150 Festnahmen

Am Nachmittag des 19. Februar wurde eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Hungerstreik in Brüssel, die in Mersin im Stadtteil Yenipazar im Freien durchgeführt wurde, von Spezialpolizeitruppen ohne jede Vorwarnung brutal zerschlagen. 1.500 Polizisten griffen die 4.000 Veranstaltungsteilnehmer, darunter auch viele Kinder, an. Sie schossen in die Menge und schlugen mit Knüppeln und Gewehrläufen zu. 25 Menschen wurden verletzt. Ein 14-jähriges Kind, das durch Polizeiknüppel schwere Kopfverletzungen erlitten hatte, wurde trotz Bewußtlosigkeit, nicht ins Krankenhaus gebracht.
Anschließend führten die Polizeikräfte in den Stadtteilen Gündogdu, Selcuklar, Toroslar, Demirtas und Alsancak wahllos Massenverhaftungen durch. 50 Frauen und 100 Männer wurden in verschiedene Polizeistationen verschleppt, weil die politische Polizei überfüllt war. Dahin wurden sie dann gruppenweise zu Verhören gebracht. Es wurde ihnen verweigert, ihre Angehörigen über ihre Festnahme zu informieren.
Der IHD, die HEP und andere demokratische Organisationen protestierten gegen diesen Polizeiterror. Aus Protest blieben an den nächsten beiden Tagen in den überwiegend von kurdischer Bevölkerung bewohnten Stadtteilen Mersins die Geschäfte geschlossen.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 9/93*

## Lebensmittelembargo gegen die Landbevölkerung von Uludere und Ömerli

Seit Januar versucht der türkische Staat auch die Dorfbewohner in Mardin-Ömerli und in Sirnak-Uludere auszuhungern. Als Vorwand diente ein Gefecht zwischen der Volksbefreiungsarmee und der türkischen Kolonialarmee am 16. Januar in der Nähe des Dorfes Kayabali. Seitdem werden Busfahrer vom Militär daran gehindert in die Dörfer zu fahren und die Bewohner dürfen keine Lebensmittel und Bekleidung in den Kreisstädten einkaufen. Wenn bei Durchsuchungen Lebensmittelvorräte gefunden werden, werden sie beschlagnahmt und die Besitzer dieser verfolgt, wie es in einer offiziellen Anweisung heißt, die an alle Bürgermeister und Verwaltungen der betroffenen Gebiete geschickt wurde.
Die Sektion Izmir des Menschenrechtsvereins IHD sammelte 20 Tonnen Lebensmittel für eine Hilfskampagne für die Bevölkerung von Güclükonak in Sirnak, das der türkische Staat seit zweieinhalb Monaten durch ein Lebensmittelembargo aushungern will. Mitte Februar wurde der Transport der gesammelten Lebensmittel nach Güclükonak vom Gouverneur von Izmir verhindert. Am 24. Februar brach der Transport dann auf. Dr. Yesim Islegen, Vorsitzender der IHD-Sektion Izmir, erklärte, daß alle politischen Parteien und Parlamentsabgeordneten über den Tansport informiert worden sind und für eventuelle Behinderungen zur Verantwortung gezogen werden. Er will in diesem Fall dann auch das internationale Rote Kreuz zur Erfüllung des Genfer Abkommens einschalten.
*Quelle: Yeni Ülke Nr. 9/93*

## Studenten in Istanbul in der Polizeihaft gefoltert

Die Studenten Osman Korkut und Ekrem Deniz haben gegen Polizisten der Polizeiwache Cinilli Anzeige erstattet, weil sie in der Nacht des 20. Februar in der Polizeihaft gefoltert wurden.
Außerdem haben 12 Studenten der Yildiz-Universität Istanbul erklärt, daß sie am 17. Februar bei der Sicherheitsbehörde (politische Polizei) Besiktas gefoltert wurden. Die 12 Studenten wurden wegen einer Mensaboykottaktion, die der Studentenverein Yildiz-Der aus Protest gegen Verteuerung des Mensaessens und für kostenlose Gesundheitsversorgung durchführte, festgenommen.
*Quelle: Wochenzeitung Cumhuriyet (Deutschlandausgabe) Nr. 9/93*

## Massenverhaftung in Istanbul

Die Polizeiabteilung für Terrorismusbekämpfung hat am 8. Februar in Istanbul 12 Menschen unter dem Vorwand angeblicher PKK-Mitgliedschaft festgenommen. Die Festgenommenen sind Mitarbeiter legaler demokratischer Parteien, Kulturzentren und Publikationen. Unter den Festgenommenen, die in der Polizeihaft gefoltert wurden, ist der Vorsitzende des Mezopotamya-Kulturzentrums, Mehmet Salih Dündar, der Mitarbeiter des Verlages MELSA, Adnan Alp, HEP-Kreisvorstandsmitglied Istanbul, Besra Eksen, ÖZDEP-Kreisvorsitzender Fatih, Turgut Basun und Mitarbeiter der Zeitschrift Özgür Halk und der Zeitung Özgür Gündem.
Besra Eksen erklärte, daß ihre Wohnung eine Woche lang von Polizisten besetzt und verwüstet wurde. die Polizisten haben auch alle Wertsachen aus der Wohnung gestohlen und die Nachbarn bedroht. Besra Eksen wurde in der Haft mit Ermordung gedroht. Sie sagten zu ihr, daß auch Özgür Gündem nichts über ihre Ermordung mehr schreiben werde, weil sie sie das Zeitungsbüro in die Luft sprengen würden, wenn es nicht geschlossen würde. In einer gemeinsamen Presserklärung verurteilten das Mezopotamya Kulturzentrum und Özgür Halk den staatlichen Angriff Das Komplott der wie eine Filiale des MIT arbeitenden Regenbogenpresse scheiterte, am 23. Februar mußten alle unsere Genossen außer einem, vom Gericht wieder freigelassen werden.
*Quelle: Wochenzeitung Cumhuriyet Nr. 9/93 und Yeni Ülke Nr. 9/93*

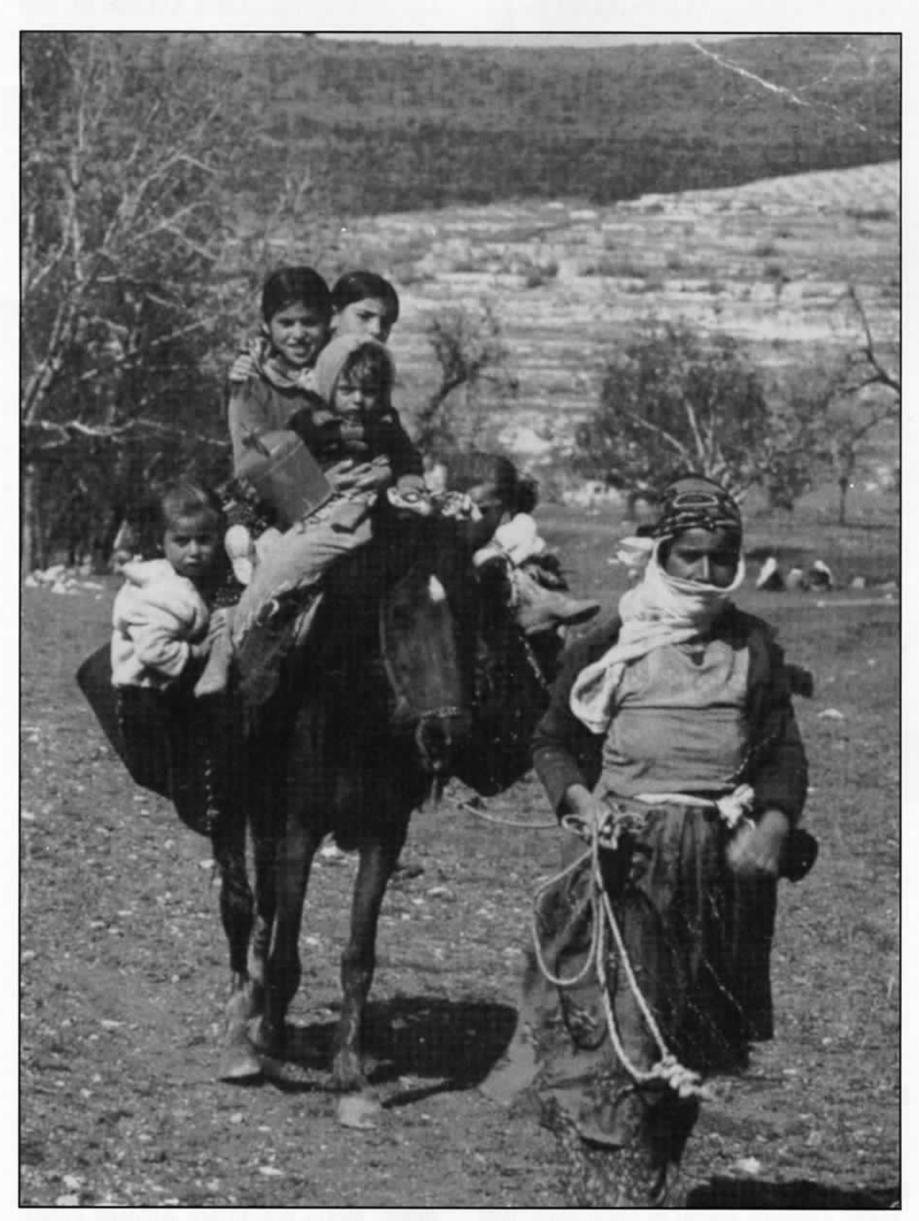
## Bürgermeister wegen Ablehnung des Dorfschützer-Systems verhaftet

Der Bürgermeister des Dorfes Hendek (Xandek) in Diyarbakir-Ergani wurde verhaftet, weil er nicht bereit war das Dorfschützer-System in dem Dorf zu installieren. Mehmet Ertugrul wurde am 25. Februar von der Gendarmerie auf die Gendarmeriestation Usulca verschleppt, weil er von einem Bauern, der als Dorfschützer tätig werden wollte, denunziert worden ist, daß er es ablehnte das Dorfschützer-System in Hedek aufzubauen.
*Quelle: Nachrichtenagentur KURD-HA 1.3.93*

# "Die revolutionäre Bewegung muß die Familie neu erziehen"

## Über die Rolle von Frau und Familie (Teil 2)

aus den Analysen des Generalsekretärs der PKK, Abdullah Öcalan, vom Dezember 1987



*Die Familie ist der kleinste Kern der kurdischen Gesellschaft*

Der Umstand, daß sich das Leben der Familie immer mehr von den sich in einer Umbruchsituation befindlichen sozialen und politischen Bereichen entfernt, treibt sie immer mehr in den Zusammenbruch. Die Familie, deren Unterbau durch den entwickelten Kapitalismus zerstört wird, ist schließlich nicht mehr in der Lage ihre alten Beziehungen aufrechtzuerhalten. Früher hatte die Familie einen gewissen Besitz: die Kinder arbeiteten als Hirten und auf dem Feld, um ihrer Familie zu helfen. Dieses Leben zerfällt heute immer mehr; die großen Landflächen wurden parzelliert und die Unterkünfte werden immer enger. Es bleibt keine materielle Grundlage, um eine große Familie zu ernähren. Der Kapitalismus zerstört faktisch die Familie, die Tradition bleibt im Bewußtsein der Familie erhalten. Genau das macht die Familie äußerst reaktionär und käuflich. So wird sie zur Quelle des reaktionären Einflusses auf die Kinder. Der Druck auf die Kinder verschärft sich, doch gleichzeitig können sie nicht mehr ernährt und erzogen werden. Unter den heutigen Bedingungen ist es ein großes Problem eine Familie mit zehn Kindern zu ernähren. Selbst in Westen ist es kaum mehr möglich mit mehr als zwei Kindern zurechtzukommen, sogar dort ist es notwendig, die Familie rationell zu planen. Die ökonomischen Zwänge erfordern dies. Bei uns hingegen fordern die Zwänge der alten Traditionen, die immer noch großen Einfluß ausüben, eine möglichst große Familie, wogegen allerdings der Mangel an materieller Basis steht: eine große Familie ist fast nicht mehr zu ernähren. Dieser Antagonismus führt zu einer widersprüchlichen Familienstruktur. Schließlich sind die Familien nicht so leicht von den negativen Einflüssen, die dadurch entstehen, zu befreien.

### Die Familie als Kern der Unterwerfung oder als revolutionäre Zelle?

Ist es möglich, die Familie in Kurdistan, die heute von solchen Charakteristika geprägt ist, in eine revolutionäre Zelle zu verwandeln?

Wir be jahen diese Frage nicht nur, sondern erklären auch, daß dies die einzig mögliche Antwort auf das herrschende System ist. Wenn schon Kapitalismus und Kolonialismus so sehr für den heutigen Zustand verantwortlich sind, dann müs-

sen wir diese Waffe gegen ihn wenden und die Familie über ihre eigene innere Organisierung in eine Zelle gegen den Feind verwandeln. Es ist eine Tatsache, daß wir eine starke soziale Basis für die nationale Befreiung erreichen, je mehr wir die Familie für die Revolution gewinnen. Das wird mit der Erziehung und Schulung der Familien und Eltern durch unsere Revolutionäre möglich. Wir wissen, daß immer noch viele unserer Genossen und Genossinnen auf ihre Familien hören. Es müßte jedoch genau umgekehrt sein! Aus den erläuterten Gründen müßten nicht sie auf ihre Familie, sondern ihre Familien auf uns hören. Für uns gibt es von unseren Familien nichts zu lernen, auch nicht die Politik. Unsere Väter, die Chefs dieser abgekanzelten Institution Familie, sind alle bedauernswerte Geschöpfe und unsere Mütter noch mehr. Ihre Lage ist mit der von kleinbürgerlichen Organisationen vergleichbar. Diese reformistischen Organisationen bilden sich ein, was zu sein und unsere Väter und Mütter sind genauso furchtbare Reformisten wie sie. Es gibt kein Zugeständnis das sie nicht machen würden, um ihre Beziehungen zu dem System aufrechtzuerhalten und das ökonomische Auskommen der Familie zu sichern; sie sind dazu bereit in jede noch so tiefe Lage zu sinken. Alle haben sie angefleht, um in einem Krankenhaus behandelt zu werden, keinen Patron haben sie vergessen, dem sie sich nicht unterwürfig als Arbeitssklave angeboten hätten. Da ist nichts, was sie einem Staatsvertreter oder Gendarmen gegenüber nicht machen würden; sogar ihre Kinder würden sie ausliefern.

Das ist Unterwerfung und Aussöhnung; dazu noch eine Unterwerfung, die jede Unterdrückung akzeptiert und sich fügt. Das zeigt, welche enormen Ausmaße die versöhnlerische Haltung und ihr ideologisches Gedankengebäude angenommen haben. Das macht deutlich, warum sich bei uns selbst die Jugend so sehr unterwirft. Die Familienoberhäupter sind ständig gezwungen, sich dem Aga, dem Patron, dem Staat, dem Bürgermeister, der Gendarmerie und der Polizei zu unterwerfen, um ihre Familie zu retten. Das impfen sie ihren Kindern regelrecht ein. Hier wird der Kern der Aussöhnung manifestiert. Das heißt also, wenn in der Familie Politik gemacht wird, dann nur die der völligen Unterwerfung, nicht der kleinste Schritt, der in einer anderen Richtung folgt.

Das bedeutet also, daß es aufgrund dieser politischen und sozialen Situation der Institution Familie für uns kaum etwas von ihr zu lernen gibt. Ihre objektive Lage hat bei den Familien diese Denk-und Verhaltensweise hervorgerufen und es unmöglich gemacht, daß für sie etwas anderes möglich wäre. Wir sagen das natürlich nicht als Vorwurf.

Während der Kolonialismus mit seinen speziellen Methoden der Unterdrückung und Ausbeutung die Familie in der Türkei zu einer gefährlichen sozialen Stütze des Faschismus gemacht hat, hat er sie in Kurdistan auch noch zur Basis der Unterwerfung und Aussöhnung gemacht. Ist die Familie in der Türkei eine Stütze des Faschismus, dann ist sie das in Kurdistan natürlich auch.

In Kurdistan gibt es in der Familie keinen Profit, sondern nur eine sklavische Abhängigkeit. Der Kolonialismus sagt: Wenn ihr eure Kinder schützen wollt, vertraut dem Staat, Vater Staat ist stark! Tatsächlich bedeutet das für ihre Kinder aber, daß sie Schweres durchmachen müssen. Denn der starke Staat, das bedeutet die Beherrschung der ganzen Gesellschaft durch die Monopole und Holdings. Wie traurig, daß die Familien sich auch noch der Entwicklung des Kapitals beugen, das sie selbst zerstört. Diese Unterwerfung ist durch die ideologische Gehirnwäsche weit verbreitet. Wenn wir die Familie so analysieren, wird deutlich, was unsere unaufschiebbare revolutionäre Pflicht ihr gegenüber ist. Sie macht es notwendig, daß wir der Familie gegenüber eine absolut revolutionäre Haltung entwickeln. Unsere heftige Kritik an der Familienkultur, ihren Traditionen, ihrer Auffassung von Beziehungen, ihrer Stellung im System, ihrer Einstellung zu den Kindern und ihrer Auffassung über die Mann-Frau-Beziehung, führt nicht nur dazu, daß wir uns dem nicht unterwerfen, sondern zeigt, daß wir diese auf jeden Fall abschaffen werden. Das ist wirklich unbedingt notwendig. Viele von uns betrachten ihren Vater als einen Gott. Dabei ist klar, daß unsere Väter eigentlich noch kleinere Zwerge sind, als wir selbst. Die Kinder, die sich ihrem Kommando unterwerfen, sind bedauernswert. Ihr politisch und sozialer Zustand, macht es unmöglich, daß sie uns etwas geben können.

## Die revolutionäre Bewegung muß die Kinder und die Familien erziehen

Sie stehen zwar im Sinne der traditionellen Wertmaßstäbe als Institution über uns, doch wenn wir sie als Elemente im Zusammenhang ihrer politischen und sozialen Haltung betrachten, so ist unsere Analyse zutreffend. Dann sind wir es, die den Kindern die richtigen Werte vermitteln und sie erziehen müssen. Die Familien sind nicht in der Lage die Kinder zu erziehen. Eine unserer größten Aufgaben heute ist daher die Erziehung der Familien. Sie sind bedauernswert und erhoffen von uns Hilfe. Allerdings kann nur die Revolution die Hilfe sein. Das macht schließlich auch klar, wie wichtig unsere Aufgabe ist, den Familien revolutionäres Bewußtsein zu vermitteln. Die Aufgabe eines jeden Revolutionärs ist es, seine Familie revolutionär zu erziehen. Bei uns ist das geradezu von lebenswichtiger Bedeutung. In anderen Ländern erziehen die Familien die Kinder zu Demokratie und Patriotismus, was bei uns nicht der Fall ist. In Kurdistan wurden die Familien zu Werkzeugen des Kolonialismus und sie leben in schlimmster feudaler Tradition. Ihr Verhältnis zu Demokratie und Patriotismus ist hochgradig gestört und ablehnend. Ihr Nationalismus kann bis zur tödlichen Kollaboration gehen, wird ihn dennoch nie überwinden. Dieser vorherrschende reaktionäre Geist macht deutlich, daß wir bezüglich der Familie schwere, revolutionäre Aufgaben vor uns haben.

Unsere Aufgabe, die Familie revolutionär zu machen wird sich in unseren Masseneaktivitäten manifestieren. Mit unserer Organisierung der Frauenbewegung werden wir die wichtige Aufgabe der revolutionären Entwicklung innerhalb der Familie angehen. Viele unserer Genossen und Genossinnen haben keinerlei Berührungspunkte mit ihren Familien. Das ist weder richtig noch nützt es ihnen etwas. Es ist eine wichtige politische Aufgabe, über den Zustand nachzudenken, in dem sich die Familie befindet. Sie soll zur Umsichtigkeit und Aufmerksamkeit angeregt werden und diese neu entwickeln. Denn sie sind erniedrigte Menschen und wir müssen sie auffordern. Wir müssen diese Aufgabe gleichzeitig vorsichtig und radikal erfüllen. Wenn wir unsere Aufgabe gegenüber den Familieneinheiten intensiv erfüllen, stärken wir unsere Kampagnen. Dann können wir diesen großangelegten Komplott des Feindes umdrehen und jede Familie zu einem Herd des Patriotismus machen. Wenn jede Familie in eine kleine Parteizelle verwandelt wird, dann bedeutet das die Befreiung Kurdistans. Wenn

uns das nicht gelingt, dann wird die Befreiung sehr schwer sein. Es muß festgestellt werden, daß die Befreiung in dem Maße wächst, in dem sich das revolutionäre Bewußtsein der Familien entwickelt.

Wenn wir uns als Teilbereich nun den Beziehungen zwischen dem Mann und der Frau zuwenden, zeigt sich, daß bei ihnen in Kurdistan stets die Familiengründung im Zentrum steht. Wenn in Kurdistan eine Beziehung zwischen einem Mann und einer Frau geknüpft wird, denkt jeder sofort an die Gründung einer Familie. Der soziale und politische Aspekt der Mann-Frau-Beziehung ist äußerst schwach ausgeprägt. Bei den meisten Menschen kann noch nicht einmal von einer Beziehung zwischen zwei Individuen die Rede sein. Bei solch einfachem Denken entwickelt sich entweder sofort eine emotionale Bindung oder sie wird als unrechtmäßige Beziehung eingestuft. Und das bedeutet natürlich sofort eine Abwertung. Die Gesellschaft ist ohnehin bereit, alles sogleich abzustempeln. Wenn zwei Jugendliche sich ein wenig nahe kommen oder anschauen, dann wird sofort über den Jungen oder das Mädchen geredet und sie sind abgestempelt. Kurzgesagt, in diesen Beziehungen tut sich ein erschreckender Abgrund auf. Deshalb gibt es eigentlich keine richtigen Beziehungen. Vor allem auf den Dörfern ist es unmöglich, daß sich ein Mädchen im heiratsfähigen Alter mit einem Jungen nur so trifft oder eine fundierte Diskussion mit einem Erwachsenen führt.
Aber lassen wir die Situation der Jugendlichen im Dorf beiseite. Wenn wir uns bei uns selbst umschauen stellen wir fest, daß wir noch keinen Fußbreit vorangekommen sind. Beide Seiten (Frauen und Männer) haben wenig Vertrauen zueinander. Ihre Beziehungen sind immer mit Schuldgefühlen belastet, weil sie nicht revolutionär verankert sind. Wir werden aufzeigen, welche Probleme das für unsere Partei gebracht hat. Doch zunächst müssen wir noch auf andere Punkte eingehen.



*Neben der Hausarbeit muß die Frau auch jede Menge Kinder großziehen.*

## Die Herrschaft des männlichen Stolzes wird durch Unterwerfung aufrechterhalten

Vor allem innerhalb der Familie ist die Mann-Frau-Beziehung bis zur Unkenntlichkeit verkommen. Das ganze Streben des Mannes dreht sich darum, die Frau als seine Sklavin zu halten. Das ist das Zentrum seiner ganzen Familieninnenpolitik. So entwickelt sich die Herrscherkultur des sogenannten männlichen Stolzes. Wenn wir aber daran etwas kratzen, zeigt sich die männliche Überlegenheit mehr als eine Beziehung der Unterwerfung als als eine Frage des Geschlechts. Männlichkeit bedeutet bei uns nicht, wie oft angenommen, einen geschlechtlichen Aspekt, sondern Unterwerfung anzuerkennen. Ein Mann unterwirft; ein Mann hält seine Position als Familienoberhaupt!. Aber das darf nicht einfach nur als eine Sache der Unterwerfung betrachtet werden. Wie wir vorher erklärt haben, wurde ihm vom System beigebracht, zu unterwerfen. Daß der Mann sich dem System unterwirft, führt für seine Familie zu den härtesten Konsequenzen. Denn er kompensiert seine eigene Unterwerfung unter den Staat durch die Unterwerfung der Frau in seiner Familie. Die größte Leistung der Männer in unserem Land ist es, ein kleiner Despot in seiner Familie zu werden. Hierum werden harte Kämpfe geführt.

Die Unterwerfung geschieht nicht von allein, sie ist Produkt eines harten Kampfes zwischen den Geschlechtern. Viele unserer Genossinnen kommen aus diesem Kampf und kennen ihn daher. Da der Mann im Besitz von Geld, Arbeit und Besitztümern ist, steht er über den anderen. Das impft er traditionellerweise der Frau ein. So entwickelt sich die Unterwerfung. Der Mann kompensiert seine eigene gesellschaftliche

Unterdrückung, seine Schwäche und die Angriffe auf seine Männlichkeitsgefühle dadurch, daß er sich zu Hause wie ein großer Herr aufspielt. Was eine solche Männlichkeit wert ist, müssen wir näher betrachten.
Ein solches Gefühl von Befriedigung und Überlegenheit behindert im Grunde eine revolutionäre politische Überlegenheit. Anstatt eine revolutionäre Führungspersönlichkeit für politische und soziale Beziehungen zu werden, entwickelt sich der Mann zu einem Familienchef, der vom Staat gesteuert wird. Daß sich bei uns das Gefühl einer Avantgarde nicht entwickelt hat, hängt direkt mit dieser Tatsache zusammenen. Wenn sich der Mann als Familienchef selbst als Kenan Evren (faschistischer Putschgeneral vom 12. September 1980, d. Red.) betrachtet, dann kann er wirklich keine politische Führungspersönlichkeit werden. Daher ist es von großer Wichtigkeit dieses Männlichkeitsempfinden zu zerstören.
Der Umstand, daß der Mann sich in seiner Familie als das herrschende Element versteht, hat gefährliche Folgen; einerseits transportiert er dadurch die kolonialistische repressive Ideologie und Politik des Staates, andererseits wirkt es sich derart aus, daß es Sklaven erzieht. Der Mann, der seine Familie unterwirft unterwirft sich selbst jederzeit dem Staat. Aus diesem Grund ist der Mann nicht so weit entwickelt, wie oft angenommen. Der Mann ist vielmehr eine der gefährlichsten Quellen der Sklaverei.
Wahrscheinlich wird eine solche Einstellung und Charakterisierung von nichtrevolutionären Männern zurückgewiesen. Unsere Analysen werden von ihnen als Angriff auf ihre Persönlichkeit aufgefaßt. Aber darum geht es nicht. Wir greifen sie weder als Person noch als Geschlecht an, sondern in ihrer Rolle, die sie im Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismus spielen. Es ist offensichtlich, daß diese männliche Falschheit und Angeberei zerstört werden muß. Solche Eigenschaften nutzen nichts und niemandem und der Mann muß sie deshalb zerschlagen. Ja, es ist notwendig, es als Ehre zu verstehen, solche Charakterzüge zu zerstören. Nur dann kann der Mann sich in der Gesellschaft und in der Familie bewegen. Anstelle der Herrenmentalität und Großtuerei in der Familie ist die Führung eines politischen Kampfes notwendig. Anstelle seine Familie wie eine Organisation und sich selbst als deren Herr zu betrachten, muß er durch die Entwicklung sozialer und politischer Beziehungen sich auf die Suche nach einer Organisation begeben und versuchen, diese zu führen. Die herrschende Auffassung muß durch Kritik zerstört, ihr Charakter sozialisiert und politisiert werden. Und das bedeutet für uns, eine sehr ernsthafte revolutionäre Entwicklung zu beginnen. Deshalb wird in der Türkei die ideologische Propaganda betrieben, der Mann müsse ein guter Familienchef sein. Jeden Tag schreibt die Presse groß aufgemacht, welch guter Familienchef Özal sei und aus was für einer guten Familie er stamme. Das wird natürlich nur publiziert, um diese Auffassung eines guten Familienchefs in der Gesellschaft fest zu verankern und weil man sich im vollen Bewußtsein, wie leicht diese Gesellschaftsordnung zu installieren ist, befindet.

Kommen wir zur antagonistischen Lage der Frau: ihre Situation in der Familie und in der Gesellschaft ist noch zerrissener. In einer Gesellschaftsordnung, in der die Leistungen der Frau beschrieben sind, wie oben, ist die Familie für sie ihr ein und alles. Die Frau spielt vor allem die Rolle einer Statistin in der Familie. Sie ist dadurch geprägt, wie sie sich im Umkreis des Familienherrschers bewegen darf und wie sie zu dienen hat. Ihre Rolle ist unscheinbar, nebensächlich und untergeordnet. Das ist objektiv so und nicht eine in erster Linie subjektive Wahrnehmung. Wenn wir uns die Flügel unserer bäuerlichen Gesellschaft vor Augen führen, können wir erkennen, daß die Frau bis zum heiratsfähigen Alter noch nicht einmal mit ihren Geschwistern richtige soziale Beziehungen unterhält. Auch zu ihrem Vater ist die Beziehung nicht frei. Sobald sie heiratet, gerät sie in ein neues Abhängigkeitsverhältnis, muß sich erneut unterwerfen. Dazu kommt noch die Hausarbeit, an der die Frau ohnehin schwer zu tragen hat und fast erstickt.
Schon in den kapitalistischen Ländern ist es ein großes Problem, zwei Kinder aufzuziehen, auch in den sozialistischen Ländern ist das so. Und bei uns müssen die ärmsten Familien, ohne Absicherung bei der Gesundheitsfürsorge und Erziehung jede Menge Kinder großziehen. Allein das reicht schon aus, die Frau völlig zu beanspruchen. Aber das ist noch nicht alles. Selbst wenn wir also die gesellschaftliche Geringschätzung, die Unterwerfung und Nichtanerkennung der Frau nicht beachten, reichen schon die Beziehungen innerhalb der Familie bezüglich der Kinder aus, der Frau die Luft zum Atmen zu nehmen. Sie wird erniedrigt und als nutzlos dargestellt.
Die Unterwerfung und die ökonomischen Bedingungen innerhalb der Familie sind für die Frau unterträglich. Ihr Wunsch, dem zu entfliehen und sich zu befreien, ist ganz natürlich. Heute wird oft geklagt: Meine Tochter ist weggelaufen, meine Familie zerbrochen, es hat Scheidungen gegeben ..., aber diese Flucht aus der Familie ist eine Flucht vor dem Schrecken. Diese Familie bringt dem Individuum nichts, außer unendlicher Mühe, die nichts einbringt. Aber die Flucht verschlimmert die Lage natürlich nur. Doch wollen wir das jetzt nicht näher erläutern, bevor wir nicht die Lage, in der sich die Frau in der Familie befindet, noch genauer untersucht und die Persönlichkeit der Frau analysiert haben.
Als Objekt einer solchen Lebensweise entwickelt sich bei der Frau in jeder Hinsicht Oberfächlichkeit. So entsteht eine einfache Persönlichkeitsstruktur der Frau. Und diese Oberflächlichkeit und Einfachheit wird als etwas frauentypisches angesehen. Grund ist ihre Erniedrigung, die ständige Leugnung ihrer Persönlichkeit. Grund ist, daß ihnen keine Mitsprache- und Handlungsrecht zugestanden wird. Da die Frau in der Familie keinen Besitz hat und auch keine Außenbeziehungen aufbauen kann, führt sie das Dasein einer sprachlosen und tauben Sklavin. Die Familie ist in dem Maße zerrüttet, wie die Frau erniedrigt wird.
Die Konsequenz ist also: Die Revolution, die schon für die Familie alles bedeutet, hat für die Frau eine noch größere Bedeutung. Verspürt die Frau nur ein wenig den Wunsch nach Freiheit, gibt es keine andere Wahl, als den Weg der Revolution zu gehen. Revolution, um sprechen zu können, um sich zu bewegen, um ein soziales Leben zu führen. Ungeachtet der politischen Freiheit, allein um wenigstens zivile Beziehungen führen zu können: Revolution! Für Kurdistan gibt es keine andere Möglichkeit. Deshalb ist es wichtig und möglich, der revolutionären Entwicklung der Frau und der Frauenbewegung mehr Bedeutung beizumessen, ohne den Rahmen ihrer eigenen Bedingungen zu übersehen. So können entsprechende Aktivitäten entwickelt und organisiert werden.

*(Fortsetzung folgt)*

# NÄCHSTE "OPERATION HOFFNUNG" IN ANGOLA?

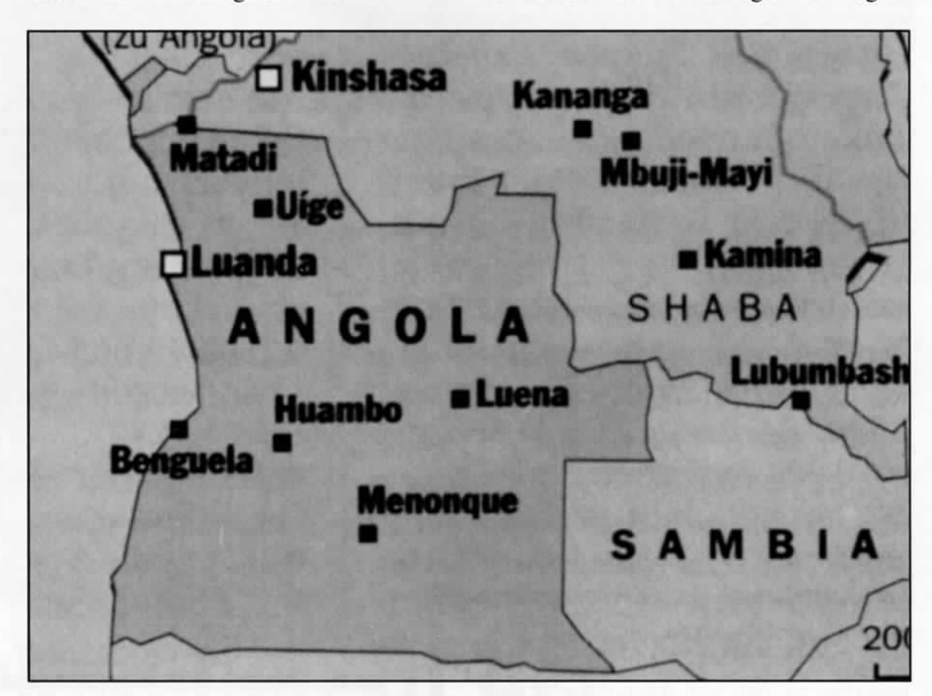
von Dieter Falk

Haben die USA ihren alten Verbündeten, Jonas Savimbi, damit beauftragt, die Voraussetzung für eine Militäroperation zu schaffen, die ihnen endlich die völlige Kontrolle über dieses rohstoffreiche Land verschaffen würde?

In der Tat schreitet die Somalisierung Angolas seit Anfang Januar 1983 mit schnellen Schritten voran. Seit dieser Zeit hat Savimbis Organisation, die sich zynischerweise als Nationalunion für die Vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) bezeichnet, eine neue militärische Offensive gegen die seit Beendigung der portugiesischen Kolonialherrschaft regierende Volksbefreiungsbewegung Angola (MPLA) eröffnet. Dem war seine Niederlage in den Wahlen vom Oktober vergangenen Jahres vorausgegangen, in Wahlen, die von den zahlreich anwesenden internationalen Beobachtern als fair und korrekt bezeichnet worden waren.

Die Wahlen waren das Ergebnis eines unter UNO-Ägide im Mai 1991 ausgearbeiteten Vertrages, der den 16-jährigen Bürgerkrieg in Angola beenden sollte. Dieser Vertrag stellte für die MPLA ein großes Zugeständnis dar, weil sie bis dahin mit dem Argument, Savimbis UNITA sei letztlich nichts weiter als eine Gruppe im Sold speziell Südafrikas und der übrigen altgedienten Stützen des portugiesischen Kolonialismus, jeglichen Kompromiß mit der UNITA kategorisch abgelehnt hatte. Dieser Vorwurf ist auch wirklich nicht böswillig, ist es doch dokumentiert, daß die UNITA seinerzeit mit dem ausdrücklichen Ziel der Schwächung der MPLA schon von den portugiesischen Kolonialbehörden mit aufgebaut worden war und daß sie seitdem von der offenen militärischen Unterstützung durch Südafrika und der politischen und materiellen Unterstützung durch die USA und deren Verbündete lebte. Die UNITA ist somit nichts weiter als der etwas seriösere Bruder der mozambikanischen RENAMO. Der Zusammenbruch der UdSSR, die die MPLA schon zur Zeit ihres Kampfes gegen die Kolonialmacht unterstützt hatte, der damit verbundene Rückzug kubanischer Truppen sowie einerseits die Unabhängigkeit des benachbarten Namibias und letztlich auch die relative Schwächung des südafrikanischen Apartheidregimes, die sich in der Legalisierung des ANC und den mit diesem geführten Verhandlungen niedergeschlagen hat, waren zentrale Faktoren für den Erfolg der UNO-Bemühungen.

Der Erfolg dieser Bemühungen war jedoch von Anfang an recht zweifelhaft. Savimbi dachte nämlich entgegen dem Abkommen keineswegs daran, seine rund 30.000 Mann starke Armee aufzulösen und die schweren Waffen abzugeben. Nach den verlorenen Wahlen erklärte er sich zwar unter internationalem Druck am 19. November 1992 bereit, sich einer Stichwahl gegen Präsident Dos Santos zu stellen, eröffnete aber sogleich eine neue Runde im Bürgerkrieg, wodurch eine solche Stichwahl unmöglich wurde.




Es ist der UNITA inzwischen gelungen, rund 70 % des angolesischen Territoriums zu kontrolieren, Mitte Januar die Trinkwasserleitungen in der Hauptstadt Luanda zu sprengen, wo mindestens 2 Millionen Menschen leben, fast alle Überlandstraßen zu unterbrechen und im Nordosten das Erdölzentrum von Soyo zu erobern. Dort wird ein Drittel des Erdöls des Landes gefördert. Wie in der Vergangenheit bedient sich die UNITA auch jetzt wieder der Hilfe ausländischer Söldner und Verbündeter, vor allem solcher aus Zaire und Südafrika. Ende Januar wurde z.B. in der Provinz Huambo im Süden des Landes eine südafrikanische Hercules C-130 mit Waffen und Munition für die UNITA abgeschossen. Die mit Luftwaffenbombardements und Artilleriebeschuß einhergehende Offensive hat eine besonders hohe Anzahl ziviler Opfer gefordert. Deren Los verschlechtert sich noch mehr dadurch, daß den Krankenhäusern in den betroffenen Gebieten die Medizin ausgegangen ist, die Ärzte geflohen sind und das Rote Kreuz (IKRK) seine Helfer aus Sicherheitsgründen abgezogen hat. Philippe Borel, der Verantwortliche des Welt-Nahrungsprogramms für Angola, erwartet schon für die nächsten Monate eine Hungerkatastrophe, von der vor allem die ca. 1 Millionen Menschen betroffen sind, die zusätzlich zu den 800.000 Flüchtlingen der vergangenen Jahre seit Oktober auf der Flucht sind. Die Vorstandsvorsitzende der Deutschen Welthungerhilfe, Helga Henselder-Barzel, sprach nach einer Anfang März durchgeführten neuntägigen Erkundungsreise in Angola sogar von 2 Millionen Flüchtlingen und circa 25.000 Toten.

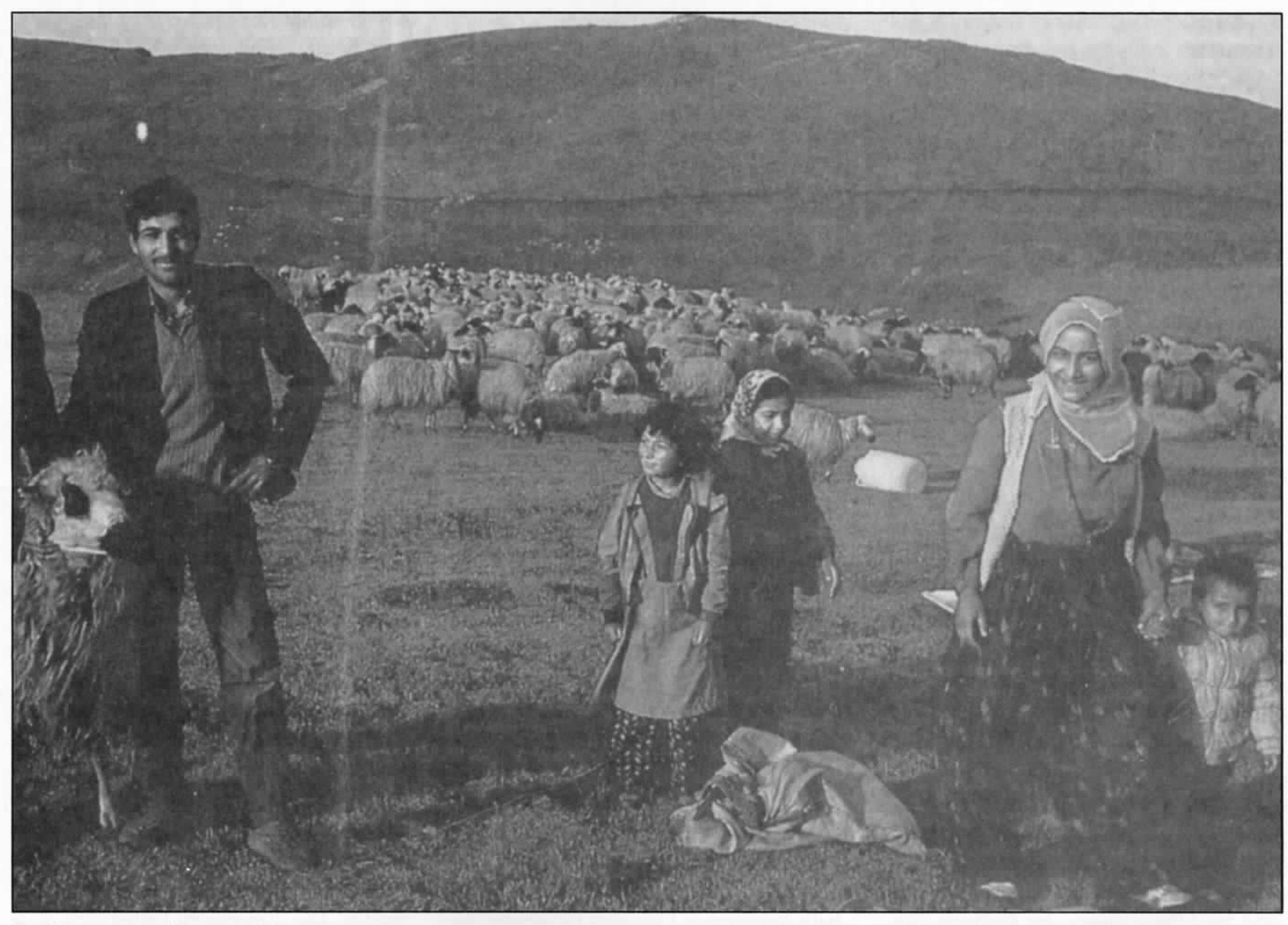
Die USA halten sich in letzter Zeit in der Angola-Frage eher bedeckt. Sie haben die MPLA Regierung noch immer nicht anerkannt und dieser Regierung nach ihrem Wahlsieg auch eine Mitverantwortung am Wiederaufleben des Bürgerkriegs zugeschrieben.

Als die UNITA jedoch Ende Januar 1993

die Ölförderanlagen von Cabinda, wo die restlichen zwei Drittel des angolesischen Erdöls gefördert werden, bedrohte, wurde Savimbi von den USA verwarnt. Der Grund ist einfach: Der US-Konzern Chevron ist der wichtigste Bestandteil der Cabinda Gulf. Die anderen sind die staatliche angolesische Sonangol, die französische ELF und der italienische AGIP-Konzern. Savimbi lenkte sogleich ein und versprach auch, eine Delegation zu Friedensverhandlungen nach Äthiopien zu schicken. Am 7.2. jedoch erklärte er, an der für den 10.2. vorgesehenen zweiten Runde der Verhandlungen nicht mehr teilnehmen zu wollen. Im Hintergrund dieser Entscheidung dürften zwei Faktoren stehen. Einerseits mag er sich durch seine militärische Erfolge nicht länger zu einem Kompromiß genötigt sehen und - so die Regierung in Luanda - zumindest auf eine Spaltung des Landes hin orientieren. Es sollte jedoch nicht wundern, wenn er nicht aus einer genauen Beobachtung der Politik der internationalen Staatsgemeinschaft etwa im palästinensischen Fall oder im Falle der Westsahara den richtigen Schluß gezogen hätte, daß von dieser Seite kaum etwas anderes zu erwarten sei als die Duldung der faktischen Sabotage ihrer Resolutionen durch diejenigen, die den führenden Mächten dieser Gemeinschaft eng verbunden sind.

Zweifellos hätten die USA die Möglichkeit, Savimbi mit sofortiger Wirkung zur Unterwerfung unter den von der UNO offiziell geförderten demokratischen Prozess zu zwingen. Ein erster Schritt wäre etwa die offizielle Anerkennung der nunmehr auch durch Wahlen legitimierten MPLA Regierung. Es sieht jedoch so aus, als ob die USA in Angola die gleiche Strategie verfolgen wollte wie in Somalia. Sie lassen es zu, daß sich die politische und humanitäre Situation so sehr verschlechtert, daß eine dann einsetzende international orchestrierte Medienkampagne die Öffentlichkeit davon überzeugen kann, daß die US-Armee unbedingt den Panthersprung nach Angola tun muß. Diesen Panthersprung könnte sie gegebenenfalls, wie in der Vergangenheit in Korea oder jüngst in Somalia im UN-Fell bekleidet vollführen, d.h. - um im Bereich der Zoologie zu verbleiben - als Wolf im Schafspelz. Die erwähnte Henselder-Barzel bezeichnete zwar Savimbi als den neuen Idi Amin Afrikas, wirft aber der UNO vor, ihr UNAVEM-Kontingent mit 400 Soldaten viel zu knapp ausgestattet zu haben, um eine effektive Entwaffnung der Bürgerkriegsparteien - also auch der MPLA - möglich zu machen. Immerhin hat ja auch schon die UN-Beauftragte Margret Ainstree gefordert, daß die UNO, wolle sie nicht in Angola scheitern, schnellstens 15.000 Soldaten ins Land schicken, die notfalls mit Gewalt für Frieden sorgen sollten.

Der einzige Schönheitsfehler wäre dann der, daß, während die Weltöffentlichkeit in Somalia erst nach der Landung der Marines erfahren hat, daß hier keineswegs nur Humanitäts-Lorbeeren zu holen sind, sondern auch gewaltige Erdölvorkommen erwartet werden, der Reichtum des angelanischen Bodens an Diamanten und Öl ebenso schon voher bekannnt war wie das Washingtoner Mißbehagen an der marxistischen MPLA-Regierung.



*Die Turkmenen: Seit ihrer Auswanderung aus Zentralasien führen sie seit Jahrhunderten ein Wanderleben.*

**Wir haben in den letzten Ausgaben des Kurdistan Report über die Lasen und Zigeuner berichtet. In dieser Ausgabe dokumentieren wir eine Reportage über die Turkmenen in der Türkei von Sibel Tas, die in der Zeitung Yeni Ülke (17–23 Jan '93) erschien.**

# Turkmenen in der historischen Entwicklungsphase

**Osmane, du mit der zänkischen Pluderhose**
**Osmane du mit dem nicht überzogenen Sattel,**
**Unbeteilgt beim Säen,**
**Beteiligter jedoch am Erntegut, du Osmane**

(türkisches Sprichwort)

Vor allem bei den Turkmenen, aber auch bei anderen türkischen Bauern und unterdrückten Schichten kann man in dieser Aussage ihre Beziehungen zu ihren Herren deutlich wiederfinden.
In dieser Dokumentation geht es speziell um die Turkmenen, um die historischen Beziehungen der unterdrückten türkischen Klassen gegenüber ihren Herren. Der Grund, warum wir die Turkmenen in den Vordergrund stellen, ist, weil sie zu den Völkern gehören, die im anatolischen

Volksmosaik nicht mit der Regierung kollaborierten und als Repräsentanten des Widerstands galten.

## Turkstämme von Bozkir nach Anatolien

Die Geschichte der Turkmenen nur auf Anatolien zu begrenzen, ist unrealistisch. Wir müssen uns vor Augen halten, daß sie sich von den aus Mittelasien stammenden Turkstämmen herleiten, wo ihre erste Lebensweise geprägt wurde und sich weiter verbreitete. Da wir keine genauen Kenntnisse darüber haben und die Behauptungen der Wissenschaftler sich widersprechen, wollen wir über die Periode der Turkstämme in Mittelasien nur kurz berichten.
Die ersten türkischen Volksgruppen waren Stämme, die in den Steppen Mittelasiens von Viehhaltung und Plünderung lebten. Die weiten großen Steppen und das Klima waren natürliche Faktoren für das Nomadentum. Darum fiel es ihnen schwer, seßhaft zu werden und sich auf Ackerbau zu beschränken. Die Entwicklungen, die die Völker vom ursprünglichen Nomadentum bis zu den modernen Völkerstaaten gemacht haben, sind die Grundlage zur Überwindung der Barbarei.
Die Turkmenen jedoch kultivierten jedoch das Nomadenleben und die Plünderung, sie betrachteten es als sozialen Charakter. Viele Kreise aber gaben das Nomadenleben auf und bildeten Gemeinschaften. So machten sie ökonomisch und soziokulturell Fortschritte.
Das verzögerte Eintreten in die Zivilisation ließen die Türken sich selbst und die Menschheit teuer bezahlen. Während die Völker im Mittleren Osten unter Feudalismus litten, blieb den Turkstämmen nichts anderes übrig als in der barbarischen Angriffsposition zu leben. So entwickelten sich ihre militärischen Fähigkeiten. Da die Turkstämme kein Land besaßen, um sich niederzulassen, waren sie weiter gezwungen, andere Völker für ihr eigenes Auskommen auszurauben. Die von dem Chinesen Hiong-nou zuerst genannten Turkstämme waren wie eine Armee organisiert, die ständige Bewegung brauchte. Die Bezeichnung Soldaten-Völker stammt aus dieser Zeit, deren Auswirkungen heute noch zu sehen sind. Das Nomadentum erfordert eine rasche Anpassung an jeden Ort und die Überwindung schwieriger Voraussetzungen. Diese Lebensweise entwickelt ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Volksgruppen. Der Begriff individuelles Eigentum gibt es hier nicht. Das als Beute beschlagnahmte Vieh und die späteren Viehherden, die Steppe und das Weideland sind kollektiver Besitz. Die politische Organisation basiert auf den Kom-, Familien- und Stammesverbänden und der Stammeshierarchie. Jeder Stamm hatte einen Stammesfürst, einen bestimmten Namen und einen eigenen Dialekt. Bei der als unterste Einheit geltende Gruppierung war eine auf Gemeinschaftskollektiv basierende Innenstruktur entstanden.
Ständig auf der Wanderung zu sein, sich immer nach neuen Orten, Wasser und Weideplätzen zu erkundigen brachte manchmal Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Gruppen mit sich, die aber noch kontrolliert werden konnten. Manchmal gab es Kämpfe zwischen den einzelnen Nomadenstämmen, wobei die besiegten Stämme sich der Führung unterordnen mußten. So zentralisierte sich die politische Führung.
Nach den Belegen, die wir von den Göktürken (vorislamische türkische Dynastie und deren Staat 552-745 nach unserer Zeitrechnung) haben, denen der erste türkische Staat zugesprochen wird, sollen alle Stämme hier schon Land gehabt haben. Die Einwanderung soll sich innerhalb bestimmter Grenzen fortgesetzt haben. Die übermäßige Vorliebe der Göktürkherrscher für die chinesische Zivilisation führte dazu, daß sie sich die chinesische Kultur, Sprache und Tradition aneigneten und schließlich ein herrschaftliches Palastdasein führten. Die Beziehungen zum Volk entfremdeten sich. Unzufriedenheit und Gegenreaktionen des Volkes nahmen zu.
Aufgrund des ständigen Bevölkerungszuwachses in Mittelasien und dem Rückgang der Eroberungen zogen die Bozokstämme der Oghusen (Oghusen = große türkische Stammesgruppe, die u.a. Osmanen und Seldschuken umfaßte) nach Anatolien, wo die Turkmenen sich aufhielten. Die ständigen Angriffe der Mongolen taten ihr Übriges dazu. Die Turkmenen, die an einem eigenständigen Staat nicht interessiert waren, zählten zu den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern in der Türkei. Diese Realität ist der Hauptgrund für die Aufstände der Turkmenen.

## Turkmenen in Anatolien

Die Beziehungen der Turkmenen zum Seldschukenstaat sind hier von großer Bedeutung. Bei der Gründung des Groß-Seldschukenstaates und des anatolischen Seldschukenstaates spielten die turkmenischen Stammeskämpfer eine wichtige Rolle. Während die Staatsgründer (die selbst nur ein Stamm waren) neben ihrer Viehhaltung noch Plünderungen zu ihrem Lebensunterhalt fortsetzten, entwickelte sich bei den turkmenischen Stämmen die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann und aller Stammesangehörigen innerhalb der Blutsverwandschaft. Kollektive Beteiligung an den Erzeugnissen und die demokratische Tradition des Nomadenstammes war hier verbreitet.
Der Seldschukenstaat in Anatolien setzte den Groß-Seldschukenstaat im Westen fort. Zum ersten Mal in der Geschichte kam es zur Spaltung der Klassen innerhalb der türkischen Volksgruppen und zu den ersten Klassenkämpfen und Aufständen im Seldschukenstaat.
Nach der Zustimmung der Führungskräfte des Seldschukenstaats für kaufmännisches Leben in den Städten, bemühten sie sich, mit den arabischen und persischen Führungen zu kollaborieren. Sie nahmen deren Sprache und Kultur an und erniedrigten die türkischen Nomaden. Die Turkmenen ließen sich diese Erniedrigungen nicht gefallen, widersetzten sich und schützten ihre eigene Tradition und Kultur.
Während der Seldschukenherrschaft, die von den Nachbarstaaten gebilligt wurde, erlebten die Turkmenen ständige Verachtung und Erniedrigung.

## Der Kutalmis-Aufstand

Kutalmis Bey revoltierte, weil er der Meinung war, Anspruch auf den Thron der Seldschuken zu haben. Seine ersten Bemühungen in dieser Hinsicht waren erfolgreich. Er versuchte mit 50 Unterstützern die Macht zu ergreifen. Der Grund für die Beteiligung der Turkmenen an diesem Aufstand war eigentlich nicht deshalb, weil sie sich für die Kämpfe um den Thron interessierten, sondern weil sie ihr Leben, das ihnen zur Hölle gemacht wurde und ihre Armut beseitigen wollten. Sie kämpften um ihre grundlegenden Rechte, wie das, an der Führung beteiligt zu werden. Dieser Aufstand war zahlenmäßig der erste große Aufstand der Turkmenen. Bei jedem gegen die Regierung gerichteten Aufstand beteiligten sie sich, wenn sie Gele-

genheit dazu hatten. Um diese Aufstände zu unterdrücken wurden nicht Menschen türkischer Herkunft, sondern Georgier, Franzosen, Kurden und andere Söldner eingesetzt. Das führte dazu, daß die Turkmenen sie als Feind ansahen. Allerdings gab es auch Spaltungen innerhalb der Aufständischen, was schließlich zur Niederlage des Kutalmis-Aufstandes führte.

## Die Wirkung des Islam auf die Turkmenen

Die Turkstämme lernten den Islam erst durch die Araber und Perser kennen. Als sie noch in Mittelasien lebten hatten sie die Naturreligion Schamanismus. Obwohl ihre Lebensweise dem Islam entgegenstand wählten sie ihn freiwillig, um ihre Aktivitäten zu tarnen. Vor allem als Söldner in der arabischen Armee erkannten sie den expansiven Charakter des Islam. Aus diesem Grund wählten sie die sunnitische Glaubensrichtung, die auch bei den Herrschenden weit verbreitet war. Ihre alte Religion Schamanismus schützten sie trotzdem lange Zeit. In einer Phase des zurückgehenden Widerstandes wandten sie sich fast ausschließlich den Sunnitentum zu. (Zu dieser Zeit wurden mit den Kurden auch über 100.000 Turkmenen im Namen des Islam brtual niedergemetzelt). Sie pflegten auch Werte des Alevitentums. Das Alevitentum betrachteten sie auch als ideologische Waffe gegen die herrschende Führung. Noch bis heute werden viele Werte des Alevitentums geschützt.
Wir halten es für richtig, einen wichtigen Punkt zu nennen, dessen Auswirkungen wir heute noch spüren: Der persische Wesir Nizam ül-Mülk setzte sich sehr für die Turkmenen ein. Er sah schon voraus, welche Probleme sich mit der Machtübernahme der Seldschuken ergaben. In diesem Zusammenhang gab er dem Tugrul Bey (ein Seldschukenfürst, Begründer des Seldschukendynastie) wichtige Empfehlungen. Er betonte, daß die Turkmenen zur Gründung des Staates einen wichtigen Beitrag geleistet hätten und dieselbe Herkunft hätten, wie die der führenden Klasse. Eine andere Empfehlung von Nizam-ül-Hak war, die Erziehung der turkmenischen Jugendlichen wie bei den Mameluken (türkische Sklaven am persischen und ägyptischen Hof mit allmählich steigendem Einfluß) zu gestalten und sie später im Staatsdienst einzusetzen. Er war der Meinung, daß man so die Feindgefühle der Turkmenen gegenüber dem Staat etwas dämpfen könnte und daß sie keine große Last für den Staat darstellen würden. Nizam Ül-Halk reichten diese Vorschläge nicht und er widmete den Turkmenen viel Aufmerksamkeit in der Annahme, die Turkmenen könnten bei den Aufständen der Araber, Kurden und anderen Völkern aktiv mitwirken.
Die Vorschläge des Wesirs wurden zum Teil praktiziert, erzielten jedoch bei den Turkmenen, die ihre Freiheit über alles liebten, keine nennenswerten Ergebnisse. Die osmanischen Hamidiye-Feierlichkeiten (Einrichtung für Knabenaushebung [1] und die seit Gründung der türkischen Republik speziell für Kurden gegründeten Internatsschulen, die Dorfinstitute in Anatolien sind Einrichtungen, die den nach Vorschlägen von Nizam Ül-Hak inspiriert wurden.

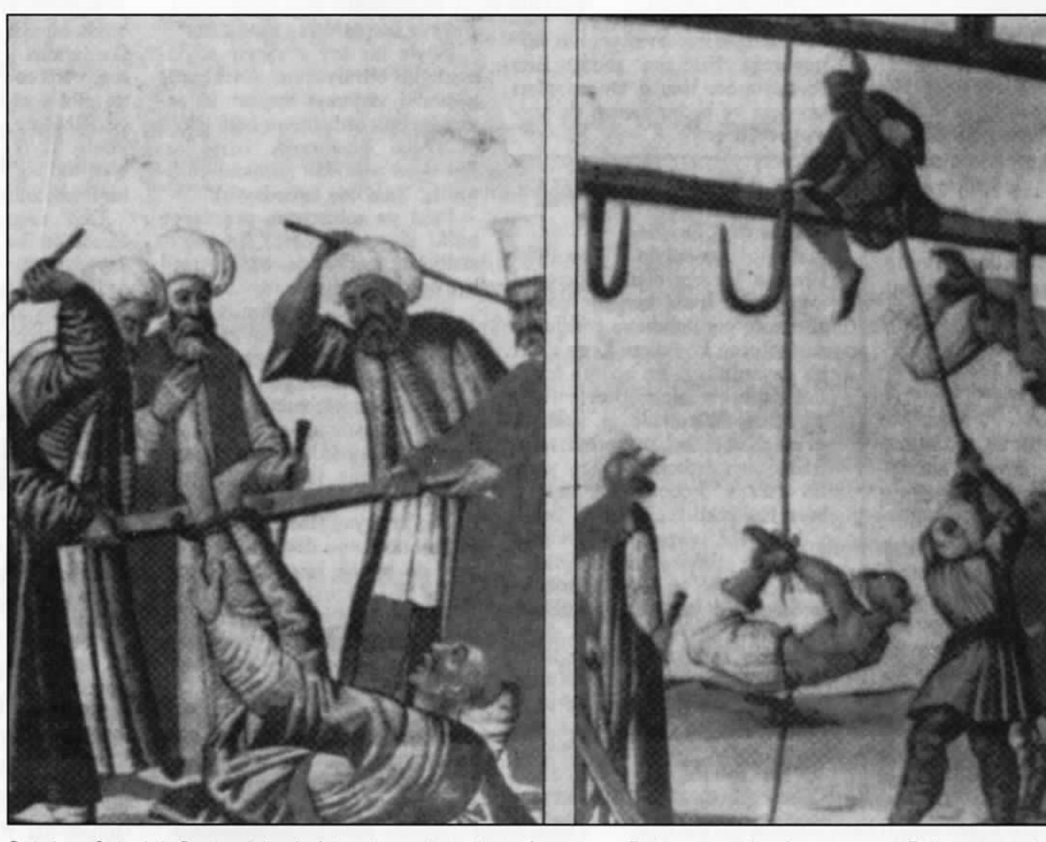
## Der Baba Ishak-Aufstand

Die Einwanderung der Turkmenen nach Anatolien vollzog sich nicht in kurzer Zeit. Vor allem durch die Angriffe der Mongolen von Osten zogen die Turkmenen aus dem Gebiet Turkmenistan und aus Nordpersien immer weiter nach Anatolien. Teilweise gab es Anpassungsschwierigkeiten an das Stadtleben. Die aus dem Osten einströmenden Menschen vergrößerten nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern brachten gleichzeitig auch neue Ideen mit sich. Die wesentlichen Tätigkeiten der religiösen Hochschulen und die Lehren der dort ausgebildeten Geistlichen wurden in einer für die Bevölkerung völlig fremden Sprache wie arabisch und persisch ausgeübt. Sie sagten für Turkemenen nichts aus und waren nicht anziehend.
Scheich Ahmet Yesevi, der im 12.Jh. lebte, versuchte in einer für die Bauern verständlichen leichten Sprache seine Gedanken zu verbreiten. Er gab sich Mühe, daß seine Überlegungen der Grundlebensweise und seiner Philosophie nicht widersprechen. Baba Ilyas, der von den Überlegungen von Scheich Ahmet Yasevi sehr beeindruckt war, gründete den Baba Ilik-Orden und fing an, ihn weiter zu entwickeln. Baba Ilyas war ein turkmenischer Derwisch Dieser islamische Derwischenorden bekräftigte in den religiösen Themen die Gleichheit, Solidarität und den Widerstand der Turkmenen. Unter diesem Aspekt entwickelte er eine gute ideologische geistige Strömung. Baba Ilyas war in seiner populären Eigenschaft ein Führer der Turkmenen, der in jedem Bereich viel zu sagen hatte. An dieser Stelle wollen wir aus dem Buch Oguzlar (Türkmenler) von Prof. Faruk Sümer zitieren: Bei den Nomaden fand man die gleichberechtigte Atmosphäre des Kommunelebens. Die Derwischklöster, in denen die Traditionen der Kommunen entgegen einer zerteilten, ungleichen und unterdrückten Welt lebendig gehalten wurden, entwickelten sich zu Widerstandszentren der immer ärmer werdenden Völker und der unter dem Staatsterror leidenden Menschen. In diesen Derwischenklöstern hatten sie die Gelegenheit, sich zu solidarisieren. [2]
Der Baba Ishak Aufstand entstand im Jahre 1240 im Gebiet um Adiyaman. Neben den Turkmenen beteiligten sich auch viele Katholiken daran. Er breitete sich in die Städte Amasya, Corum, Tokat, Sivas und Kayseri aus. Der ziemlich gut organisierte Aufstand verlief planmäßig und war zunächst auch erfolgreich. Er wurde vom Staat, der schon vorher davon wußte, blutig niedergeschlagen. Obwohl Baba Ishak kurz nach Beginn des Aufstandes ermordet wurde, setzten die Turkmenen den Aufstand fort. Dies zeigt auch, daß diese Ereignisse nicht auf den islamischen Orden begrenzt sind, sondern vielmehr mit tieferliegenden Widersprüchen zu tun hatten. Der Aufstand, der den Sturz der Herrschaft als Ziel hatte und als erste klare Reaktion des unterdrückten Volkes gegen die Herrschaft galt, ging in die Geschichte ein. Das besondere an diesem Aufstand war, daß verschiedene Völker und Glaubensgemeinschaften sich unter einer Fahne sammelten. Man kann von dem ersten Aufstand in Anatolien mit internationalem Charakter sprechen. Dieser Aufstand wurde zum Vorkämpfer für die Brüderlichkeit und die Solidarität unter den Menschen.

## Der Scheich Bedreddin-Aufstand

Die Grundlage dieses Aufstandes, der von den Ordensführern Börkülce Mustafa und Torlak Kemal in Aydin und Manisa begonnen wurde, war die Philosophie von Gleichheit, Menschenliebe und des kollektiven Eigentums. Scheich Bedreddin war nur der ideologische Vorkämpfer des Ausfstandes. Außer den Turkmenen an

der Agäis beteiligten sich noch die dort lebenden Minderheiten an diesem Aufstand. Dieser Aufstand wies viele Ähnlichkeiten mit dem Baba-Ishak-Aufstand auf, denn es waren die gleichen Gründe und Beziehungen, die dafür verantwortlich gemacht wurden. Der Aufstand hatte wiederum einen besonderen Charakter in der Durchführung: nach der Niederlage der osmanischen Armee um 1402 in Ankara gegen die Armee von Timur begann ein Kampf zwischen den beiden Brüdern (Musa Celebi und Mehmet Celebi) um den Thron. Die Moslems und die armen Katholiken, die die Unterdrückung nicht mehr ertragen wollten, unterstützten die Reichen und aristokratischen Schichten sowie den byzantinischen Hof. Musa Celebi, der große Unterstützung bei den armen Menschenmassen fand, galt als erster und letzter osmanischer Kaiser. Die Historiker behaupten, er sei von Scheich Bedreddin stark beeinflußt gewesen. Er erlitt jedoch gegen die starken Gegner eine Niederlage und wurde getötet. So kam sein Bruder Mehmet Celebi an die Macht.



*Bei dem Scheich-Bedreddin-Aufstand wurden die gefangenen Turkmenen durch grausame Folter ermordet*

Genau in dieser Umbruchphase brach der Scheich Bedreddin-Aufstand aus. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Scheich Bedreddin in Iznik. Der Aufruf an das Volk zum Aufstand kam nicht von ihm. Als Theoretiker hatte er für die Grundlagen der Praxis des Aufstandes gesorgt. Durch eine Alternative in der vorhandenen Regierung erleichterte er die Organisierungsmöglichkeiten seiner Anhänger. Er war in seiner materialistischen Weltanschauung ziemlich fortgeschritten. Er verteidigte die kollektive Benutzung aller Dinge außer der Frauen. Somit verlieh er dem Kommuneleben einen höheren Rang. Man kann sagen, daß solche Auschauungen die Turkmenen leicht beeinflußten. Als Mehmet Celebi Soldaten nach Aydin schickte, sammelte der Börklüce Mustafa 6.000 Menschen des Scheichsordens und begann den Aufstand. Der Aufstand, an dem sich Menschen jeder Altersgruppe beteiligten dauerte lange an. Durch den erneuten Einsatz von Armee-Einheiten wurde der Aufstand schließlich niedergeschlagen. So wurden Börklüce Mustafa und Torlak Kemal gefangengenommen, mit ihren Anhängern brutal gefoltert und getötet. Obwohl man die Führer und die Orden dazu aufrief, sich zu ergeben, ging der Kampf weiter. Sie leisteten weiterhin Widerstand, bei dem sie umkamen. Nachdem Börklüce Mustafa erhängt wurde, wurde er anschließend noch gekreuzigt. Durch diese unmenschliche Weise wollte man nochmal zur Schau stellen, daß sie gegen die Religionsspaltung waren und Katholiken beim Aufstand an ihre Seite teilgenommen hatten. Alle aufständischen Menschenmassen wurden brutal wiedergemetzelt. Scheich Bedreddin selbst wurde im Einkaufszentrum Serez nackt erhängt. Die Menschen jedoch sammelten sich an diesem Ort und erhoben Anspruch auf seine Leiche. Nach diesem Aufstand intensivierte die osmanische Herrschaft die Organisierung auf eigenem Boden.

Im 16. Jahrhundert, nach einer völlig feindlichen Politik Yavuz Sultan Selims gegen die Turkmenen folgten nacheinander viele Aufstände. Das Alevitentum stand bei diesen Aufständen als ideologisches Thema im Vordergrund. In Wirklichkeit aber waren die ökonomisch-sozialen Probleme die auslösenden Faktoren für diesen Aufstand. Trotz der Niederlage der turkmenischen Aufstände in den Gebieten Taurus, Mittelanatolien, Maras und Antep begannen immer neue Aufstände und ruinierten schließlich die Führung. Da wir mit den Baba Ishak- und Scheich Bedreddin-Aufständen die Bauernaufstände in Anatolien ausreichend erläutert fanden, möchten wir uns mit einigen Namen von Aufständen, die auch von großer Bedeutung sind, begnügen: Sahkulu (1511 im Taurus-Gebiet); Nur Halife (1512 in Corum, Amasya, Yozgat); Scheich Celal (1518 in Tokat); Baba Zünnun (1525 in Yozgat, Sivas, Kayseri); Kalender Celebi (1526, verbreitete sich in ganz Anatolien und gilt als der größte Aufstand dieser Zeit, an denen sich alle Turkmenen beteiligten).

Quellen:
1) Türkiye Devriminin Yolu ve Görevleri
In dieser Einrichtung wurden die während der Kriege gefangengenommenen katholischen Kinder für die Osmanische Armee zwangsausgebildet und als Ersatzkräfte für die Regierung eingesetzt).
(Hamidiye: rote kegelstumpfförmige orientalische Kopfbedeckung zur Zeit Abdulhamids II.)
2) Oguzlar (Türkmenler) Prof. Faruk Sünner

**Obwohl in unseren Breitengraden gerade der Frühling Einzug hält, wollen wir diesen Artikel von Albrecht Timmer gern veröffentlichen: diese Herbststimmung ist zum ständigen Begleiter des kurdischen Volkes geworden ...**

# Eine Herbstreise nach Kurdistan

Albert Timmer, Rechtsanwalt, Bremen

Über Kurdistan wird in der bundesdeutschen Öffentlichkeit meist nur bei zwei Anlässen berichtet:
Entweder wenn das kurdische Volk einmal mehr einen besonders hohen Blutzoll für sein Streben nach Unabhängigkeit zahlen muß oder wenn die Sicherheit bundesdeutscher Bürger beeinträchtigt wird.

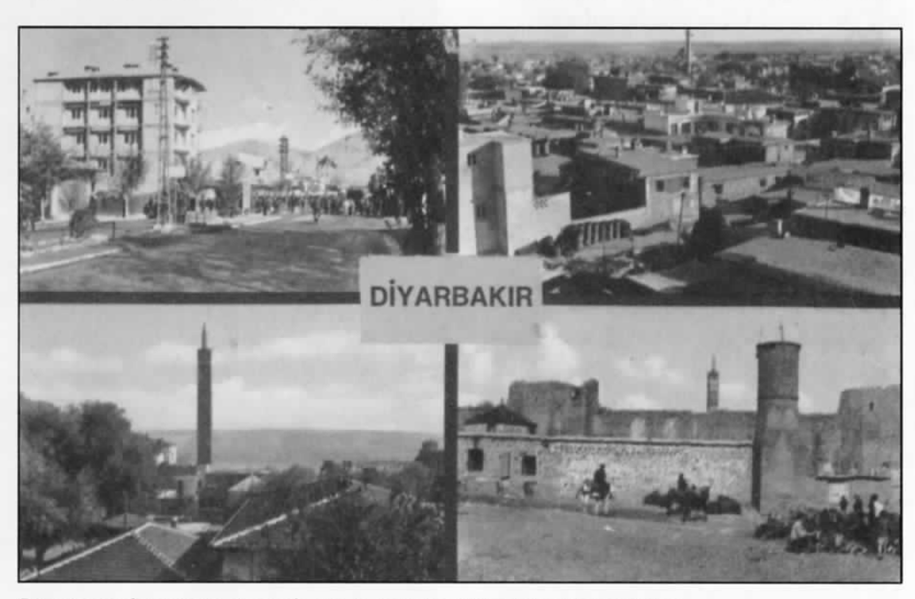
Diese Erfahrung mußte ich ebenfalls machen, als es im Oktober vergangenen Jahres hieß, ich sei mit anderen AnwältInnen und einer Bundestagsabgeordneten in Diyarbakir, der heimlichen Hauptstadt der Kurden, von der türkischen Polizei festgenommen worden. Die Festnahme war zwar keine, sondern nur ein Festsetzen in unserem Hotel in Diyarbakir, aber die Meldung sicherte uns zumindest mehrere Interviews mit bundesdeutschen Medienanstalten und trug so dazu bei, daß das, was türkische Behörden eigentlich verheimlichen wollten, in der Öffentlichkeit Beachtung fand.

Eingeladen zu unserer Reise wurden wir von der türkischen Tageszeitung Özgür Gündem. Diese Zeitung, zu deutsch Freie Tagesordnung, wurde Anfang 1992 gegründet. Sie berichtete ausführlich über die Situation in den kurdischen Regionen und zeichnete sich durch den Versuch zu objektiver und kritischer Berichterstattung (so der Völkerrechtler und Türkei-Experte Dr. Christian Rumpf) aus. Sie konnte innerhalb kurzer Zeit die beachtliche Auflagenstärke von 70.000 erreichen.

Vier Journalisten dieser Zeitung wurden im Verlauf des Jahres 1992 ermordet. Die Täter wurden bis heute nicht gefunden. Hinweise verdichteten sich, daß staatliche Stellen in diese Morde verwickelt waren. Darüber wollten wir vor Ort genaueres erfahren.

Kurz vor unserem Eintreffen in Diyarbakir war dort der bekannte kurdische Intellektuelle Musa Anter erschossen worden. Musa Anter war 74 Jahre alt und hatte zahlreiche Bücher über kurdische Kultur und Geschichte und mehrere Gedichtbände verfaßt. Für Özgür Gündem schrieb er vor allem Kolummen. Der Chefredakteur der Diyarbakir-Redaktion, Raif Türk, erläuterte uns die näheren Umstände der Ermordung Musa Anters. Ernsthafte Ermittlungen der Polizei gab es nicht. Augenzeugen, die die Täter beobachtet hatten, wurden nicht vernommen, obwohl sie sich als Zeugen zur Verfügung stellten. Journalisten, die eigene Recherchen zum Mord anstellten, wurden von Polizisten bedroht, verschleppt und gefoltert.

Ähnlich sah dies in anderen Mordfällen aus. Mehrere der ermordeten Journalisten beschäftigten sich mit der sogenannten Kontra-Guerilla, die von vielen für die zahlreichen Morde mit unbekannten Tätern in Verbindung gebracht wird. Uns wurde in diesem Zusammenhang eine Liste von mehr als 250 ermordeten Personen gegeben, die 1992 in den kurdischen Regionen Mordanschlägen zum Opfer fielen. Die Ermordeten sollen auf verschiedenste Weise in Beziehung zur kurdischen Bewegung gestanden haben.



*Diyarbakir (kurdisch: Amed), die heimliche Hauptstadt Kurdistans*

Uns wurde erklärt, daß die Fäden der sogenannten Kontra-Guerilla, in einem Amt für spezielle Kriegsführung, das dem Verteidigunsministerium unterstellt sei, zusammenliefen. Mittlerweile stellte selbst die FAZ in dem Zusammenhang fest, daß wohl eine Verantwortlichkeit der türkischen Polizei und Sicherheitskräfte bestehe, deren Machenschaften sich offenbar jeder staatlichen Kontrolle entzögen (FAZ v. 27.01.93).

Um uns von der Situation der ländlichen Bevölkerung ein Bild zu machen, fuhren wir in den letzten Septembertagen in die Kreisstadt Kulp, etwa 150 km von Diyarbakir entfernt. Kaum das wir mit dem Linienbus frühmorgens angekommen waren, wurden wir von mehreren Menschen auf der Straße angesprochen, die uns für Journalisten hielten und über die Situation in der Stadt berichten wollten. Im einzigen Hotel fanden wir Gelegenheit, mit Bewohnern der noch 5.000 Einwohner zählenden Stadt zu reden.
Uns wurde von fünfzehn Männern erzählt, die tags zuvor von den militärischen Spezialeinheiten willkürlich festgenommen worden seien und in der benachbarten Mi-

litärstation gerade gefoltert würden. Uns wurde von einer Teppichmanufaktur berichtet, die wenige Tage zuvor vom Militär niedergebrannt worden war. Dadurch verloren ca.100 Frauen und Mädchen ihren Arbeitsplatz. Uns wurde von Familien berichtet, deren Häuser nachts - ohne Vorwarnung - von Soldaten in Brand gesetzt wurden. Bei einem Rundgang durch die Stadt Kulp konnten wir etliche der niedergebrannten Häuser und die Reste der Teppichmanufaktur besichtigen. Augenzeugen aus der Nachbarschaft bestätigten die Schilderung unserer Gesprächspartner.

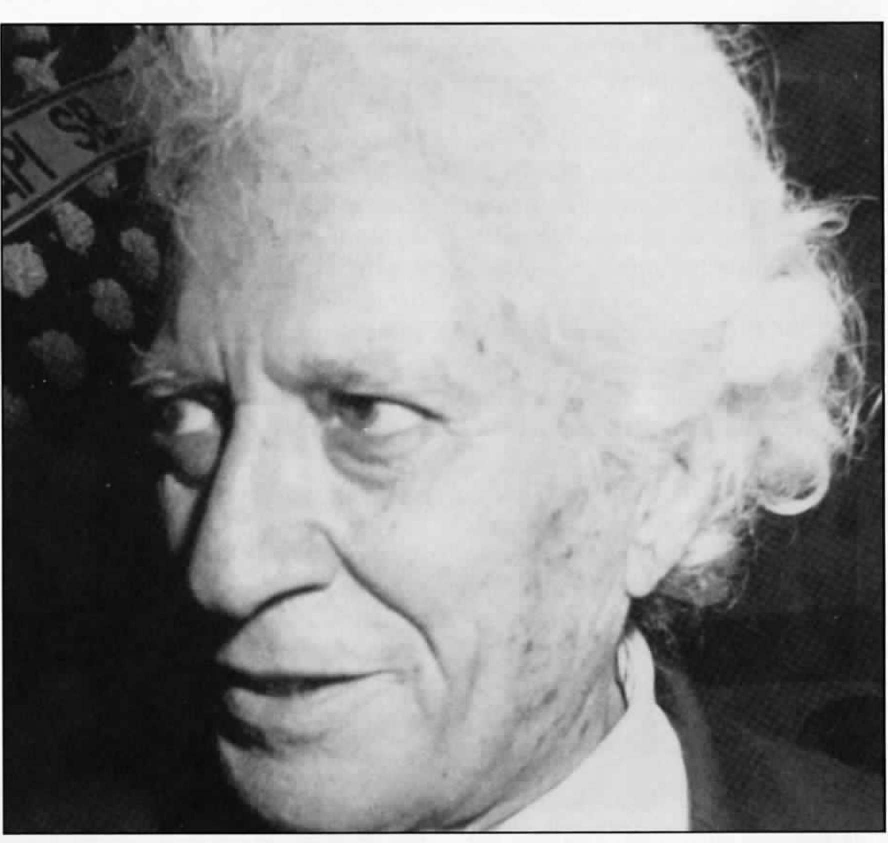
In einem kleinen Dorf, unweit von Kulp, konnten wir Gespräche mit Dorfbewohnern führen. Ein Bauer, etwa 50 Jahre alt, lag mit einer schweren Schußverletzung in seinem Haus. Er war am Tag zuvor auf dem Weg von seinen Feldern nach Hause von Soldaten angeschossen worden. Kinder zeigten uns die Reste von Granaten, die am Abend vorher aus der benachbarten Kaserne im Tal ohne erkennbaren Grund auf Häuser des Dorfes abgefeuert wurden.

Eine alleinstehende Frau, die stolz darauf war, daß ihre großen Kinder, darunter auch ein Mädchen in die Berge gegangen waren, berichtete uns von Soldaten, die frühmorgens in ihr Haus eingedrungen waren und sie erniedrigten und beleidigten.

Uns wurde versichert, solche Übergriffe hätten ihren Grund meist in dem vagen Verdacht, die Betroffenen unterstützten die kurdische Guerilla. Auf die Frage, ob sie dies denn tatsächlich täten, erklärten uns die Gesprächspartner, daß fast jeder in der Region die Guerilla in irgendeiner Form unterstütze. Ausnahme seien wenige Kurden, die mit dem türkischen Staat zusammenarbeiteten. Eine andere Alternative als den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat sei ihnen nicht geblieben. Der türkische Staat habe ihnen diesen Krieg aufgezwungen, sagte uns der Inhaber einer Baustoffhandlung.

Am Morgen nach unserer Rückkehr nach Diyarbakir wurde unser Hotel von der Zivilpolizei umstellt und an den Frühstückstisch gesellte sich ein Oberkommissar Kemal der Politischen Polizei. Er verbot uns ... nach Intervention der Deutschen Botschaft gestattete man uns die Weiterfahrt nach Ankara, nicht ohne darauf zu verzichten, mehrfach unser Gepäck zu durchsuchen und uns am Busbahnhof noch einmal mehrere Stunden im Büro der Busgesellschaft festzuhalten. In Ankara nutzten wir die Zeit für Gespräche mit der deutschen Botschaft und kurdischen Abgeordneten des türkischen Parlaments.

Ein Gespräch mit dem Vorstand der Ärztekammer in Diyarbakir hatten wir noch führen können; auf Gespräche mit dem



*Der 74-jährige Journalist und Schriftsteller Musa Anter*

Bürgermeister von Cizre, der Rechtsanwaltskammer, der Handelskammer und dem Menschenrechtsverein in Diyarbakir mußten wir verzichten.

Nachtrag:

- Nachdem wir in Deutschland angekommen waren, erfuhren wir aus einem Bericht des Menschenrechtsvereins Diyarbakir, daß die Stadt Kulp drei Tage nach unserem Besuch von Militäreinheiten angegriffen wurde. Zahlreiche Häuser wurde zerschossen oder niedergebrannt. Der Hotelbesitzer wurde erschossen und sein Leichnam in das brennende Hotel geworfen. Das Dorf, das wir besucht hatten, war weitgehend zerstört und mehrere Dorfbewohner erschossen worden. Der Angriff auf Kulp soll ein Racheakt des Militärs für einen Guerillaangriff auf einen Militärkonvoi gewesen sein.

Alltag in Kurdistan, über den keine Zeitung in Europa ein Wort verliert.

- Der deutschen Botschaft sind solche Geschehnisse genausowenig unbekannt, wie unsere Beobachtungen über die Verwendung deutscher Waffen durch das türkische Militär. Herr von Reibnitz, der stellenvertretende deutsche Botschafter in Ankara, war ebenfalls durch Oberkommissar Kemal aus der Stadt Diyarbakir verwiesen worden.

- Am 8. Dezember 1992 schrieb die türkische Zeitung Milliyet unter Berufung auf Angaben des Obersten Polizeichefs des Landes, Yilmaz Ergun, über einen Strom von Spionen in die Türkei und erwähnte Gruppen von Ausländern die in die Türkei kämen, um in übler Absicht vorurteilsbehaftete Untersuchungen anzustellen. Unter den namentlich aufgeführten Personen konnte der Verfasser dieses Artikels auch seinen eigenen Namen wiederfinden.

- Die Zeitung Özgür Gündem mußte am 15.01.1993 ihr Erscheinen einstellen, nachdem nicht nur Journalisten, sondern auch Zeitungsgrossisten und -austräger, Mordanschlägen zum Opfer fielen und das Vertriebssystem nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte.

**Bremen, 17.02.1993**

# URLAUB IN DER TÜRKEI?

## BILANZ DER



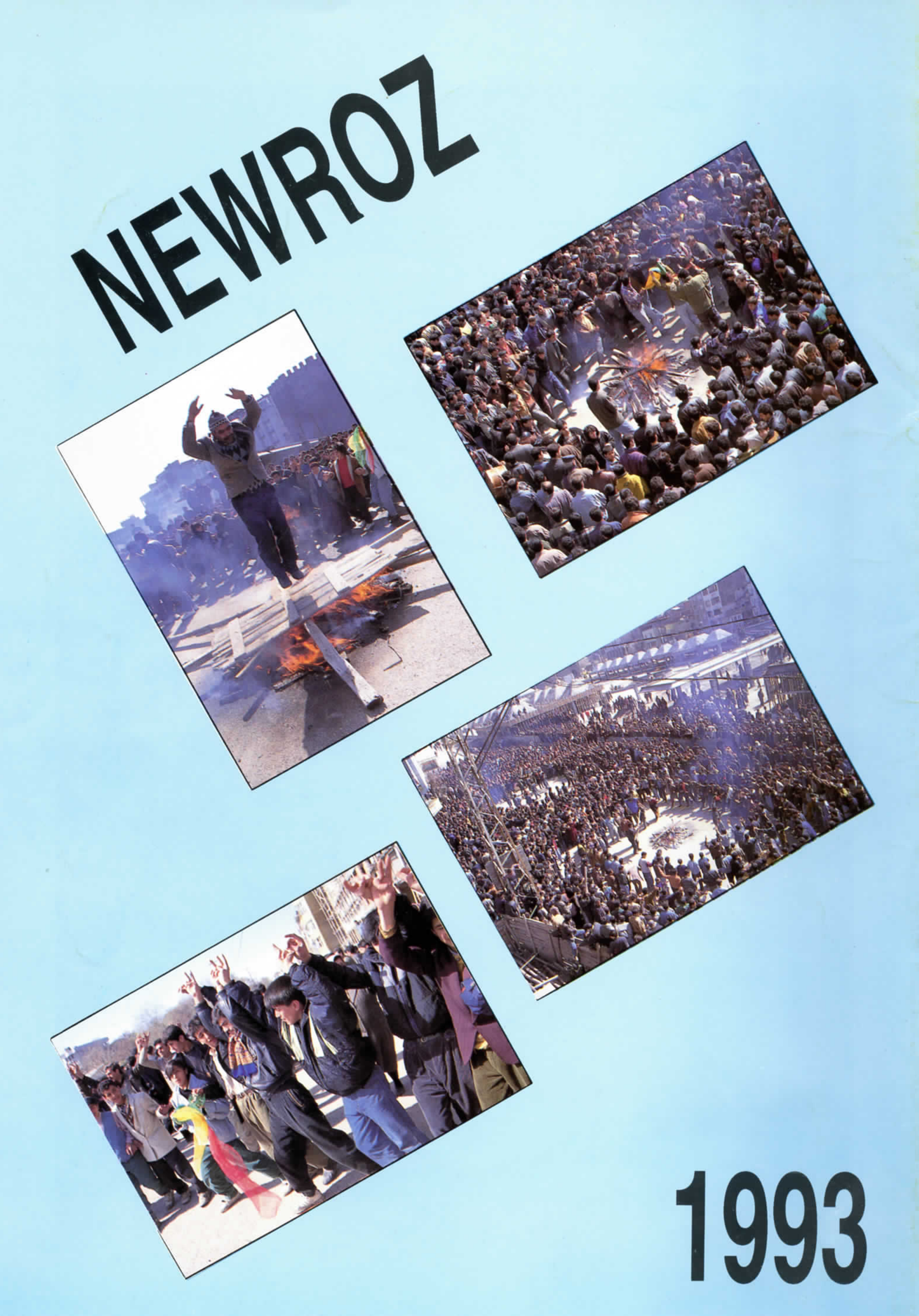

## 1992 IN KURDISTAN:

- 20.000 Menschen festgenommen
- 680 Zivilpersonen auf offener Straße erschossen
- 320 Dörfer zerstört und entvölkert
- 14 Journalisten durch Todesschwadronen ermordet
- 5 Städte tagelang bombardiert

## Mit jeder Mark finanzieren Sie den Tod eines Menschen in Kurdistan

## Boykottiert den Tourismus in die Türkei!

**ERNK** (Nationale Befreiungsfront Kurdistans)


NEWROZ
1993